


DIREKTE AKTION

anarchosyndikalistische Zeitung

H20318 · 32. Jahrgang

192 | März/April 2009 EUR 1,50


# Für eine Hand voll Dollar?

**Im Berliner Kino Babylon Mitte kämpft die Belegschaft um bessere Arbeitsbedingungen**

Kino bedeutet Glanz, Kino bedeutet Glamour, Kino bedeutet Traumfabrik und roter Teppich. Insbesondere während der Berlinale gibt sich die Hauptstadt ganz diesem Flair hin. Zwischen Premieren und Berlinale-Parties schwirren Stars und Sternchen hin und her. Die Stadt gibt sich mondän.

Großes Kino boten dieses Jahr auch einige derjenigen, die sonst nur hinter den Kulissen zu finden sind. Filmvorführer, Kartenabreisser, Servicekräfte und Unterstützer zogen Mitte Februar vor das Kino Babylon, um ihrem Unmut über die Arbeitsbedingungen in dem Traditionshaus am Rosa-Luxemburg-Platz lautstark Gehör zu verschaffen. Aufgerufen hatte die vor kurzem gegründete FAU-Betriebsgruppe.

Bereits seit einigen Monaten gärte es im Filmtheater, das mit mehreren hunderttausend Euro pro Jahr vom rot-roten Senat gefördert wird (439 900 Euro laut letztem veröffentlichen Jahresabschluss 2006).

„Miserable Löhne, unbegründete Kündigungen und eine Atmosphäre, in der keiner, der seinen Job behalten will, es wagt um Urlaub zu bitten, prägen das Arbeitsklima“, heißt es in einer Pressemitteilung des Betriebsrates.

Erstes Aufbegehren gab es im Sommer letzten Jahres, als eine Servicekraft vor Gericht einen Vergleich nach einer unbegründeten Kündigung erreichte (siehe DA #189). Der Versuch, durch die Gründung eines Betriebsrates Ende November das Klima im Betrieb zu verbessern, stieß bei der Geschäftsleitung auf wenig Gegenliebe: dem Vorsitzenden wurde die Erstellung der Schichtpläne entzogen und ein weiteres Mitglied vom Service zum Sortieren von Plakaten in den Keller abkommandiert. Einem Dritten wurde der Vertrag nicht verlängert.

Alles normale Vorgänge, wie es in einer von der Geschäftsleitung herausgegebenen Gegendarstellung heißt. Wer allerdings gewerkschaftlich aktiv ist, mag sich darüber sein eigenes Bild machen können.

Doch ist es nicht nur der Betriebsrat, der unter den Bedingungen im Babylon zu leiden hat. Die Mehrheit der Beschäftigten erhält entgegen der Nachweispflicht des Arbeitgebers keine schriftlichen Verträge. Einstellungen erfolgen in der Regel auf prekärer Basis: befristet und/oder Minijobs. Auch der Stundenlohn von 8 Euro/Stunde für Vorführer und 5,50 - 6 Euro für Kartenabreisser und Kasse erscheinen eher mager. „Branchenüblich“ heißt es dazu von der Geschäftsleitung, die ihr Kino gerne als „Non-Profit“-Unternehmen darstellt und zu Buche gibt, „gesetzliche und menschliche Mindeststandards“ einzuhalten.



Branchenüblichkeit hin oder her: „non-profit“ arbeiten bei dieser Ausgangslage wohl eher die Beschäftigten. Vor allem, wenn man bedenkt, dass selbst die immer noch mageren Tarife der Kinobranche weit darüber liegen. Auch stellt sich die Frage, was „gesetzliche“ und vor allem die weitaus relativer zu sehenden „menschlichen Mindeststandards“ mit einem Arbeitskampf als solchem zu tun haben sollen. Von Luft und Liebe kann sich niemand ernähren, selbst wenn es sich dabei um die Liebe zum Kino handelt.

Die Betriebsgruppe der FAU konterte daraufhin mit ihren eigenen Mindeststandards und forderte für die Zeit der Berlinale in einem ersten Schritt wegen Mehrbelastung einen Stundenlohn von 16 Euro/Stunde für Vorführer und 12 Euro/Stunde für Service und Kasse. Diese Forderungen blieben ohne Reaktion. Stattdessen antwortete die Geschäftsführung des Babylon kurz vor der Kundgebung auf eine Pressemitteilung der Betriebsgruppe mit der Aufforderung, eine Unterlassungserklärung zu unterzeichnen. Bestimmte Äußerungen zu den Arbeitsbedingungen im Kino sollten somit nicht getätigt werden. Ärgerlich für die Chefs Timothy Grossman und Tobias Hackel, dass die FAU Berlin sich davon nicht einschüchtern ließ und die Kundgebung wie geplant stattfand.

Unbelehrbar versuchen sie nun einem FAU-Mitglied zu kündigen und sich anderer unliebsamer Beschäftigter zu entledigen. Der Versuch, sich eine handzahme Belegschaft zu basteln, wird ihnen allerdings ebenso wenig gelingen, wie den Konflikt um bessere Arbeitsbedingungen auszusitzen. Die FAU Berlin und die Betriebsgruppe werden in nächster Zeit den Druck erhöhen und zu härteren Arbeitskampfmitteln greifen. „die eigentliche Auseinandersetzung um die Arbeitsbedingungen im Babylon beginnt für uns erst jetzt“, heißt es in einer Pressemitteilung der FAU Berlin.

*Lars Röhm / Hansi Oostinga*

Aktuelle Infos zum Konflikt:
www.prekba.blogsport.de

# Bei Kurzarbeit zu kurz gedacht

**Wie durch Kurzarbeit die Gewinne erhöht und die Beschäftigten eingeschüchtert werden**

Eigentum verpflichtet. Dieser Satz aus dem Grundgesetz wird immer mehr ausgehebelt. Sowohl auf moralischer wie auch auf rechtlicher Ebene. Durch § 615 BGB sind die Firmen verpflichtet, ihre Beschäftigten auch dann zu bezahlen, wenn sie vorübergehend keine Arbeit für sie haben. Dies gilt auch für Zeitarbeitsfirmen, aber gerade dort wird es oftmals anders gehandhabt. Der aktuelle Hebel heißt Kurzarbeit.

Kurzarbeitergeld wird gewährt, wenn in Betrieben oder einzelnen Abteilungen die regelmäßige, betriebsübliche, wöchentliche Arbeitszeit infolge wirtschaftlicher Ursachen oder eines unabwendbaren Ereignisses vorübergehend verkürzt wird. Ob die sogenannte Finanzkrise ein unabwendbares Ereignis ist, und ob alle Unternehmen, die derzeit Kurzarbeit beantragt haben hierzu auch wirtschaftlich gezwungen sind, ist zu bezweifeln. Aber Kurzarbeit und Finanzkrise müssen nur oft genug in einem Atemzug genannt werden und schon ist die Notwendigkeit herbeigeredet. Anfang Oktober 2008 wurde die Finanzkrise erstmals durch ganzseitige Zeitungsartikel und ständiges Wiederholen in den Medien thematisiert und bereits zum Januar 2009 wurde – wegen angeblicher, außergewöhnlicher Verhältnisse – durch den Bundesarbeitsminister die Bezugsfrist für das Kurzarbeitergeld per Rechtsverordnung schnell mal von sechs auf Monate 18 Monate angehoben.

Und sind erst einmal die Tatsachen geschaffen, können dann auch unternehmerische Fehlleistungen und Risiken auf die Kostenseite der Beschäftigten und die Allgemeinheit abgeschoben werden. Zum Beispiel wenn UnternehmerInnen der Meinung sind, die Preise seien derzeit zu hoch und aus diesem wirtschaftlichen Zwang heraus keine Bestellungen aufgeben. Oder wenn beispielsweise modernisiert wird und die Produktion, bedingt durch die Umbaumaßnahmen, zeitweise eingeschränkt werden muss.

„Wir sind auf einen großen Ansturm auf die Kurzarbeit vorbereitet. Wir haben die finanziellen Möglichkeiten und den Willen, sie einzusetzen“, betonte Bundesarbeitsminister Scholz. „Wir auch!“, wird es darauf in den Vorstandsetagen geschallt haben, als Scholz seinen Ausführungen noch jenen Satz anhängte: „Jetzt entlasten wir die Betriebe in dieser Phase auch noch finanziell, indem der Staat die Hälfte der Beiträge zur Sozialversicherung übernimmt.“ Welchen Hintergrund hat diese Aussage? Für die Ausfallstunden der Beschäftigten, hätten die Unternehmen die Sozialversicherungsbeiträge eigentlich allein zu tragen, d.h. auch den Anteil der Beschäftigten. Doch den, würden wir nach dem Willen von Scholz und Rüttgers jetzt auch noch an die Unternehmen zurückzahlen – mit unserer Steuer.


Fortsetzung auf Seite 4


## Aus dem Inhalt




www.direkteaktion.org

Direkte Aktion · Schwanthaler Str. 139 Rgb. 80339 München
Deutsche Post AG · PVSt · »Entgelt bezahlt« · VKZ H20318


## Catwalk



### Andalusische Lektionen

Aufmerksamen BeobachterInnen des internationalen Syndikalismus wird es nicht entgangen sein, dass sich die CNT Sevilla im spanischen Andalusien zu einer ernstzunehmenden Kraft entwickelt hat (siehe DA Nr. 190). Mehrfach konnte die DA bereits über Kämpfe der FAU-Schwestergewerkschaft berichten, so auch diese Ausgabe, diesmal über den Generalstreik in Lebrija (siehe S. 10). Auch hierzulande gibt es Anzeichen, dass es zu einem Wiedererstarken des Syndikalismus kommen könnte. In einer Rundreise Ende April wird Luis Baños von der CNT Sevilla die erfolgreiche Entwicklung seiner Organisation vorstellen. Mitglieder der FAU werden hiesige Erfahrungen vorstellen und mit den andalusischen Lektionen zusammenbringen. Nähere Infos und die Termine finden sich auf S. 13.

### Nazis stoppen!

Für den 1. Mai 2009 haben Nazis aus dem Spektrum von NPD und Kameradschaften einen Aufmarsch in Hannovers Innenstadt angemeldet. Von dort aus wollen sie versuchen, in den traditionellen Arbeiter- und Migrantenstadtteil Hannover-Linden zu gelangen; eine eindeutige Provokation. Die FAU Region Nord ruft dazu auf, sich an diesem Tag an den vielfältigen Möglichkeiten zu Protest und Widerstand zu beteiligen. Für Hintergründe siehe S. 5. Weiteres gibt es auf www.fau.org/ortsgruppen/hannover/erster_mai.

### Kauf dich glücklich!

Für alle Anstecker-Verfallene, denen schwarz-rote Sterne nicht mehr den richtigen Kick geben, gibt es jetzt die prunkenden Angeber-Pins der FAU.




Button aus Metall, versilbert, Butterfly-Verschluss, hochglanzversiegelt, Abmessung: 25x13 mm, ab drei Stück 30% Rabatt.
Zu bestellen bei www.syndikat-a.de

# FAU-Ticker

Die FAU Hannover protestierte am 23. Januar mit einem Offenem Brief an die Geschäftsleitung der Doppstadt Calbe GmbH in Calbe (Sachsen-Anhalt) gegen die rüden Methoden, mit denen im Werk gegen kämpferische Gewerkschafter vorgegangen wird. Zuletzt war ein Betriebsratsmitglied überfallen und krankenhausreif geschlagen worden. +++ Bereits Ende letzten Jahres initiierte die FAU Hannover mit zwei anarchistischen Jugendgruppen und der Graswurzelgruppe Hannover einen monatlichen Stammtisch zur Pflege des Erfahrungsaustauschs. +++ Am 17. und 18. Januar trafen sich Mitglieder der AG Jugend in Hannover und diskutierten über anarchosyndikalistische Organisierung und Perspektiven von Jugendlichen. Neue FAU-Jugendgruppen gibt es u.a. in München und im Ruhrgebiet. Kontakt: jugend@fau.org +++ Die FAU Solingen trifft sich nun alle 14 Tage sonntags um 15 Uhr. +++ In der FAU Münsterland gibt es nun ein Drucksyndikat, deren Mitglieder die Sieb- und Offsetdruckerei im Interkulturellen Zentrum Don Quijote betreiben. +++ Die FAU Leipzig organisiert eine Rundreise zwecks Vorstellung des Internetportals chefduzen.de (siehe vorherige DA). In der zweiten Aprilhälfte sind Veranstaltungen in Leipzig, Grimma, Zwickau, Schwarzenberg, Altenburg und Halle geplant. Genaueres in Kürze bei www.fau.org/leipzig +++ Zur Zeit wird eine bundesweite Arbeitsgruppe Arbeitsrecht eingerichtet, welche das in der FAU vorhandene Fachwissen zusammentragen und den lokalen Syndikaten für ihre Arbeit zur Verfügung stellen soll. Kontakt: arbeitsrecht@fau.org +++ Das halbjährliche Treffen der Region Ost findet am 21.+22. März in Leipzig statt. +++ Das nächste Regionaltreffen Nord findet am 8. März in Hamburg statt.

*Es könnte uns nicht besser gehen, der Kapitalismus wird verstaatlicht und wir brauchen nicht mehr so viel zu arbeiten. Glücklicherweise trifft uns das zur rechten Zeit. Um genauer zu sagen in der fünften Jahreszeit. Die Zeit der Jecken und Narren. Ob es uns mit der Kurzarbeit schlechter oder besser geht, ist schwer zu sagen und hängt sehr von den individuellen Gegebenheiten ab. Siehe dazu die Seiten 1 und 4.*

*Die verrücktesten Masken waren auf der Berlinale zu sehen. Oder waren es nur SchauspielerInnen? Auf jeden Fall ein wunderbarer Kinorausch, der mit der Eröffnung des Straßenfaschings sein Ende und mit dem Alkoholrausch seine Fortsetzung findet. Ob die Arbeitsbedingungen der Menschen hinter den Kulissen auch so berauschend sind, davon berichten wir auf Seite 1. Und auf Seite 15 gleich noch etwas aus dem Filmgeschäft.*

*Auch Leiharbeit ist den Faschings- oder je nach Region auch Karnevalsfans nichts Unbekanntes. Werden doch die Leute in der Bütt und solche, die das Tanzbein schwingen, fröhlich von einem zum nächsten Verein weitergereicht. Manche verdienen als Honorarkräfte nicht schlecht, aber andere rackern sich ab wie Leiharbeiter für'n Appel-Korn und ein kräftiges Helau. Aber im Gegensatz zu den Leiharbeitern, haben sie ja wenigstens Spaß an der Freude. Wie sich die realen Rahmenbedingungen der Arbeitssklaven entwickelt haben, könnt ihr auf Seite 3 nachvollziehen. Spaß am Leben haben auf jeden Fall DAF, die wieder on Tour sind. Hierzu Seite 15.*

*Die zackigsten Verkleidungen und Kostüme waren allerdings auf der Sicherheitskonferenz zu sehen. Und wie es sich für echte Narren gehört, haben sie auch alle Regeln und Gesetze übertreten und sich mal wieder herzlich über uns lustig gemacht. Wie genau, das erfahrt ihr ebenfalls auf Seite 3.*

*Auch die Kolleginnen und Kollegen bei ver.di brauchen sich keine extra Maskierung auszudenken, da sich ihre Streiks sicher noch ein wenig hinziehen werden. Somit sind sie mit ihren roten, winddichten Plastiksäcken im doppelten Sinn zeitgemäß angezogen: Verkleidete Jecken in winddichter Verpackung. Ob da alles richtig läuft? Dazu eine Einschätzung auf Seite 5.*

*In der „Heldenstadt" Leipzig werden sich manche unterdes fragen, ob die offiziellen Aussagen zum Flughafen nun ernst gemeint sind, oder aus Versehen eine Büttenrede veröffentlicht wurde. Ist das dort vor den Toren der Stadt nun ein Militärflughafen, oder sendet einem die alkoholumnebelte Wahrnehmung eine Fehlmeldung? Wir gehen der Sache auf den Grund, auf Seite 6.*

*Aber das ist alles nichts gegen die Verkleidung der rechtsorientierten Narrenschar. Mussten sie sich doch, um etwas volksnäher zu wirken, komplett neue Karnevalsgewänder besorgen (Näheres ebenfalls auf S. 6). Ob da eine andere Form der Schulbildung hätte Schlimmes verhindern können, ist zwar zweifelhaft – denn echte Narren sollen unbelehrbar sein – aber nicht ganz hoffnungslos. Wie ein so ganz anderes Schulprogramm aussehen könnte, erfahrt ihr auf Seite 8.*



*Anarchie ist keine Hexerei*

*Der Basler Morgenstraich ist der späteste Auftakt zu einer Faschingskampagne. Womit wir auf Seite 14 und in der Schweiz wären, wo in Winterthur die libertäre Buchmesse stattfand.*

*Was dann folgt, ist Aschermittwoch. Und da ist der Spaß bekanntlich vorbei. Ganzjährig keinen Spaß versteht die Oligarchie in Russland. Über die Morde an „Stas" Markelow und „Nastja" Barburowa erfahrt ihr einiges unter Globales. Dort ist auch beschrieben, dass an Aschermittwoch nicht alles vorbei ist. Manches bleibt! Deshalb etwas über die Gedenkveranstaltung auf dem Pariser Friedhof „Père Lachaise" und ein Artikel über den verstorbenen Anarchisten Luis Andrés Edo.*

*Die BuG-Redaktion*

## Syndikate, Ortsgruppen und Kontakte der Freien Arbeiter/innen-Union (FAU-IAA)

### REGION NORD

- Bad Segeberg . . Café Freiheit im Hotel am Kalkberg (AJZ), Lübecker Str. 85, jeden Mittwoch ab 15h Uhr. Kontakt: <fause@fau.org> und (0176) 29475839 (mittwochs nach 15h)
- Bielefeld . . . . . FAU Lokalföderation Bielefeld/OWL, c/o Umweltzentrum, August-Bebel Str. 16-18, 33602 Bielefeld. Offenes Treffen jeden 1. Dienstag im Monat ab 19.30h in der Bürgerwache Bielefeld, Rolandstr. 16, Siegfriedplatz. Kino: Jeden 1. Donnerstag im Monat im AJZ-Kino. <faubi@fau.org>. AGs und Syndikate siehe www.fau-bielefeld.de.vu
- Braunschweig . FAU Braunschweig, c/o Wohn- und Kulturprojekt Nexus, Frankfurter Straße 253, 38122 Braunschweig. Offener Abend jeden letzten Donnerstag im Monat ab 20:00Uhr. <faubs@fau.org>
- Bremen . . . . . . FAU-IAA Bremen, c/o Naturfreundejugendhaus Buchte, Buchtstr. 14/15, 28195 Bremen, <fauhb@fau.org>, (0151) 17 93 52 90, www.fau-bremen.tk, www.bremer-aktion.tk; Syndikat der Lohnabhängigen und Erwerbslosen (SLE-FAU), <sle-hb@fau.org>
- Flensburg. . . . . FAU Flensburg, c/o Infocafé, Hafermarkt 6, 24943 Flensburg, fau-flensburg@fau-fl.org
- Hamburg . . . . . FAU-IAA Hamburg, Fettstraße 23, 20357 Hamburg. Offenes Treffen jeden Fr., 19.00 Uhr, <fauhh@fau.org>, (040) 43 22 124
- Hannover . . . . . FAU-Lokalföderation Hannover, UJZ Korn, Kornstraße 28-30, 30167 Hannover. Treffen jeden Di. 21.00 Uhr, letzten Di. im Monat offener Abend ab 20.00 Uhr, <fauh@fau.org>, Tiermedizinisches Syndikat, <tiermedizin@fau.org>, Gewerkschaft Gesundheitsberufe (GGB), <ggb-hannover@fau.org>
- Kiel . . . . . . . . . FAU Kiel, c/o Infoladen Beau Rivage, Hansastr. 48, 24118 Kiel, <fauki@fau.org>
- Lübeck . . . . . . Kontakt über Hamburg
- Wismar . . . . . . FAU Westmecklenburg, c/o Tikozigalpa, Doktor-Leber-Straße 38, 23966 Wismar, fauhwi@fau.org

### REGION WEST

- Aachen . . . . . . FAU Aachen, <info@fau-aachen.net>, www.fau-aachen.net
- Bochum. . . . . . Kontakt über FAU Dortmund, <faudo@fau.org>
- Bonn . . . . . . . . FAU Bonn, Wolfstraße 10 (Hinterhaus), 53111 Bonn-Altstadt. Treffen jeden Mi. 20.30 Uhr. (0228) 90 93 171, <faubn@fau.org>, www.fau-bonn.de
- Dortmund . . . . FAU Dortmund c/o „Langer August", Braunschweiger Str.22, 44145 Dortmund, (0231) 86 30 105 (AB), (0231) 86 30 101(Fax), <faudo@fau.org>
- Duisburg . . . . . FAU Duisburg, Querstr.38, 47178 Duisburg. Schwarz-Roter Stammtisch: Jeden ersten Sa. im Monat um 20.00 Uhr im „Ostenende", Oststr. 64, 47057 Duisburg-Neudorf, Info-Telefon und SMS: (0179) 325 86 48, <faudu@fau.org>, www.fau-duisburg.tk
- Düsseldorf . . . . FAU Düsseldorf, Allgemeines Syndikat, Postfach 10 24 04, 40015 Düsseldorf, Fax: (01212) 5 110 29 174, Fon/SMS: (0179) 32 586 48, <faud@fau.org>, www.fau-duesseldorf.org
- Krefeld . . . . . . FAU Krefeld, <faukr@fau.org>, Tel.: (02151) 39 42 70
- Moers . . . . . . . FAU Moers, c/o „Barrikade", Bismarckstr. 41a, 47443 Moers
- Münster. . . . . . FAU Münsterland, c/o Interkulturelles Zentrum Don Quijote, Scharnhorststr. 57, 48151 Münster. Offene Treffen jeden 2. Mi. im Monat 20.00 Uhr und jeden 4. Mi. im Monat, 19 Uhr. Präsenzzeit jeden Mi. 12-14 Uhr. Tel. (0251) 52 11 12, Kneipenabend jeden 1. Samstag im Monat, 21 Uhr, <faums@fau.org>, www.fau.org/muenster/
- Solingen . . . . . FAU Solingen, Postfach 10 08 02, 42608 Solingen, Treffen 14-tägig sonntags um 15 Uhr, <fausg@fau.org>, www.fau.org/ortsgruppen/solingen/

### REGION OST

- Altenburg . . . . Kontakt über Leipzig
- Berlin . . . . . . . FAU Berlin, Straßburger Str. 38, 10405 Berlin (U2 Senefelder Platz), <faub@fau.org>, www.fau.org/ortsgruppen/berlin, (030) 287 008 04. Offenes Büro freitags 16.00–20.00 Uhr. Allgemeines Syndikat (ASy), 2. Mi. im Monat 19.00 Uhr. Sektion Kultur im ASy, 3. Do. im Monat 20.00 Uhr, <ksy-b@fau.org>. Sektion Gesundheits- und Sozialberufe: 3. Mi. im Monat 20.00 Uhr im FAU-Lokal und am 4. Mi. im Monat 20.00 Uhr im Cafe Walden, Choriner Str. 35, <gesundheit.asy-b@fau.org>. Sektion IT: 1. Do. im Monat um 19.00 Uhr, <faub-it@fau.org>
- Dresden. . . . . . FAU Dresden, Kontakt über Leipzig
- Erzgebirgskreis. Kontakt über Leipzig
- Görlitz . . . . . . . Kontakt über Leipzig
- Gransee. . . . . . Kontakt über Berlin
- Halle/Saale . . . Kontakt über Leipzig
- Leipzig. . . . . . . VAB FAU Leipzig, c/o „Libelle", Kolonnadenstr. 19, 04109 Leipzig. Präsenzzeit: mittwochs 16.00–17.00 Uhr, <leipzig@fau.org>, Tel. (0341) 22 46 650
- Magdeburg. . . . FAU Magdeburg, <faumd@fau.org>, c/o „Blaue Welt Archiv", Thiemstr. 13, 39104 Magdeburg.
- Potsdam . . . . . Kontakt über Berlin
- Saale-Orla-Kreis Kontakt über Leipzig
- Zwickau. . . . . . Kontakt über Leipzig

### REGION SÜD

- Aschaffenburg. Kontakt über Frankfurt/M.
- Dreieich. . . . . . Kontakt über Frankfurt/M.
- Frankfurt/M. . . FAU Frankfurt, c/o DFG/VK, Mühlgasse 13, 60486 Frankfurt/Main, sonntags 19.00 Uhr, <fauffm@fau.org>
- Freiburg. . . . . . FAU Freiburg, <faufr2@fau.org>,Treffen: jeden ersten So.im Monat ab 18Uhr,KTS,Baslerstr.103,79100 Freiburg; jeden dritten So. im Monat ab 18Uhr,Fabrik,Habsburgerstr.9,79104 Freiburg.
- Gießen. . . . . . . Kontakt über Lich
- Ilmenau . . . . . Kontakt über Meiningen
- Kassel . . . . . . . FAU-Gründungsinitiative, Kontakt über Frankfurt/M.
- Lich. . . . . . . . . FAU Lich, Postfach 1215, 35420 Lich,<fauli@fau.org>
- Mainz. . . . . . . . Kontakt über Frankfurt/M.
- Marburg . . . . . . Kontakt über Lich
- Meiningen . . . . FAU Südthüringen, Postfach 100139, 98601 Meiningen, <fausm@fau.org>
- Memmingen . . . FAU, Postfach 1701, 87687 Memmingen
- München . . . . . FAU Lokalföderation München, Schwanthaler Str.139 (Rg), 80339 München, (0163)6174227, <faum@fau.org>, Allgemeines Syndikat: jeden Mittwoch 19h; Initiative Gesundheitssyndikat: <faum14@fau.org>; Jugend-AG: <faum15@fau.org>
- Neustadt/W. . . FAU Neustadt, Postfach 3570, 67623 Kaiserslautern <faunw@fau.org>
- Nürnberg. . . . . FAU Nürnberg, <faum16@fau.org>
- Saarbrücken. . . FAU-Gründungsinitiative Saar, Kontakt über Neustadt
- Suhl. . . . . . . . . Kontakt über Meiningen
- Tübingen . . . . . c/o Infoladen „Grenzenlos", Schellingstr. 6, 72072 Tübingen
- Wiesbaden . . . . GNLL-Kontakt, über Frankfurt/Main

### Bundesweite Branchen-Koordinationen

Bildungswesen: <bsy-public-info@list.fau.org>
AG Jugend: <jugend@fau.org>
Gesundheits- und Sozialwesen, Lebensmittel und Landwirtschaft, IT: Regionale Kontakte siehe www.fau.org/syndikate

### Regionalkoordinationen

Nord: Braunschweig <reko-nord@fau.org> | West: Düsseldorf <reko-west@fau.org> | Ost: Berlin/Zwickau <reko-ost@fau.org> | Süd: Frankfurt/M. <reko-sued@fau.org>

### Geschäftskommission der FAU-IAA

Freie ArbeiterInnen Union/IAA, Fettstr. 23, 20357 Hamburg, Allemagne, <geko@fau.org>

### Internationales Sekretariat der FAU-IAA

Freie ArbeiterInnen Union/IAA, Fettstr. 23, 20357 Hamburg, Allemagne, <is@fau.org>

Internationale ArbeiterInnen-Assoziation (IAA)
IAA/IWA/AIT-Sekretariat, Belgrad (Serbien),
AIT, ASI-MUS CLS, Postanski pretinac 6, 11077 Beograd, SERBIE
<secretariado@iwa-ait.org>, www.iwa-ait.org

### Schweiz

- Bern . . . . . . . . FAU Bern, Quartiergasse 17, CH-3013 Bern, www.faubern.ch
- Zürich . . . . . . . FAUCH, Postfach 580, CH-8037 Zürich, www.fauch.ch

### Österreich

Föderation der ArbeiterInnen-Syndikate (FAS) – www.syndikate.at
Die FAS besteht aus:

Allgemeines Syndikat Wien, c/o „Hängematte", Stiftgasse 8, 1070 Wien, allgemeines@syndikat-wien.org
Allgemeines Syndikat Oberösterreich, c/o Infoladen Wels, Spitalhof 3, 4600 Wels, Tel. +43 (0)650 6932864, syndikat_ooe@linuxmail.org
ArbeiterInnen Syndikat Wissens-Industrie (AS:WI), Stiftgasse 8, 1070 Wien, aswi@lnxnt.org
Libertäre Initiative Sozial Arbeitender (LISA) c/o „Hängematte", Stiftgasse 8, 1070 Wien, <lisa.syndikat@linuxmail.org>, www.lisasyndikat.wordpress.com

# Leiharbeit – eine unendlich traurige Geschichte

**Wie die Regierung mit Formalien die Leute um ihren verdienten Lohn bringt**

Die neuste Frechheit der schwarz/rosaroten Regierung zum Thema Leiharbeit (auch Zeitarbeit genannt) ist der klägliche Versuch, uns mit einer so genannten „Lohnuntergrenze" Sand in die Augen zu streuen, was die miesen Bedingungen der Leiharbeit betrifft. Letztendlich geht es nämlich wieder einmal nur darum, den von der Europäischen Union festgelegten Grundsatz des „equal pay" (gleiche Arbeit, gleiches Geld) zu umgehen.

Insbesondere in der rot/grünen Regierungszeit (1998 bis 2005) des Agenda 2010-Fetischisten Gerhard Schröder wurden Bedingungen geschaffen, die den deutschen Arbeitsmarkt flexibel gestalten sollten, um so die von den Unternehmen geforderte „atmende Fabrik" schaffen zu können. Natürlich alles auf dem Rücken der Beschäftigten, aber auch der Arbeitslosen und Sozialhilfeempfänger. Eine bekannte Folge war Hartz IV. Eine weitere die Leiharbeit, welche im Arbeitnehmerüberlassungsgesetz (AÜG) geregelt ist.

Um die ganze Problematik zu verstehen, ist es notwendig, sich die ganze Entwicklung noch einmal vor Augen zu führen.

### Entwicklung der Rahmenbedingungen für Leiharbeit

War 1972 die Einsatzzeit von Leiharbeitnehmern in einem Betrieb noch auf 3 Monate begrenzt, so wurde unter dem Druck der Unternehmerlobby diese Frist Stück für Stück erweitert. Insbesondere die rot/grüne Regierung hat die Begrenzung 2002 auf einen Schlag um ein Jahr auf 24 Monaten erhöht.

**2003:** Erster Flächentarifvertrag „christlicher Gewerkschaften" mit Zeitarbeitsunternehmen. Tarifabschluss zwischen der Interessengemeinschaft Nordbayerischer Zeitarbeitsunternehmen. Durch den Abschluss dieses Tarifvertrags wurde das Prinzip „equal pay – equal treatment" (also gleiche Bezahlung und Behandlung wie im Entleihbetrieb) verhindert, welches ansonsten ab dem 1. Januar 2004 gegolten hätte.

• Die Tarifgemeinschaft Zeitarbeit beim DGB unterzeichnet Tarifverträge mit der iGZ (Interessenverband deutscher Zeitarbeitsunternehmen), die zwar besser sind als die „Christlichen", aber immer noch wesentlich schlechter als die Flächentarife der DGB-Einzelgewerkschaften.

**2004:** Wegfall der Begrenzung der Überlassungshöchstdauer. Überlassene Zeitarbeitnehmer können somit unbegrenzt lange von der gleichen Zeitarbeitsfirma an den gleichen Kundenbetrieb überlassen werden.

• Zulassung der Synchronisation vom Einsatz als Leiharbeiter und dem Arbeitsvertrag. Somit ist nun die Einstellung eines Arbeitnehmers für nur eine einzelne Überlassung in einen Kundenbetrieb erlaubt. Danach kann der Arbeitnehmer entlassen werden. Das war vorher nicht erlaubt. LeiharbeiterInnen wurden fest beim Arbeitsvermittler beschäftigt und mussten somit auch von diesem bezahlt werden, wenn kein Arbeitseinsatz vermittelt werden konnte.

• Die Wiedereinstellungssperre wird aufgehoben. Sie sollte verhindern, dass LeiharbeitnehmerInnen je nach Auftragslage der Leiharbeitsfirma wiederholt gekündigt und wieder eingestellt werden. Auch dies verlagert das Beschäftigungsrisiko einseitig auf die LeiharbeiterInnen.

• Einführung der Gleichbehandlungspflicht der Zeitarbeitnehmerschaft mit den vergleichbaren Stammbeschäftigten im Kundenbetrieb („Equal Pay/Equal Treatment-Prinzip"). Durch Tarifverträge kann allerdings von diesem Prinzip abgewichen werden.

### Die „christlichen" Gewerkschaften

Was ist daran schlimm, wenn etwas durch Tarifvertrag verbessert werden kann? Doch wer sagt, dass das auch so im Gesetz steht? Wer sich den Text einmal anschaut wird leider enttäuscht werden.

Im AÜG § 3 Absatz 1 Ziffer 3 steht lediglich, „Ein Tarifvertrag kann abweichende Regelungen zulassen". Somit auch schlechtere. Jetzt mussten sich die Arbeitgeber nur noch entsprechende Erfüllungsgehilfen suchen, um verschlechternde Tarifverträge abzuschließen. Ein Anruf bei den „christlichen" Gewerkschaften genügte, um schnell ein paar miese Arbeitsbedingungen auszuhandeln und in ein Tarifvertragswerk zu gießen.

### Die Regierung setzt auf niedrige Tarife

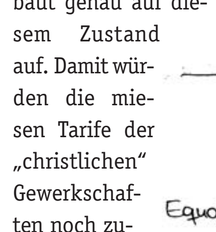
Die jetzt angestrebte „Lohnuntergrenze" baut genau auf diesem Zustand auf. Damit würden die miesen Tarife der „christlichen" Gewerkschaften noch zusätzlich gesetzlich legitimiert. Interessanterweise will die CDU da nicht so richtig mitspielen. Einen Mindestlohn für den Leiharbeitsbereich lehnt sie ebenfalls ab, da beides ja ein Eingriff in die Tarifautonomie wäre. Allerdings dürfte es der CDU eher darum gehen, für die Zukunft abzusichern, dass ihre „christlichen" Gewerkschaften auch weiterhin durch den Abschluss von arbeitsgeberfreundlichen Tarifen eine Existenzberechtigung nachweisen können. Bei der Verabschiedung der sechs neuen Mindestlohnbranchen wurde dann dieses Thema auch erst einmal außen vor gelassen.

### Was heißt das Alles konkret für LeiharbeitnehmerInnen?

Ob Lohnuntergrenze, Mindestlohn oder Tarifverträge, mit den derzeitigen und den angestrebten Regelungen wird schlechte Bezahlung, zusätzlich zu den schlechteren Arbeitsbedingungen, zementiert. Schon jetzt bekommen etwa ein Achtel von ihnen so niedrige Löhne, dass sie Arbeitsagenturen Hartz-IV-Leistungen obendrauf legen müssen.

Leiharbeit gehört gesellschaftlich geächtet und abgeschafft!

Thersites




# Proteste gegen die „Sicherheitskonferenz"

**Krieg war schon immer die Antwort der Herrschenden auf ihre Krisen**

Die sogenannte Sicherheitskonferenz – jedes Jahr am ersten Februarwochenende in München durchgeführt – entwickelte sich zum weltweit wichtigsten informellen Treffen von PolitikerInnen, Militärs und Rüstungsindustriellen. Die Münchner Kriegskonferenz hat dabei in Zeiten des globalen "Krisenmanagements" sogar noch an Bedeutung hinzugewonnen. So trafen sich vom 6. bis 8. Februar zwölf Staats- und Regierungschefs sowie 50 MinisterInnen mit hochrangigen VertreterInnen aus Wirtschaft und Militär.

Neben maßgeblichen EntscheidungsträgerInnen der EU, der deutschen Bundeskanzlerin Merkel oder dem französischen Präsidenten Sarkozy, nutzte vor allem die neue US-amerikanische Regierung die Gelegenheit, um eine weitere Eskalation der globalen Kriegspolitik der NATO-Staaten auszuloten. Dabei stand diesmal eine neue weltweite Aufgabenverteilung, besonders in Afghanistan, auf der Tagesordnung.

Die Kosten der Krise werden auf die weltweiten Unterklassen abgewälzt.

### Proteste und Widerstand

Diesem "Krisenmanagement" wird jedoch weltweit Widerstand entgegengebracht. Und so rief ein "Aktionsbündnis gegen die NATO-Sicherheitskonferenz" bereits zum achten Mal zu Gegenaktivitäten gegen die Kriegskonferenz in der Isar-Metropole auf. Dabei waren die Münchner Proteste in diesem Jahr bundesweit zugleich Auftakt zur internationalen Mobilisierung gegen den NATO-Gipfel in Strasbourg und Baden-Baden.

Den Anfang machte eine Kundgebung am Freitag um 17 Uhr am Marienplatz mit mehreren hundert TeilnehmerInnen. Währenddessen wiederholte sich ein Vorgang, obwohl er gegen das bürgerliche Grundgesetz verstößt: Seit Jahren wird die "Sicherheitskonferenz" nämlich auch zum Schauplatz eines Inlands-Einsatzes der Bundeswehr. Waren dafür 1997 erst 115 SoldatInnen abgestellt, so belief sich deren Zahl im letzten Jahr bereits auf 420 Bundeswehrangehörige. Dabei übernahmen bewaffnete Feldjäger das Hausrecht im Tagungshotel "Bayerischer Hof" und stellten damit selbst die Beschäftigten des Hotels faktisch unter ihr Kommando.

An der Großdemonstration am Samstag beteiligten sich schließlich etwa ca. 6.000 TeilnehmerInnen. In drei Blöcken (internationalistisch, Jugend, Gewerkschaften) zogen die Protestierenden zwei Stunden durch die Innenstadt, wobei es mehrmals zu Rangeleien, aber auch zu einem Schlagstockbzw. Tränengaseinsatz der Polizei kam. Teile des Demonstrationszuges wurden von bis zu fünfreihigen Polizeiketten begleitet.

Eine neue Qualität war, dass zur Abschlusskundgebung am Odeonsplatz von den Sicherheitsorganen Scharfschützen auf den umliegenden Dächern postiert wurden. 17 Personen wurden während des Wochenendes vorübergehend festgenommen, wovon den meisten ein Verstoß gegen das Vermummungsverbot vorgeworfen wird.

Roman Danyluk (FAU München)

## Kolumne Durruti



Also die Werbebranche schreckt ja vor nichts mehr zurück. Jetzt kam so ein findiger Schwabe auf die Idee, unsere Geldscheine mit Werbung zu bedrucken. Der Staat könnte dann von den Firmen Miete für diese Werbeflächen verlangen und bei einer Monatsgebühr von 1,20 €je Schein kämen da pro Jahr mal locker 350 Millionen zusammen. Genial denk ich. Der Staatshaushalt wäre saniert und durch die Powerwerbung würde noch mehr konsumiert. Jetzt hat's mich gepackt. Lässt sich das Ganze nicht noch verfeinern? Die Nobelmarken könnten auf großen Scheinen werben und die fünf und zehn Euroscheine müssten für Lidl, KIK und all die anderen Discounter reserviert werden. Und kurz vor Weihnachten, für das schlechte Gewissen der Mittelschicht, Werbung von Unicef, Miserior und Brot für die Welt auf den zwanzig und fünfzig Euroscheinen. Schließlich ist einem ja doch bewusst, dass das Geld, welches auf der einen Seite für die Nobeluhr ausgegeben wird, auf der anderen Seite dann beim Essen und den Klamotten eingespart werden muss. Also wird gespendet, was das Zeug hält, damit es den armen Kindern in Asien, Südamerika und Afrika besser geht. Dann müssen die vielleicht nur noch 10 statt 14 Stunden zur Herstellung unserer Billigklamotten arbeiten und wenn von dem Geld noch was übrig bleibt, können sie sich vielleicht auch noch von den Schlägen freikaufen, die es ansonsten bei schlechter Arbeitsqualität gäbe.

Und weil ich mit den Gedanken gerade bei dem Thema Kinder bin, fällt mir ein, dass in Deutschland immer weniger Kinder gezeugt werden. Wer soll uns denn da später mal ernähren? Aber die Pille zu besteuern kostet Wählerstimmen! Also Negativwerbung – ähnlich wie bei Zigaretten. Zum Beispiel so: Antibabypillen können im Alter zum Verlust der Rente führen.

Einmal gedanklich in der Werbebranche drin, komme ich nicht mehr los. Wie könnte der Demografie entgegen gewirkt werden? Da könnte z.B. beim Rauchen angesetzt werden. Genau, warum sollen denn die Möglichkeiten der Scheckkarten nicht genutzt werden? Wenn das genaue Geburtsjahr gespeichert wäre, könnte der Automat an alle die, die über sechzig sind, gezielt Zigarettenpackungen ausspucken, bei denen die Negativwerbung fehlt. Die Alten würden wieder mehr rauchen und das sozial-verträgliche Ableben würde früher einsetzen. Also mehr Steuereinnahmen und weniger Rentenausgaben. Okay, das ist diskriminierend – aber würde das die Regierenden und die Werbeleute wirklich davon abhalten?

Tja, Werbung ist eben alles – egal wie. Das haben sich wohl auch die „notleidenden Banken" gedacht, als sie einen Hilfsfonds angeregt haben. Und siehe da, es hat geklappt. Der Ruf ist durch diese Art Werbung zwar am A...., aber der Rubel rollt. Die Bundesregierung leiht sich Geld bei den Banken, die angeblich keines mehr haben, um es mittels Fonds an die Banken zurückzugeben. Was hängen bleibt, sind die Zinsen, die die Steuerzahler löhnen.

So wird aus Sch.... Geld gemacht. Das ist Werbung.

Konrad Armer

## TERMINE

### Rundreisen

***Rundreise zur Vorstellung des Internetportals "Chefduzen"***
Mitte/Ende April in Leipzig, Grimma, Zwickau, Schwarzenberg, Altenburg und Halle
Mehr Infos bald auf: www.fau.org/leipzig

***Buchvorstellung: „Die großen Streiks"***
**Gotha:** Fr. 6. März, 18.00 Uhr, Linkes Zentrum, Mönchelstr. 26 (anschließend Konzert mit Geigerzähler);
**Bad Langensalza:** Sa. 7. März, 17.00 Uhr, Jugendclub AJUH, Wiebeckplatz 3;
**Weimar:** So. 8. März, 19.00 Uhr, Soziokulturelles Zentrum, Gerberstr. 1;
**Mühlhausen:** Mo. 09. März, 18.00 Uhr, Gebäude der Linkspartei, Görmarstr. 27
Veranstalter: FAU Süd-Thüringen

***Selbstorganisation und Arbeitskämpfe in Spanien und der BRD***
Infotour der CNT Sevilla und der FAU
Alle Infos siehe auf S. 13

### Berlin

**21. März, ab 21.00 Uhr**
New Yorck (Bethanien Südflügel), Mariannenplatz 2
***Soli-Party und -Konzert für die FAU Berlin***
Mit Bruder & Kronstädta, DJ Scumdog, Cable Street Beat u.v.m.

### Bielefeld

**Do. 12. März, 19.30 Uhr**
Bürgerwache, Rolandstr. 16 (Siegfriedplatz)
***Buchvorstellung: „Die neuen Streiks"***
Mit Herausgeber Torsten Bewernitz

**Fr. 27. März, 19.30 Uhr**
(Ort siehe auf www.fau-bielefeld.de.vu)
***Info: Arbeiten in Bethel und drum herum***
Veranstaltung mit dem Gesundheitssyndikat Hannover

### Bremen

**Do. 30. Apr., 21.00 Uhr**
Naturfreundejugendhaus, Buchtstraße 14/15
***Tanz in den Mai der FAU Bremen***

### Halle

**Di. 28. Apr.**
(Ort und Zeit siehe auf www.fau.org/leipzig)
***Vortrag: Prekäre Arbeit an den Universitäten***
Anschließend Konzert mit Geigerzähler

Weitere Termine auf S. 11

### Vorsicht Zeitarbeit

Die FAU Solingen hat auf einem Flugblatt Informationen zum Thema Leiharbeiter-Rechte zusammengestellt, die nicht nur für Beschäftigte von Leiharbeitsfirmen interessant sind. Ihr könnt es auch den Betriebsratsmitgliedern eures Betriebes in die Hand drücken, denn diese Leute wissen oftmals nicht, dass auch sie dafür verantwortlich sind, dass die Rechte der LeiharbeitnehmerInnen, die in eurem Betrieb beschäftigt sind, eingehalten werden. Dieses Flugblatt beschäftigt sich mit Mindestlohn, Zeitkonten und Zeitausgleich. Auf ihm sind die gültigen Gesetze und Tarifverträge zusammengefasst, ins Verhältnis zueinander gestellt und gut verständlich kommentiert.

Ihr könnt euch das Flugblatt unter folgender Web-Adresse herunterladen: www.fau.org/ortsgruppen/solingen/art_090213-021111

Oder direkt anfragen bei:
Freie ArbeiterInnen Union SG
Anarchosyndikalistische Gewerkschaft
Postfach 10 08 02 · 42608 Solingen
fausg@fau.org · www.fau.org

### Bremer Räterevolution vor 90 Jahren

Zum Gedenken an die Bremer Räterevolution vor 90 Jahren organisierte die FAU Bremen für Samstag, den 10. Januar 2009 eine Gedenkfeier. Dazu trafen sich morgens bei sonnigem Winterwetter am Denkmal für die Bremer Rätekämpfer (unter den 29 getöteten Arbeitern befanden sich auch die Syndikalisten Karl Richard Mesicke und Willi Glock) auf dem "Waller Friedhof". Freundinnen und Freunde der FAU sowie weitere am Thema Interessierte versammelten sich unter schwarz-roten Fahnen. Nach der Begrüßung hörten sie einen Vortrag zum Thema "Syndikalisten und Kommunistische Partei während der Bremer Räte-Zeit und des Jahres 1919". Dieser beleuchtete anhand einer aktuellen Forschungsarbeit das lokale Verhältnis dieser beiden unterschiedlichen Strömungen der Arbeiterbewegung, deren Gemeinsamkeiten an der lokalen Mitgliederbasis wie auch die schnelle Auseinanderentwicklung aufgrund des im Jahre 1919 einsetzenden zentralistischen Kurses der KPD in Bremen. Zu einem anschließendem Essen und Kaffee ging es dann am frühen Nachmittag in das Naturfreundejugendhaus in der Buchtstraße. Bei leiblichem Wohlergehen bildete sich dort in der Teestube unter den etwa 30 BesucherInnen neben Büchertisch und Spielecke für Kinder, so manche spannende Diskussionsrunde.

FAU Bremen

Fortsetzung von Seite 1

### Erst absahnen...

Viele Unternehmen flüchten derzeit in die Kurzarbeit. Und bei dieser Flucht aus der Verantwortung wiederholen sie gebetsmühlenartig, dass Kurzarbeit eine Möglichkeit für Unternehmen ist, bei schwieriger Wirtschaftslage Kündigungen zu vermeiden – und dabei die eigenen Schäfchen im Trokkenen zu lassen, wäre noch hinzuzufügen. Dem arbeitenden Volk dagegen bietet sich die Gelegenheit, schon mal für die eventuell folgende Erwerbslosigkeit zu üben. So kann die Agentur für Arbeit, Leute die Kurzarbeitergeld beziehen, auffordern, sich an Tagen des Arbeitsausfalls persönlich bei der Agentur für Arbeit zu melden. Wer sich nicht meldet, dem wird das Kurzarbeitergeld für eine Woche gestrichen. Wer sich meldet, dem kann eine Nebentätigkeit zugewiesen werden. Der Verdienst aus dieser Nebentätigkeit mindert dann wieder den Anspruch auf Kurzarbeitergeld. Wird diese Arbeit nicht angenommen, erfolgt eine Sperrzeit von 3 Monaten – Hartz IV light.

Welchen Nutzen können die Unternehmen nun aus der Kurzarbeit ziehen? Nehmen wir einmal Volkswagen: Hier hieß es in der letzten Februarwoche für rund 61.000 Beschäftigte: „Kurzarbeit". Ok, aber nur eine Woche? So einen Zeitraum sollte ein Unternehmen, das kurz zuvor einen erneuten Verkaufsrekord verkündet hat, doch locker wegstecken können? Und ist nicht die Rede davon, dass es auf den Automobilmärkten in Europa eine Überkapazität von vier bis fünf Millionen Fahrzeugen gäbe? Also da sollte dann doch mit mehr als einer Woche Kurzarbeit gerechnet werden – oder? Vielleicht steckt ja mehr dahinter, wenn VW schon bei einer Woche den Staat um Kurzarbeitergeld anbettelt? Stehen die vielleicht doch nicht so gut da, wie sie immer behaupten oder gibt es andere Gründe für dieses Verhalten? Rechnen wir doch mal:

61.000 Beschäftigte x 5 Tage = 305.000 Beschäftigungstage * 7 Stunden = 2.135.000 Arbeitsstunden. Diese Arbeitsstunden werden zu 60%-67% über die Arbeitsagentur vom Steuerzahlern bezahlt. Kosten für VW: 0,- Ersparnis für VW: geschätzte 60 – 80 Millionen Euro. Einfach mal so nebenbei mitgenommen. Ach ja, die Fließbänder stehen in dieser Zeit ja auch noch und in diesen kalten Wintertagen müssen die Hallen auch nicht geheizt werden. Die daraus resultierende Energieeinsparung bitte auch noch auf der Habenseite verbuchen.

Die Mehrheit der Belegschaften hält die aktuellen Kurzarbeitsmaßnahmen für notwendig, um ihre Arbeitsplätze zu erhalten und das Unternehmen zu entlasten. So gehen die Berechnungen von Regierung und Unternehmen auf, mit Kurzarbeit Steuereinnahmen zu sichern, firmenspezifisch qualifizierte Arbeitskräfte bei gleichzeitiger Kostenentlastung zu binden, sowie das Sozialsystem nicht endgültig zum Zusammenbruch zu bringen. Die DGB-Gewerkschaften tun ihr Übriges dazu. Unter ihren Fittichen wurden in den letzten Jahren in vielen Betrieben der Metall- und Chemieindustrie Tarifverträge und Betriebsvereinbarungen abgeschlossen, die dazu führen, dass die Arbeitszeitkonten, die 2007/2008 mit Sonderschichten aufgebaut wurden, nun zur Produktionsreduzierung benutzt werden können.

### ...dann weichkochen

Wundert es da noch, dass in diesen Branchen plötzlich alle jammern: BMW, BASF, Wacker Chemie, MAN, Opel, Bosch, Continental. Sie alle wollen teilhaben an dem politisch gewollten Manchesterkapitalismus. Hier haben sie die Möglichkeit, die Lohnstückkosten zu senken und gleichzeitig den Lohnabhängigen zu zeigen, wo der Hammer hängt. Dabei hilft die Arbeitsagentur. Sie hat zu überprüfen, ob die Kurzarbeit durch andere Maßnahmen verhindert werden kann (siehe „Kurzarbeit – was euch betrifft").

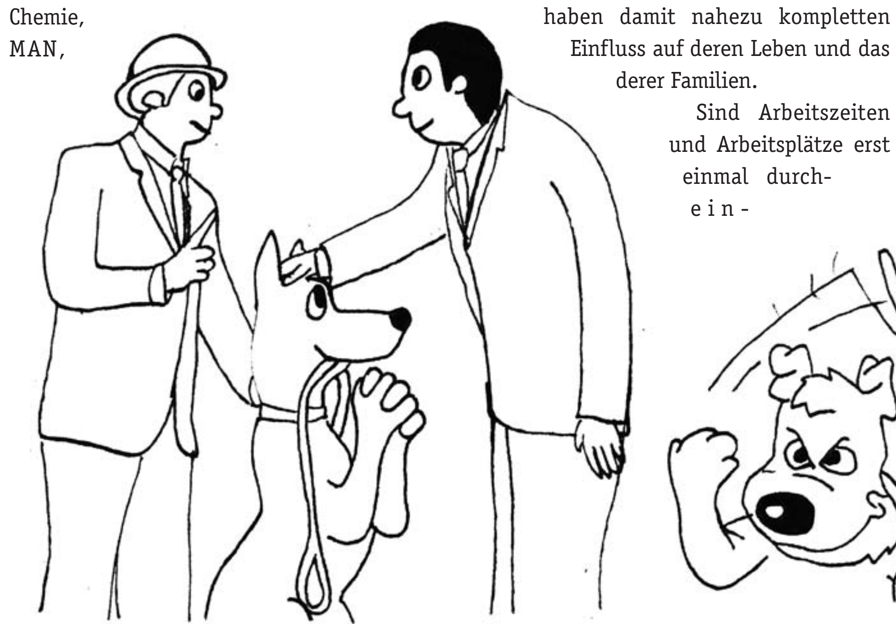
Dazu gehört auch der Verzicht auf LeiharbeitnehmerInnen. Wer traut sich da noch, Solidarität zu üben, wenn es heißt: „Um die Arbeitsplätze der Stammbelegschaft zu retten, müssen nun die Kolleginnen und Kollegen von den Leiharbeitsfirmen zurückgeschickt werden." Uff, gerade nochmal davon gekommen und entlassen wurde ja eigentlich auch niemand. Das ist der Zeitpunkt, an dem die Stammbelegschaft gebeten wird, ein wenig flexibler zu sein. Die Gewerkschaften und die Betriebsräte reagieren auf solche Forderungen nur noch mit der Aushandlung von abweichenden Arbeitszeiten, Einsatzorten und Lohnbedingungen. Letztere werden in der ausgehandelten Kurzarbeit widerspruchslos hingenommen. Auch das zwangsweise Tilgen von Rest-Urlaubstagen und positiven Arbeitszeitkonten wird nicht hinterfragt. Die Unternehmen bestimmen Freizeitgestaltung und Bio-Rhythmus der ArbeiterInnen und haben damit nahezu kompletten Einfluss auf deren Leben und das derer Familien.

Sind Arbeitszeiten und Arbeitsplätze erst einmal durcheinander gewirbelt und flexibel, fällt auf, dass die Produktivität höher wurde. Soll heißen, es werden nun für die gleiche Menge an Arbeit weniger Leute benötigt. Da kommt es den Firmen gerade recht, dass in den letzten Jahren nur noch Zeitverträge abgeschlossen wurden. Die Stammbelegschaft putzt sich derweil mal den Angstschweiß von der Stirn, schließlich werden ja lediglich die Zeitverträge nicht verlängert – es wurde ja niemandem gekündigt.

Wie lange noch? Bei all diesen Aktionen fällt in vielen Betrieben gar nicht auf, dass die Kurzarbeit ein Mittel war, einen Teil der Stammarbeitsplätze abzubauen und unliebsame Beschäftigte loszuwerden. Diese Stellen werden dann bei Bedarf wieder mit Leiharbeitskräften aufgefüllt. Von den Wenigen, denen es vielleicht doch aufgefallen ist, traut sich allerdings kaum jemand mehr, den Mund aufzumachen.

Dass die Arbeiterschaft in Deutschland den Entwicklungen nichts entgegenzusetzen hat, ist das Ergebnis des sozialpartnerschaftlichen Kuschelkurses zwischen Gewerkschaften und Betriebsräten auf der einen Seite und den Unternehmensleitungen auf der andern. Dass dies Augenwischerei ist, zeigt die BASF. Hat deren Vorstandsvorsitzender Hambrecht doch erst Mitte Februar durchblicken lassen, dass eine Lücke in einer Betriebsvereinbarung genutzt werden soll, um weitere 1.200 Menschen zu entlassen.

Am Beispiel von Spanien kann aufgezeigt werden, wie selbstbewusst Belegschaften zusammenhalten und Unternehmen sowie Regierung zeigen, womit sie nicht einverstanden sind. Streiks und Demonstrationen gegen die Kurzarbeitsmaßnahmen in Spanien, kolorieren viele Stadtbilder. Vielleicht sollten sich die ArbeiterInnen in Deutschland kritisch fragen, ob die Sozialpartnerschaft die richtige Antwort auf die weiter abwärts stürzende wirtschaftliche Entwicklung ist.




Thersites / Konrad Armer

# Kurzarbeitergeld

*Wie setzt sich nun der Lohn von Beschäftigten, die kurz arbeiten, zusammen?*

Zuerst bekommt ihr euren Stundenlohn ganz normal für die Zeit, die ihr in dem Abrechnungsmonat tatsächlich gearbeitet habt. Wer zum Beispiel nur die Hälfte des Monates voll arbeitet und die zweite Hälfte kurz – sprich gar nicht arbeitet – bekommt die Hälfte des bisherigen Bruttolohns und somit, wegen der Steuerprogression, etwas mehr als die Hälfte des bisherigen Nettolohns vom Arbeitgeber.

Als nächstes wird errechnet, was Ihr im Normalfall, also in einem Monat ohne Kurzarbeit als Nettogrundlohn verdient hättet. Grundlohn heißt, Überstunden und Bonuszahlungen werden nicht berücksichtigt. Jetzt wird von diesem fiktiven Monatsnettolohn das abgezogen, was ihr tatsächlich verdient habt. Also eure 50 % aus den Beispielen oben. Die Differenz[1], die sich daraus ergibt, wäre euer Lohnausfall. Hier kommt nun das Kurzarbeitergeld ins Spiel. Die Agentur für Arbeit gleicht diese Verdienstminderung zu 60 Prozent aus. Das Kurzarbeitergeld beträgt 60 Prozent des ausgefallenen Netto-Arbeitentgelt. Wer mindestens ein Kind auf der Lohnsteuerkarte eingetragen hat, erhält den erhöhten Leistungssatz von 67 Prozent.

In unserem Beispiel beträgt der gesamte, vom Arbeitgeber und der Agentur für Arbeit, ausgezahlte Nettolohn ca. 80 bis 85 Prozent eures bisherigen regulären Nettolohns. Somit ist der tatsächliche reale Nettolohnverlust, bei 50 Prozent weniger arbeiten, relativ gering obwohl er, je nach Verdiensthöhe, auch schmerzlich sein kann.

**[1]** Diese Differenz wird im Fachjargon als „pauschalierter Nettoentgeltausfall" bezeichnet.

**Rechenbeispiel ohne Berücksichtigung der Steuerprogression:**

| | | |
|---|---|---|
| Bisheriger *normaler* Nettolohn | 1500€ | Euro |
| Berechnung des gesamten Nettolohns bei 50% Kurzarbeit | | |
| Halber Nettolohn | 750€ | Euro |
| Zusätzlich Kurzarbeitergeld | 450€ | Euro (bei 60% Kurzarbeitergeld) |
| Gesamtes Netto | 1200€ | Euro = 80 % vom *normalen* Netto |
| Zusätzlich Kurzarbeitergeld | 502,50€ | Euro (bei 67% Kurzarbeitergeld) |
| Gesamtes Netto | 1252,50€ | Euro = 83,5 % vom *normalen* Netto |

Hinzu kommt noch eine Kröte die ihr schlucken müsst. Der Arbeitgeber muss zwar die anfallenden Sozialabgaben für das Kurzarbeitergeld komplett übernehmen. Sprich Arbeitgeber und Arbeitnehmeranteil für Renten- und Krankenversicherung, aber nicht zu 100 sondern nur zu 80% der tatsächlich anfallenden Kosten. Sprich, eure Rente wird ein wenig geringer ausfallen.

# Kurzarbeit – was euch betrifft

Kann der Arbeitgeber durch andere Maßnahmen die Kurzarbeit vermeiden bzw. einschränken, muss er dies zuvor tun. Dies kann zum Beispiel bedeuten, dass er versucht, euch in einen Bereich zu versetzen, in dem es noch Arbeit gibt. Hier stellt sich die Frage, ob es zumutbar ist.

### Arbeitszeitkonten

Besonders ärgerlich ist der Abbau von Arbeitszeit-Plus-Konten. Dies kann nach § 170 SGB III nur unter folgenden Voraussetzungen verhindert werden, wenn die angesammelte Zeit

- laut einem Tarifvertrag oder einer Betriebsvereinbarung ausschließlich zur frühzeitigen Freistellung vor der regulären Altersrente oder zu eurer Qualifizierung dient.
- länger als ein Jahr unverändert bestanden hat.
- höher ist als zehn Prozent der ohne Mehrarbeit geschuldeten Jahresarbeitszeit (bei einem 8 Stunden Vertrag alles über ca. 170 Stunden)

Dies alles könnte verhindert werden, wenn eine Vereinbarung bestehen würde, die vorsieht, dass vor einer Kurzarbeit alle Konten ausgezahlt werden müssen.

### Urlaub

Der Abbau von Urlaub kann verhindert werden, wenn vorrangige Urlaubswünsche der Arbeitnehmer geltend gemacht werden können. Führt also an, was alles schon verplant und gebucht ist.

### Betriebsrat

Der hat bei der Einführung von Kurzarbeit volles Mitbestimmungsrecht nach dem § 87 Absatz 1, Ziffer 3 BetrVG. Tretet euren „VertreterInnen" also auf die Füße, um möglichst günstige Bedingungen für euch auszuhandeln oder setzt sie selber durch.

# Auf verlorenem Posten

**Schleppender Start des Arbeitskampfes im Öffentlichen Dienst der Länder**

Eigentlich mag es niemanden mehr verwundern: Die DGB-Führungsspitzen lernen nichts aus Niederlagen. Verlorene Kämpfe pflastern ihren Weg und doch wird jeder Ausstand nach dem gleichen Schema aufgezogen. Jüngstes Beispiel: Die Tarifverhandlungen im Öffentlichen Dienst der Länder.

### Weder Masse noch Kraft

Wie schon in der letzten Tarifrunde hatten es die Gewerkschaftsspitzen auch dieses Mal versäumt, ihre Mitglieder im Vorfeld auf die nahenden Auseinandersetzungen vorzubereiten. Information, Mobilisierung, Belegschaftsversammlungen? – Fehlanzeige! Bis Ende Januar rührte sich nichts. Der Entgelttarifvertrag im „Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder" (TV-L) war Ende Dezember 2008 sang- und klanglos ausgelaufen. Zwar nahm eine Tarifkommission die Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband, der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL), auf, doch wer hatte eigentlich die Forderungen der Beschäftigten formuliert? Innergewerkschaftliche Demokratie? – Ebenfalls Fehlanzeige! Und so sind die Belegschaften ganzer Betriebe überrascht, dass sie plötzlich mitten in einem Konflikt stehen, von dem sie bisher nichts wussten. Es ist leider kein Scherz: Viele haben es erst aus der Tagespresse erfahren.

### Das Szenario durchbrechen

Dabei pfeifen es die Spatzen von den Dächern, dass es um die Kampfkraft der Landesbeschäftigten nicht sonderlich gut bestellt ist. Der Organisationsgrad ist gering, die Zahl der Aktiven und Streikbereiten mau. Der Länderbereich hat keine empfindlichen Schlüsselbereiche vorzuweisen wie etwa der Bund oder die Kommunen. Die KollegInnen, die dort unter den „Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst" (TVÖD) fallen, haben ihren Abschluss bereits seit knapp einem Jahr in Sack und Tüten. Gerade deshalb hätte die Mobilisierung in den Landesbetrieben schon vor Monaten einsetzen müssen. Die TdL-Verhandlungsführer sitzen das Problem derweil aus; der Streikdrohung von ver.di, dbb-tarifunion, GEW und Co. sehen sie gelassen entgegen: Beamten wird das Streikrecht bisher abgesprochen. Bleiben die Angestellten, die die Kohlen aus dem Feuer holen müssen. Die kampfstärksten Bereiche, wie etwa die ehemaligen Landeskrankenhäuser in Niedersachsen, sind jedoch größtenteils verkauft und scheiden somit ebenfalls aus. Von der Nadelstichtaktik in Form der nunmehr anlaufenden Warnstreiks lassen sich die Arbeitgeber nur wenig beeindrucken. Ein unbefristeter Streik unter Einbeziehung aller Landesbetriebe, mit Unterstützung der Beamten, wäre das Gebot der Stunde. Aber die Hoffnung stirbt bekanntlich zuletzt: Immerhin wäre es möglich, dass vielen Beamten der Ärger derart auf Magen und Darm schlägt, dass sie krankheitsbedingt ausfallen. Schulen und Polizei stünden dann plötzlich doch vor gravierenden Problemen. Die nächste Grippewelle könnte ebenfalls noch für so manche Überraschung sorgen. Aber wer will sich schon auf Zufälle und Wunder verlassen?




### Mittendrin

Die FAU Hannover in jedem Fall nicht. Wie schon im letzten Arbeitskampf sind ihre Mitglieder in den Landesbetrieben wieder mit von der Partie. Große Unterstützung erfahren sie dabei von den kleinen Gewerkschaften ihrer Lokalföderation. Entgegen der Forderung der verhandlungsführenden Gewerkschaften nach 8 Prozent mehr Lohn, hat sich die FAU Hannover jedoch nur der nach 200 Euro mehr Festgeld angeschlossen, da Prozentforderungen gerade die KollegInnen in den Niedriglohngruppen benachteiligen. Außerdem soll die Laufzeit des Tarifvertrags auf ein Jahr befristet werden, damit die Landesbeschäftigten im nächsten Jahr wieder zusammen mit den KollegInnen von Bund und Kommunen für gemeinsame Forderungen eintreten können. Deren TVÖD läuft zum Ende diesen Jahres aus. Eine Neuauflage erlebte das „Streik-Info" der FAU Hannover von 2006, das sich an Unorganisierte und Mitglieder kleiner, nicht verhandlungsführender Gewerkschaften richtet. Beantwortet werden darin die am häufigsten gestellten Fragen zum Verhalten im Arbeitskampf. Da die etablierten Gewerkschaften ihre Basis darüber gerne im Dunkeln tappen lassen, stießen sie bei Belegschaftsversammlungen und während des ersten Warnstreiks am 3. Februar auch wieder auf das rege Interesse ihrer Mitglieder.

Nandor Pouget (GGB-Hannover)

Kurz vor Drucklegung stimmte Verdi mittlerweile einem Tarifkompromiss zu: eine eindeutige Minusrunde. Mehr zum stinkenden Tarifergebnis gibt es auf www.fau.org.

### Ein Schlenker ins rote Linden

Jede Stadt hat ihre Baustellen. Hannover zum Beispiel die Benno-Ohnesorg-Brücke, wo gerade gebaggert wird. Über diese Brücke gelangt man zum sogenannten Schwarzen Bären. Dieser Ort liegt in Linden, einer ehemals eigenständigen Stadt, eingemeindet 1920 mit den Stimmen der SPD. Linden wurde ein Arbeiterviertel. Das damalige Leben war geprägt vom Alltag in den angesiedelten Fabriken wie dem Maschinenhersteller Hanomag oder der Körting-AG. Zu dieser Zeit bestand im Viertel eine Kultur, die ohne Anerkennung vom Rest der bürgerlichen Gesellschaft existierte. Arbeitersport- und Gesangsvereine wurden in Selbstverwaltung organisiert. In Deutschland erfolgte 1933 die Machtergreifung der Nazis. Die Sturmabteilung gelangte nach Linden. Aus gutem Grund entstand eine Vielzahl von Widerstandsgruppen – darunter der Internationale Sozialistische Kampfbund, das Komitee für proletarische Einheit und andere Untergrundorgane, die teils bekannten und unbekannteren Parteien zugeordnet waren. In den kommenden Jahren sorgte die Gestapo unter massivem Einsatz von Spitzeln für eine Zerschlagung dieser Bewegungen. In den Fabriken konnte nun ungestört für die Rüstung produziert werden. Nach Ende des 2. Weltkriegs wurde Linden wieder aufgebaut, so dass auch heute noch manch LindenerIn behaupten würde, in einer Hauptstadt zu leben. Einige Fabriken sind stillgelegt, dafür gibt es jetzt mehr multikulturelle Gemischtwarenläden und Schnellrestaurants. Dumm nur, wenn am 1. Mai 2009 Nazis wieder durchs Viertel marschieren wollen.

FAU Hannover

# Eine Herde schwarzer Schafe

**Das systematische Geschäft mit Erwerbslosen am Beispiel der Berliner Beschäftigungsindustrie**

Als die Freie ArbeiterInnen Union (FAU) Berlin im November letzten Jahres ihre Soli-Kampagne für Oliver W. begann, konnte sie nicht ahnen, welcher Morast sich vor ihr auftun wird. Das FAU-Mitglied war beim Beschäftigungsträger ZIM gGmbH[1] in Reinikkendorf u.a. wegen kritischer Äußerungen aus einer Arbeitsbeschaffungsmaßnahme (ABM)[2] gekündigt worden. Infolge dessen wurde er vom Jobcenter mit einer Kürzung seiner Arbeitslosengeld II-Bezüge[3] belegt (siehe DA Nr. 191). Zunächst forderte die FAU von der ZIM die Rücknahme der Kündigung, schließlich eine Entschädigungszahlung für Olis finanzielle Verluste. Trotz vielfältiger Versuche, Druck auf die ZIM auszuüben, konnte diese bis heute nicht zum Einlenken bewegt werden. Dies hat vielfältige Gründe, u.a. aber ist die ZIM Teil eines Komplexes, der mit allen Wässern gewaschen ist. Denn die Berliner Beschäftigungsindustrie ist äußerst komplex, Seilschaften und Abhängigkeiten bestimmen ihre Struktur – und vor allem stinkt sie bis zum Himmel.

### Wo der Rubel rollt

600 Mio. Euro durften die zwölf Berliner Jobcenter im letzten Jahr ausgeben, wovon ein beträchtlicher Teil in die Beschäftigungsindustrie floss, in der zuletzt 32.700 Erwerbslose, vorwiegend in MAE (Ein-Euro-Jobs) oder ABM beschäftigt wurden. Träger sind zum einen große Sozialkonzerne mit ständigen Maßnahmen im Tausenderbereich, zum anderen kleine- oder mittlere Unternehmen (KMU) wie die ZIM (ca. 110 ABM im Jahr). Diese erhalten für jeden von ihnen betreuten Erwerbslosenfall Pauschalen von bis zu 500 Euro monatlich durch das Jobcenter. Allein die ZIM dürfte dadurch, niedrig geschätzt, Einnahmen von 200.000 Euro im Jahr haben. Flankiert wird dies von einer Ko-Finanzierung durch drei senatsbeauftragte Servicegesellschaften, die sich in der Comovis GbR vereinigt haben. Auch ihnen werden jährlich öffentliche Gelder, schätzungsweise im dreistelligen Millionenbereich, überlassen, um damit Beschäftigungsprojekte zu finanzieren. Allein eine von ihnen, die SPI Consult, fördert so jährlich ca. 350 Unternehmen in Berlin. Diese Zahlen verdeutlichen: es handelt sich um einen lukrativen Markt.

Kein Wunder, dass viele Unternehmer dies als Geschäftsfeld entdeckt haben. Von mehreren Wirtschaftsunternehmen ist bekannt, dass sie sich seit Hartz IV im Beschäftigungssektor eingenistet haben, um dort Finanzspritzen für ihr Stammgeschäft abzugreifen. Zudem werden Kleinunternehmer und Existenzgründer von Servicegesellschaften wie die der Comovis explizit dazu ermuntert, auf diesem Gebiet tätig zu werden. Nicht umsonst spielt in den Publikationen zur Beschäftigungsförderung die „Förderung des Wirtschaftswachstums" im KMU-Bereich eine wichtige Rolle. Der Ergeiz mancher Akteure nimmt dabei geradezu mafiöse Züge an: Viele der Beschäftigungsprojekte existieren offensichtlich nur zum Schein zwecks Abzocke der Fördergelder.

### Erwerbslose als Spielball

So finden sich viele Erwerbslose häufig in völlig sinnlosen Beschäftigungstherapien wieder. In anderen Fällen werden sie überhaupt nicht beschäftigt und sitzen ihre Zeit ab. Oder sie werden sogar als Arbeitskräfte im Stammgeschäft des Betriebes oder bei befreundeten Unternehmen eingesetzt. Solche Berichte von Betroffenen gibt es zu Haufe. Aufgemuckt wird dennoch nicht, denn ihre Situation ist äußerst kritisch. Fast aller Arbeitsrechte beraubt und von Sanktionen bedroht, befinden sie sich eingekeilt zwischen Beschäftigungsträger und Jobcenter, wovon sich keiner mehr klar verantwortlich machen lässt bei Problemen. Wer das Maul aufmacht, riskiert eine Kündigung, die dem Amt den Vorwand für eine Kürzung liefert. Fechtet man dies an, verweisen beide Seiten auf die jeweils andere. Eben diese Zwickmühle versuchte die FAU Berlin im Fall von Oli W. zu durchbrechen, indem sie die ZIM direkt in die Pflicht nahm.

Zwar besitzt die Bundesarbeitsagentur extra Ressorts, die nachprüfen sollen, ob in den Projekten alles ordnungsgemäß läuft, deren Effektivität ist jedoch äußerst zweifelhaft. Als im letzten Jahr mehrere Missbrauchsfälle in Berlin bekannt wurden, fand z.B. ein Journalist heraus, dass diese Prüfstellen i.d.R. nur Mahnungen versenden. Ob und wie viele Sanktionen womöglich doch gegen „schwarze Schafe" verhängt wurden, darüber legte die Agentur bisher nichts offen. Ein hartes Durchgreifen scheint auch nicht gewünscht zu sein, darauf verweisen schon die Verhältnisse bei der Geldervergabe: welche Unternehmen wie viel Geld erhalten, auf welcher Grundlage dieses von Jobcentern und Servicegesellschaften genehmigt wird und wie überhaupt diese verteilenden Körperschaften kontrolliert werden, all das ist kaum in Erfahrung zu bringen. Die Undurchsichtigkeit ist offensichtlich gewünscht.

### Moderner Humanhandel

Die Beschäftigungsträger sind gut organisiert. Eigene Interessenvertretungen machen für sie Lobbyarbeit und feilschen um Gelder für Projekte, untereinander sind sie häufig partnerschaftlich vernetzt; und auch die Servicegesellschaften erklären sich mit den Interessen der süßen KMU verbunden (Belange der Erwerbslosen spielen keine Rolle). Zudem werden sie gedeckt durch die Verwicklungen anderer sozialer Akteure: So wirkt der Paritätische unterstützend auf sie, während Arbeitnehmervertretungen des DGB in sozial- und marktpolitischen Gremien die allgemeinen Rahmenbedingungen für sie mitverantworten. Für die Zustände in den Projekten selbst sieht sich dagegen keiner von ihnen verantwortlich. Das sei ausschließlich Sache des Trägers selbst, wie es der FAU Berlin mehrfach im Falle der ZIM mitgeteilt wurde.

Auf diese Weise existiert in Berlin ein grauer Markt, der nur von öffentlichen Subventionen lebt. Angeblich gemeinnützige Unternehmer kassieren hier Millionenbeträge in Form von Kopfpauschalen, indem sie mit den Existenzen Tausender Erwerbsloser jonglieren. „Gegengeleistet" wird nicht viel. Der Bundesrechnungshof bestätigte z.B. 2008, dass drei von vier Ein-Euro-Jobbern ihre Beschäftigung nichts gebracht habe. Im Gegenteil: Eine Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung besagt, dass Langzeitarbeitslose ohne MAE sogar schneller und häufiger „vermittelt" wurden.

Eher werden Millionen zum Fenster rausgeschmissen, als dass Erwerbslose ohne größeren Stress zu ihren Bezügen kommen („Es gibt nichts geschenkt!"). Dass es sich dabei um ein gutes Instrument zur Schönung von Arbeitsmarktstatistiken handelt, weiß die halbe Republik. Darüber hinaus ist das, was die Beschäftigungsgesellschaften „erwirtschaften", eine weitere Umverteilung von unten nach oben. Zur Illustration: Würden die betreffenden öffentlichen Gelder auf die Arbeitslosengelder aufgeschlagen werden, hätten 200.000 Erwerbslose mehrere hundert Euro mehr im Monat. So aber kassieren ein paar Wenige Millionenbeträge.

Die FAU Berlin wird in kommender Zeit versuchen, diese Zustände breiter zu thematisieren und mit anderen sozialen Kräften politischen Druck auf die Beschäftigungsindustrie auszuüben. Dem Fall von Oli W. wird dabei weiterhin eine zentrale Bedeutung zukommen.

Holger Marcks

### Anmerkungen

**[1]** *gGMBH* ist eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung, der besondere Steuervergünstigungen gewährt werden.

**[2]** *ABM* Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen sind in Zeiten hoher Arbeitslosigkeit von der Arbeitsagentur bezuschusste Tätigkeiten, um Arbeitsuchenden bei der Wiedereingliederung in eine Beschäftigung zu helfen oder ein geringes Einkommen zu sichern.

**[3]** *Arbeitslosengeld II (ALG II)* ist die Grundsicherungsleistung für erwerbsfähige Hilfebedürftige nach dem SGB II. Es wurde in Deutschland zum 1. Januar 2005 durch das Vierte Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt eingeführt und wird deshalb umgangssprachlich oft auch als „Hartz IV" bezeichnet.

**[4]** *MAE* Mehraufwandsentschädigung

# Nazi-Style und Nazi-Läden – und der Widerstand dagegen

**Erfolgreiches Vorgehen gegen Naziläden in Ludwigshafen**

Mittlerweile haben es alle mitbekommen, sogar der Verfassungsschutz: Nazis sehen nicht mehr aus wie Nazis, zumindest nicht mehr so wie früher. Die in den letzten Jahren aufgetretenen äußerlichen Veränderungen der Nazis lassen sich, grob gesagt, anhand von zwei Trends beschreiben: Die Übernahme linker Symbolik und Kleidungsstile und die breite Etablierung einer eigenen Modemarke: Thor Steinar.

### Autonomer Gestus

Ersteres lässt sich gut beobachten, wenn sie wieder einen ihrer Aufmärsche veranstalten. Dunkle Kleidung, schwarze Kapuzenpullis, Basecaps und Sonnenbrillen sind hier fast ebenso weit verbreitet wie auf Antifa-Demos. Insbesondere die sogenannten „Autonomen Nationalisten" finden großen Gefallen daran, Kleidung und Symbolik ihrer Gegner zu kopieren. So wollen sie sich mit radikalem Gestus, aber nicht als häßliche Neonazis präsentieren. Einerseits soll das äußerliche Verwischen der Unterschiede ihre Wahrnehmung in der Bevölkerung verändern, andererseits soll dieser radical chic ihre Attraktivität für erlebnisorientierte Jugendliche steigern. Langfristiges Ziel ist es zudem, Symbole und Stil zu vereinnahmen.

### Eigene Mode

Die ersten Versuche der Nazis, eigene Modemarken zu etablieren (Masterrace, Consdaple) oder andere zu vereinnahmen (Lonsdale) waren wenig erfolgreich.

Alles änderte sich mit „Thor Steinar". Das Label hat sich zu der rechten Modemarke schlechthin entwickelt und erreicht auch KäuferInnen jenseits der Szene.

Dieser Erfolg hat vor allem zwei Gründe: zum einen die Codierung der Symboliken und Aufdrucke, zum anderen das verwendete Material und Design. Die Anspielungen, die in Name, Aufdrucken, Logos und Symboliken auf der Kleidung gemacht werden, sind in keinem Fall eindeutig, sondern nur für Szeneangehörige (und SzenekennerInnen) verständlich. Dies hat für den Träger der Kleidung den Vorteil, dass er zwar von seinen KameradInnen erkannt wird, ihm aber unliebsame Konfrontationen mit AntifaschistInnen, MigrantInnen, aber vielleicht auch Probleme mit Eltern und LehrerInnen zunächst erspart bleiben. Hinzu kommt ein poppiges Design, das nicht an die bekannte Nazi-Ästhetik erinnert, sowie die verwendeten hochwertigen Materialien.

Die eigene und weit verbreitete Modemarke gibt der rechten Szene nach außen hin einen neuen, unauffälligeren Anstrich, trägt aber auch stark zur (sub)kulturellen Identitätsbildung bei.

### Die Läden

Die Vertriebsstrukturen von Thor Steinar sind beschränkt auf wenige eigene Geschäfte und den Versand – die Nachfrage hingegen ist hoch. Die Folge ist: In vielen Städten eröffnen Läden, in denen mit Lizenz die Marke verkauft wird. Die Motivation der verschiedenen rechten Start-Up-Unternehmer ist hierbei sehr unterschiedlich, sie reicht von purem Profitinteresse, bis hin zu strategisch-politischen Überlegungen. Für die organisierten Nazis sind viele dieser Läden von besonderer Bedeutung. Solche Ladengeschäfte dienen nicht nur als Geldquelle und Rekrutierungsfeld, sondern können auch als Treffpunkt, als Informationsquelle und -multiplikator und als legaler Logistikstützpunkt genutzt werden. Im Folgenden soll zur Veranschaulichung auf zwei solcher Nazi-Läden eingegangen werden – und auf den Widerstand, der sich dagegen formiert hat.

### Beispiel Ludwigshafen

Im Sommer 2008 eröffneten in Ludwigshafen am Rhein die Läden „Streetwear Company" und „Thugs". Im „Thugs" wird, neben anderen, unpolitischen Marken, auch Thor Steinar verkauft. Der Betreiber, Toni Mesina, kommt aus dem Hooligan-Umfeld des SV Waldhof Mannheim, ebenso wie sein Kundenstamm. Die „Streetwear Company" wird betrieben von Malte Redeker, einer zentralen Figur in regionalen und bundesweiten Nazi-Netzwerken, der organisiert ist im Aktionsbüro Rhein-Neckar und bei den Hammerskins. In seinem Geschäft wird neben Thor Steinar auch die Marke Max H8 verkauft, zudem rechtsextreme Musik, Fahnen, Handschuhe und Pfefferspray.

Gegen diese beiden Nazi-Läden formierte sich das „Bündnis Ladenschluss". Hier arbeiten Antifa-Gruppen, anarchistische Gruppen, die Gewerkschaft Verdi, die Linkspartei, die Grünen, die Jusos, die Bürgerinitiative Ludwigshafen gegen Rechts – sowie einige andere Organisationen – zusammen. Die ersten Aktivitäten des Bündnisses waren Pressearbeit und eine Veranstaltungsreihe über Trends und Strukturen in der Nazi-Szene. Letztgenannte reagierte darauf äußerst gereizt und versuchte zweimal, eine Veranstaltung anzugreifen, jedoch ohne Erfolg. Weder konnten sie jemanden verletzen, noch einen Abbruch erwirken. In der Folge stiegen die Besucherzahlen bei Vorträgen auf bis zu 150 Personen. Auch in der regionalen Presse wurde das Thema aufgegriffen und so die lokale Politik zu Statements und Reaktionen gezwungen. Bisheriger Höhepunkt der Kampagne war eine Bündnis-Demo am 17. Januar in Ludwigshafen, an der 800 Menschen aus unterschiedlichen Spektren teilnahmen. Und der erste Erfolg hat sich schon eingestellt: Malte Redeker hat von seinem Vermieter die Kündigung erhalten.

F. Schmidt

Für weitere Informationen siehe:

- www.stop-thorsteinar.de.vu
- www.ladenschluss-ludwigshafen.de

## Zahlen, bitte!



**Steuereinnahmen**
538,2 Milliarden Euro hat der Staat 2007 seinen Bürgern aus der Tasche gezogen.



**Abgezweigt**
Weitere 30 Milliarden Euro wurden, nach Schätzungen, am Finanzamt vorbeigeschleust – sozusagen verzumwinkelt. Davon hat sich der Fiskus nach eigenen Angaben wieder 1,6 Milliarden zurückgeholt.



**Ausgereist**
400 Milliarden Euro sollen bereits auf den Bahamas oder einer Sonnenbank in Lichtenstein liegen.



**Kaum Sonne...**
...bekommt ein Teil der Steuerhinterzieher. Insgesamt 1.794 Jahre Haftstrafe wurden 2007 für Steuervergehen verhängt.



**Nicht dabei...**
...ist Herr Zumwinkel. Obwohl in der Regel ab 100.000 mit Haftstrafe zu rechnen ist. Deshalb: Vor und nach der Tat immer zum Winkel-Advokaten gehen.



**Die etwas andere Abwracksubvention**
650,- monatlich zahlt Siemens seinen Managern, wenn diese statt ihrer Dienstwagen die öffentlichen Verkehrsmittel nutzen. Wer dennoch nicht auf sein Statussymbol verzichten möchte, soll sich zukünftig auf kleinere Karossen beschränken.



**$CO_2$-Abbau**
10.000 Tonnen CO2 will Siemens bis 2015 mit dieser Aktion einsparen. Wie viel heiße Luft bei dieser Aktion produziert wurde, wird Siemens wohl nicht bekannt geben.

# Sie Heucheln und Meucheln

**Schrittweiser Ausbau des Flughafens Halle/Leipzig zu einem Militärflughafen**

In der Gruppe „Control Arms Leipzig" haben sich AktivistInnen zusammengefunden, die den Flughafen Halle/Leipzig und dessen Flugverkehr beobachten. Mit den bisher gesammelten Informationen wollen sie auf den schleichenden Ausbau des Flughafens zu einem Militärdrehkreuz für weltweite Einsätze der NATO, der EU und Deutschland, aufmerksam machen.

Die Stadt Leipzig ist mit knapp 500.000 Einwohnerinnen und Einwohnern eine für das Bundesland Sachsen bedeutende Stadt. Nicht umsonst wurde hier Milliarden in den Flughafenausbau und die großzügige Infrastruktur investiert. „Ein Flughafen hat zwei Funktionen: als Drehkreuz und als Tor zur Welt. Die erste Funktion haben wir mit der Ansiedlung von DHL erfüllt", so wird es immer wieder von Bundes-, Landes- und Kommunalpolitikern propagiert.

Doch um als „Tor zur Welt" zu fungieren, reicht die Wirtschaftskraft der Region nicht aus: Das Problem sind die geringen Verdienste der Bevölkerung in der Region, da reicht es bei manchen noch nicht einmal für einen Jahresurlaub. Deshalb haben einige Airlines ihre Angebote von Halle/Leipzig aus bereits eingeschränkt oder ganz eingestellt. Beim Passagierverkehr schreibt der Flughafen rote Zahlen. Auch im Frachtverkehr sind laut der DHL Hub Leipzig GmbH sinkende Frachtaufkommen zu verzeichnen, weshalb das Unternehmen kurz vor Weihnachten bereits 600 MitarbeiterInnen entlassen hat und die 1.000 Verbliebenen dazu bewegen will, freiwillig ihre Arbeitszeit von 40 auf 30 Wochenstunden zu reduzieren. Dennoch kündigte das Unternehmen an, bis 2012 die Beschäftigtenzahl um 3.500 zu erhöhen.

### Wie passt das zusammen?

„Wir erleben ein Politik- und ein Geschäftsgebaren, das anhand falsch angegebener Sozialkomponenten suggeriert, einen zivilen Interkontinentalflughafen in Mitteldeutschland erfolgreich betreiben zu können. Unsere Erfahrungen zeigen aber, dass dies lediglich dem Aufbau eines Militärdrehkreuzes für weltweite Einsätze der NATO, der EU und Deutschlands dient," so die AktivistInnen der Gruppe „Control Arms Leipzig"

Dem Sinn eines Militär-Nachtfluggebotes folgend, wandelt die Geschäftsführung am Flughafen die zivile in eine militärische Nutzung um. Bis vor wenigen Monaten leugneten sowohl die Bundes- als auch die Landesregierung grundsätzlich jegliche militärische Nutzung des Flughafens. Doch bereits seit 2002 transportiert DHL die Luftpost und in „dringendem Sofortbedarf" Medikamente und Ersatzteile für die Bundeswehr. 2007 wurde bekannt, dass die Bundeswehr große Teile ihrer Logistik privatisieren will. Dabei gilt DHL Leipzig als großer Favorit. Doch vorerst bleibt dieses verlockende Geschäft für DHL nicht machbar. Hat doch der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages Anfang November das Bundesministerium der Verteidigung aufgefordert, erst einmal ein flächendeckendes Modell zu schaffen, um eine Privatisierung der Logistik der Bundeswehr zu ermöglichen.

Zugleich wurden die für die Privatisierung vorgesehenen Haushaltsmittel für 2009 gesperrt. Bis zum 31. Juli 2009 wird vom Bundesministerium der Verteidigung ein Bericht über das Konzept eines solchen flächendeckenden „Optimierten Eigenmodells" sowie über die bis dahin ergriffenen Maßnahmen zu dessen Einführung erwartet.

### Ein ganz anderes Geschäft

Bereits auf dem NATO-Gipfel 1999 in Washington wurde das neue strategische Konzept der NATO beschlossen. Seitdem besteht die Aufgabe des Bündnisses nicht mehr nur in der territorialen Verteidigung, sondern darin, gegen potentielle Gefahren auch außerhalb des NATO-Gebietes vorzugehen. Eine Steuerungsgruppe kam zu dem Ergebnis, dass eine der größten „Fähigkeitslücken" der NATO im strategischen Lufttransport bestünde. 2004 unterzeichneten daraufhin 16 EU- und NATO-Staaten ein „Memorandum of Understanding" mit dem Kurztitel SALIS. SALIS ist die Abkürzung für „Strategic Airlift Interim Solution", was so viel bedeutet wie: Zwischenlösung für den strategischen Lufttransport.

In dem Vertrag verpflichtet sich die Ruslan Salis GmbH mit Sitz in Leipzig, zwei Maschinen vom Typ Antonow 124-100 ständig auf dem Flughafen Halle/Leipzig bereitzuhalten




*Proteste gegen die Militarisierung des Flughafens Halle/Leipzig*

und zu warten. Die Großraumtransporter sollen innerhalb von 72 Stunden an jedem Flughafen der Welt einsatzbereit sein und jährlich mindestens 4.800 Flugstunden leisten können. Je zwei Flugzeuge gleichen Typs halten die an SALIS beteiligten Fluggesellschaften Volga-Dnepr Airlines (Russland) und Antonov Airlines (Ukraine) in Uljanowsk und Kiew bereit. Im Gegenzug haben die beteiligten Staaten der SALIS eine „Mindestnutzung" zugesichert, im Falle Deutschlands beträgt diese 750 Flugstunden im Jahr. Eine Flugstunde wird mit 24.000 bis 44.000 US-$ berechnet. Das Gesamtvolumen des Vertrages, der zunächst zwei Jahre galt, betrug etwa 650 Mio. Euro. Im Januar 2009 wurde dieser Vertrag um weitere zwei Jahre verlängert. Die Bundesregierung erwägt, die SALIS- Kooperation dauerhaft aufrecht zu erhalten.

Es ist schwierig, Informationen über Nutzung und Fracht zu erhalten. Nach eigenem Bekunden kann die Bundesregierung lediglich Angaben über die deutsche Nutzung machen. Demnach hat Deutschland die vertraglich zugesicherten und bezahlten 750 Flugstunden für das Jahr 2006 voll ausgeschöpft. Seit Juli 2006 benutzt das Pentagon zudem den Flughafen Halle/Leipzig, um US-Soldaten in die Kampfeinsätze im Irak und in Afghanistan zu schicken bzw. aus diesen zurückzuverlegen.

Hierzu greift die US-Army auf Fluggesellschaften wie World Airways, North American Airlines und Ryan International Airlines zurück. Diese werden zwar privatwirtschaftlich betrieben, arbeiten aber fast ausschließlich im Auftrag des Pentagon. Jeder vierte Passagier in der offiziellen Passagierstatistik ist mittlerweile ein US-Soldat. Insgesamt wurden etwa 450.000 GIs im vergangenem Jahr über Halle/Leipzig in den Einsatz und zurück geflogen.

Deutschland hält sich zwar offiziell aus dem Irak-Krieg heraus, aber dass der Freistaat Sachsen mit den Zwischenlandungen von US-Soldaten am Flughafen Leipzig/Halle 5,5 Mio. Euro verdient haben soll, lässt starke Zweifel an der Glaubwürdigkeit unserer PolitikerInnen aufkommen. Wo Profit winkt, werden auch bei öffentlich rechtlichen Gesellschaften und bei der Landespolitik, die Menschenrechte in den Hintergrund geschoben.

Die Investitionen auf dem Flughafen wurden und werden vom politischen Willen der BürgerInnen getragen und durch unser aller Steueraufkommen finanziert. Die Menschen haben das Recht, mehr über die Flugbewegungen der GIs sowie über die Waffentransporte bei DHL und der Ruslan Salis GmbH zu erfahren.

„Wir Bürger haben auch das Recht und die Pflicht, der Entwicklung des Flughafens zu einem Interventionsflughafen friedlich, aber auch entschieden entgegen zu treten. Jeder Einzelne ist herausgefordert, an seinem Ort, mit seinen Möglichkeiten sich friedfertig einzubringen und sich couragiert einzumischen!" Aus diesem Grund wird „Control Arms Leipzig" weiter Daten sammeln und die Öffentlichkeit informieren.

Control Arms Leipzig

# No Nato!

**Aktionen und Großdemo gegen die Nato**




*Anfang April 2009 will die NATO (Nordatlantikpakt) in Strasbourg und Baden-Baden ihren 60. Geburtstag feiern. Dagegen sind vielfältige Aktionen und eine Großdemo geplant. Das Spektrum der Mobilisierung reicht von der Linkspartei bis zu gewaltfreien AnarchistInnen.*

Die NATO-Staaten verantworten rund 75% der weltweiten Rüstungsexporte und geben jährlich ca. 900 Mrd. Euro für Rüstung aus. Durch die Umwandlung der Bundeswehr in eine Einsatzarmee besteht ein enormer Bedarf an Militärmaterial und spezieller Ausbildung, was sich im Jahr 2008 in der Steigerung des Rüstungshaushalts um eine Milliarde auf 29,3 Mrd. Euro niedergeschlagen hat. Auch die zukünftigen NATO-Partner im Osten haben enormen Nachholbedarf. Dies führte unter anderem dazu, dass der deutsche Rüstungsexport im letzten Jahr um 13% stieg. Laut Weißbuch der Bundesregierung soll die Bundeswehr ein Instrument zur Durchsetzung außenpolitischer, wirtschaftlicher und weltanschaulicher Ziele werden. Dass hier nicht nur die Verteidigung im Vordergrund steht, zeigen die Angriffskriege im Irak und Afghanistan. Aktuell ist die Bundeswehr mit 6.940 Soldaten und Soldatinnen im „Auslandseinsatz", davon rund 3.200 in Afghanistan.

Als künftige Kernaufgabe sieht der NATO-Aktionsplan, der 2009 verabschiedet werden soll, die Aufrechterhaltung der ungerechten Weltwirtschaftsordnung vor. Der ungehinderte Zugang zu allen Rohstoff- und Energievorräte der Erde soll mit militärischer Gewalt gesichert werden. In Zeiten einer Weltwirtschaftskrise, einer erstarkenden Weltmarktkonkurrenz (China, Indien, Russland) und immer knapper werdenden Ressourcen wächst die Bedeutung dieser Militärmacht-Strategie. Mit dieser sichtbaren Faust soll die unsichtbare Hand des Marktes und ihre Vorherrschaft auf der Welt gesichert werden.

Deregulierung und Privatisierung verändern auch die transnationale Sicherheitspolitik. Die Angebotspalette der Militärdienstleister ist vielfältig: Neben dem Objektschutz, der bereits aus dem Irakkrieg bekannt ist, zählen dazu auch Logistik, verdeckte Operationen, Folter, Lagerbau, strategische und operative Kriegsplanung bis hin zu Kriegseinsätzen. In diesem Geschäftssektor werden schon jetzt mehr als 100 Mrd. Dollar im Jahr umgesetzt.

Laut AGENDA 2010 soll Europa zum dynamischsten und wettbewerbsfähigsten Wirtschaftsraum der Welt werden. In Maßnahmen übersetzt heißt dies im Inneren der EU-Staaten: Privatisierung, Deregulierung der Arbeitsmärkte, Reform der Steuer- und Sozialsysteme. Es ist der Übergang von Welfare zu Warfare, vom Sozialstaat zum Straf- und Polizeistaat. Es ist die Doktrin der Nulltoleranz für Arbeitslose, jugendliche Kriminelle und papierlose Migrantinnen und Migranten. Neben der fortschreitenden Aushöhlung des Grundgesetzes wird eine allgegenwärtige Überwachung legalisiert: Genetischer Fingerabdruck, Vorratsdatenspeicherung, Einschränkung der Versammlungsfreiheit, Ausspionieren privater P C's. Grundgesetzwidrige Militäreinsätze im Innern wie beim G8-Gipfel in Heiligendamm sollen zur Normalität werden. Gleichzeitig wird die zivil-militärische Zusammenarbeit verstärkt. Öffentliche Gelöbnisse, Militärkonzerte, Rekrutierungsversuche in den Arbeitsämtern und auf öffentlichen Plätzen, Schulbesuche und die Zusammenarbeit mit Vereinen und Kommunen sollen das Kriegshandwerk wieder als Normalität erscheinen lassen.

Ganz nebenbei soll die NATO-Feier dazu genutzt werden, um sich intern einzuschwören auf: Den auf den Kampf gegen den internationalen Terrorismus, das organisierte Verbrechen, die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen sowie die Kontrolle von Rohstoffen. Desweiteren bergen die Bevölkerungsbewegungen, die durch den Klimawandel verursacht werden, viele Konflikte, die den Interessen der NATO-Staaten entgegen stehen. Aus diesem Grund soll den Menschen ein aggressives Eingreifbündnis schmackhaft gemacht werden.

Was dieses Bündnis betrifft, gibt es innerhalb der NATO unterschiedliche Vorstellungen. Die EU-Länder streben seit dem Jugoslawien-Krieg nach Außen eine eigenständige Militärpolitik an, um ihre politischen und ökonomischen Interessen global durchzusetzen. Heute heißt es zwar: Seite an Seite mit den USA; aber als eigenständige Macht entlang der Achse Paris/Berlin. Und diese Achse stellt sich ein eigenes Raketenabwehrsystem vor, zu dessen Verwirklichung Albanien, Kroatien, die Ukraine, Georgien, Mazedonien, Bosnien und Herzegowina einbezogen werden sollen. Dadurch soll sich die NATO in Richtung Osten ausweiten, um die angestrebte Entwicklung verwirklichen zu können.

Die NATO ist dafür der zentrale Ort. Es ist also kein Zufall, dass der Jubiläumsgipfel in Deutschland und Frankreich stattfindet.

Karl Bihn

# Ein Tanz auf dem Drahtseil

**Immer mehr PraktikantInnen wagen juristische Vorstöße. Die rechtliche Situation bleibt aber knifflig.**



Seit dem medialen Rummel um die „Generation Praktikum" gehört es zu den modernen Binsenweisheiten, dass die Ausbeutung von PraktikantInnen eher die Regel ist. Der DGB schätzt z.B., dass es sich bei fast 60% aller Praktika um eine „verdeckte reguläre Beschäftigung" handelt. Über die Hälfte der PraktikantInnen arbeitet dabei unbezahlt, der Rest erhält meist 100 bis 400 Euro. Die Behauptung des BDA-Vizes Gerhard Braun, Praktika wären für die Unternehmer eine selbstlose und kostspielige Investition in die Zukunft, kann ob dieser Tatsachen nur als blanker Hohn verstanden werden.

Und doch wagen nur sehr wenige Betroffene Schritte rechtlicher Gegenwehr. Der erwiesene Grad der Ausbeutung und das Aufkommen an Praktikantenklagen stehen in einem eklatanten Missverhältnis. Zuletzt gab es jedoch zwei erfolgreiche Klagen von PraktikantInnen: Das LAG in Stuttgart gab einer Diplom-Ingenieurin, die als Praktikantin bei einem Verlag beschäftigt war, Recht und verdonnerte den Arbeitgeber zu einer Lohnnachzahlung von etwa 7.000 Euro (siehe DA Nr. 188). Das Gericht sah es als erwiesen an, dass es sich nicht um ein Praktikums-, sondern um ein Arbeitsverhältnis gehandelt habe. Ende 2008 erzwang dann ein 20-Jähriger aus Schleswig-Holstein eine Nachzahlung von über 10.000 Euro. Als "Praktikant" war dieser ein Jahr lang in einem Altenheim als Pfleger tätig.

Auch in Berlin klagte gerade eine ehem. Praktikantin dagegen, zu einem Wucherlohn ausgebeutet worden zu sein. Die Richterin wies jedoch im Kammertermin Mitte Januar darauf hin, dass sie die Klage nicht positiv entscheiden würde. Ausserdem verweigerte sie der Klägerin die Prozesskostenhilfe. In einem Vergleich wurden ihr lediglich 800 Euro zugesprochen: die Summe der zwei Praktikumsgehälter, die der Arbeitgeber ihr ohnehin noch schuldig war. Der Fall verdeutlicht das juristische Dilemma, in dem sich aufmüpfige Praktikanten befinden.

Agnes M. war ab März 2008 in der Weddinger Kita „Omas Garten" als Praktikantin beschäftigt (400 Euro/monatl.; 40h/Woche). Nach drei Monaten wurde sie dort gekündigt, weil es zu Konflikten über ihre Tätigkeiten kam. „Ich musste regelmäßig eine Gruppe von 23 Kindern alleine betreuen und machte die gleichen Arbeiten wie fest angestellte Erzieherinnen". Nach der Kündigung war eine Klage wegen Lohnwuchers für sie eine Selbstverständlichkeit, auch wenn die unklare Rechtslage Praktikantenklagen zu einem Wagestück macht.

Gerade die Beweislast war einer der Knackpunkte in ihrem Fall, gibt es doch keine Aufzeichnungen über ihre Arbeit. Beim juristischen Status quo müssen klagende PraktikantInnen entweder wie im Fall der Stuttgarter Praktikantin lückenlose Nachweise über ihre Arbeit vorweisen oder aber sie sind auf richterliches Wohlwollen angewiesen, wie im Fall des Pflege-Praktikanten, wo das Kieler Gericht vom Arbeitgeber die Darlegung eines Ausbildungsplanes verlangte, den es niemals gab.

Kompliziert wird die Sache v.a. noch dadurch, dass die Tätigkeit einem Berufsprofil mit feststellbarer üblicher Vergütung zuordenbar sein muss. Der Anwalt von Agnes versuchte es hierbei mit dem für anerkannte Erzieher geltenden Tarifvertrag (TVöD/VKA). Laut Richterin habe die Klägerin aber das Aufgabenprofil einer ausgebildeten Erzieherin nicht vollständig abgedeckt. Dass sie nicht mit allen diesbezüglichen Kompetenzen ausgestattet war, steht eigentlich außer Frage. Tatsache aber ist, dass ihr allein die ständige Betreuung einer gesamten Kindergruppe oblag, während die eigentlich Zuständigen anderen Arbeiten nachgingen. Für Agnes liegt auf der Hand, dass sie als billige Hilfskraft in der Kita eingesetzt wurde: „Schließlich ging eine der wenigen Erzieherinnen nach meiner Einstellung in den Mutterschaftsurlaub, ohne durch eine Fachkraft ersetzt zu werden." Auch allgemeine Fakten sprechen für die Klägerin: Denn dass gerade in den Berliner Kitas, die chronisch unterfinanziert sind, ohne Praktikantinnen nichts läuft, ist ein offenes Geheimnis.

Dass das Gericht nur zwischen Alles-oder-Nichts optieren kann, zeigt die Klemme solcher Eingruppierungsklagen. Kenner schätzen, dass 90% dieser Klagen verloren gehen, i.d.R. weil die Anwälte schlecht vorbereitet sind und sich z.B. auf das falsche Berufsprofil beziehen. Im Falle von Agnes M. muss das Anwaltsvorgehen noch kritisch geprüft werden.

Ein Versuch war es dennoch wert. Solche Prozesse müssen geführt werden, um die Arbeitgeber nicht weiterhin zu dieser Praxis zu ermuntern. Die rechtlichen Möglichkeiten dürfen dabei allerdings nicht überschätzt werden. Eine Verbesserung der gesetzlichen Lage in diesem Bereich mag zwar wünschenswert sein, kann aber nicht der alleinige Fokus gewerkschaftlicher Bemühungen (so z.B des DGB) sein. Vielmehr müssen die Gewerkschaften ihre Rolle als Konfliktakteur wahrnehmen und unter Einbezug von Stammbelegschaften und ihrer betrieblichen Macht gegen das strukturelle Problem des Praktikumsmissbrauchs direkt vorgehen. Dafür plädiert zumindest „Keine Arbeit ohne Lohn!". Auch Agnes, die mittlerweile der FAU Berlin beigetreten ist, hat Konsequenzen daraus gezogen: „Das nächste Mal würde ich meine Forderungen direkt über eine kämpferische Gewerkschaft durchsetzen."

Holger Marcks

Für weitere Infos siehe:
www.keine-arbeit-ohne-lohn.de

**Geplante NO-NATO Widerstandsaktionen**

Mittwoch, 1. April: Eröffnung des Camps mit einem Fest in Strasbourg.

Freitag, 3. April: Nachmittags und abends Aktionen in Baden-Baden gegen die NATO-Gala. Am Freitagvormittag beginnt in Strasbourg der Gegenkongress zum NATO-Gipfel.

Samstag, 4. April: Morgens Aktionen des zivilen Ungehorsams und Blockade des Zugangs zum Tagungsort der NATO. Um 13. Uhr Beginn der Großdemonstration mit einer Auftaktkundgebung in der Strasbourger Innenstadt, Ende gegen 17 Uhr.

Daneben sind am 1., 2., und 5. April Aktionen zu den Themen Frontex, politische Gefangene und Klima in Planung. Nationale und Internationale Koordination.
www.no-to-nato.org

# Bildung ein Menschenrecht? Freie Bildung ein Verbrechen?

**Die deutschen Schulgesetze kriminalisieren die Anwendung alternativer Schulmodelle**

*Anfang Februar sorgte weit über die deutschen Grenzen hinaus ein Prozess in Bremen für Aufsehen, in dem Eltern zweier schulpflichtiger Kinder ihr Recht auf „Homeschooling" einklagen wollten. Die Klage wurde abgewiesen, Prozesskostenhilfe wurde nicht gewährt und die Familie muss weiterhin im französischen Exil leben, weil freie Bildung in Deutschland illegal ist und strafrechtlich verfolgt wird.*

Zwangsgelder, Entzug des Sorgerechts bis hin zu Freiheitsentzug drohen zum Beispiel all jenen, die ihre Kinder nicht in die Schule zwingen wollen. Mittlerweile fliehen immer mehr Familien mit Kindern im schulpflichtigen Alter ins europäische Ausland um staatlicher Repression und Zwangsmaßnahmen zu entgehen und ihren Kindern ein würdevolles selbstbestimmtes Aufwachsen und Lernen zu ermöglichen.

Verfechter der deutschen Schulpflicht, die übrigens einmalig im europäischen Ausland ist und auf eine Gesetzgebung von 1937 (!) zurückgeht, führen in der Regel Argumente ins Feld, welche sich bei genauerem Hinsehen als hohle Phrasen entpuppen und leicht zu widerlegen sind. So wird zum Beispiel behauptet, dass nur religiöse Fundamentalisten ihre Kinder zu Hause unterrichten wollten; dass Kinder aus sozial schwachen Familien keine Chance mehr auf Bildung hätten... oder aber auch, dass Kinder nur faul herumsitzen und nichts tun würden, wenn kein Druck dahinter wäre.

Doch sind Kinder wirklich vor religiösem und fundamentalistischem Gedankengut geschützt – nur weil sie Regelschulen besuchen? Und haben Kinder aus dem sogenannten Prekariat wirklich gleiche Chancen und Lernbedingungen wie die finanziell besser gestellten? Wohl kaum. Und welches Kind konnte jemals unter Druck Lernfreude und Wissbegier erhalten? Schon seit Jahren erklären anerkannte Hirnforscher und Lerntheoretiker immer wieder, dass Lernen nur sinnvoll stattfinden kann, wenn es eine angenehme Lernsituation, ein positives Lernklima und keinerlei Druck gibt. Doch wissenschaftliche Erkenntnisse scheinen die staatlichen Behörden nicht zu interessieren.

Ein weiteres Argument welches gerne genutzt wird, ist, dass den Kindern ohne Schulbesuch angeblich die sozialen Kontakte fehlten. Doch was sind diese Kontakte wirklich wert? Schule fördert selten ein soziales und solidarisches Miteinander, geschweige denn soziale Kompetenz. Durch Noten und Leistungsdruck wird einem Kind schon früh der Konkurrenzgedanke eingeimpft. Nur die Besten kommen weiter. Wer sich den undemokratischen und hierarchischen Strukturen nicht unterwirft, hat gelitten. Wer nicht die richtigen Klamotten an hat und bei der neusten Handymode nicht mithalten kann, wird nicht selten von MitschülerInnen gemobbt und gehänselt.

Wer sich nicht richtig konzentrieren kann, träumend aus dem Fenster guckt oder mal ein leeres Blatt abgibt, wer Hausaufgaben öfter vergisst oder keinen Handstand kann, wird von den LehrerInnen gemobbt, gedemütigt und mit schlechten Noten abgewatscht.

Die Kinder- und Jugendpsychiatrien sind ebenso wie die Psychologischen Beratungsstellen völlig überlaufen. Mangelndes Selbstwertgefühl, Versagensängste, Selbstmordgedanken, Zukunftsängste, Depressionen, selbstverletzendes Verhalten bis hin zu Amokläufen sind oft das Resultat einer Schulpolitik, die von vorne bis hinten versagt. Zunehmend kann ein/e SchülerIn den Alptraum Schule nur noch mit Medikamenten und Psychotherapie überstehen.

Es erfordert viel Selbstvertrauen und Selbstbewusstsein, sowie ein stabiles, wohlwollendes und unterstützendes Umfeld, wenn man die Schulzeit trotz allem möglichst unbeschadet überstehen will.

Kinder, die frei und selbstbestimmt aufwachsen und lernen können und von Anfang an gleichberechtigt aufwachsen und ernst genommen werden, können sich viel besser in soziale Strukturen integrieren und engagieren als jene, die in ein enges hierarchisches Korsett gepresst werden, das den ganzen Tag Anstaltslernen, Hausaufgaben und Nachhilfe vorsieht.

Es ist längst an der Zeit, das Schulpflichtgesetz über Bord zu werfen und selbstbestimmtes Lernen in Freiheit jedem zu ermöglichen, der das für sich in Anspruch nehmen will. Es kann nicht angehen, dass Familien (Kinder wie Eltern) kriminalisiert werden, weil sie eine andere Vorstellung von Lernen haben, als es der Staat für seine BürgerInnen vorsieht. Es braucht Orte, an denen angstfrei und ohne Druck gelernt werden kann. Das sind keine Schulen im traditionellen Sinn mehr, sondern Lernorte, die nach den Bedürfnissen der Lernenden ausgerichtet und ausgestattet sind. Lernorte, in denen alle Menschen gleichberechtigt und selbstbestimmt lernen können und an denen sie keinen Diskriminierungen – gleich welcher Art – unterworfen sind.

*Lernen ist überall möglich*

### Freie und alternative Schulmodelle

Viele der alternativen Schulen sind mit Sicherheit angenehmere Orte als die staatlichen Schulen, aber auch sie sind von Lehrplänen, Unterrichtsinhalten, Erziehungs- und Lernzielen bestimmt. Auch in den Alternativschulen werden Leistungen der SchülerInnen beurteilt und in den seltensten Fällen sind die Rahmenbedingungen so gegeben, dass gleichberechtigt und hierarchiefrei gelernt werden kann.

Ein großes Problem ist auch die Finanzierung, weil nicht jeder Mensch über das Geld, das ihm für Bildung eigentlich zusteht, frei entscheiden kann. Alternativschulen sind oft auf Schulgeld angewiesen. Auch wenn sich die meisten Alternativschulen um soziale Lösungen bemühen, ist es Menschen mit geringem Einkommen selten möglich, einen Schulbesuch in einer freien Schule zu finanzieren.

Es gibt diverse Schulkonzepte, und nicht jede Alternativschule verdient den Stempel „freie Schule" (z.B. Waldorfschulen oder freikirchliche Schulen, die großen Wert auf die Vermittlung eines bestimmten Wert- und Weltbildes legen, das mit einer libertären Vorstellung von Freiheit nichts gemein hat).

Ein Schulkonzept, das in den letzten Jahren immer mehr Beachtung findet und das Prädikat "freie Schule" wirklich verdient, fällt unter den vielen Modellen auf: Die sogenannten Sudburyschulen (bzw. freie demokratische Schule).

### Sudburyschulen

Weltweit gibt es mehr als 30 Schulen, die sich an dem Modell der Sudbury Valley School orientieren, die 1968 in Massachusetts gegründet wurde.

Eine Schulgründungsinitiative aus Berlin hat die wesentlichen Grundsätze so zusammengefasst:

- Die Kinder und Jugendlichen entscheiden selbst, wie sie ihre Zeit verbringen.
- Niemand wird gezwungen oder gedrängt, bestimmte Dinge zu lernen oder an bestimmten Aktivitäten teilzunehmen. Es gibt keinen Lehrplan.
- Unterricht kommt nur zustande, wenn Schüler dies ausdrücklich verlangen
- Schüler und Mitarbeiter sind gleichberechtigt.
- Es gibt Regeln; diese werden von der wöchentlichen Schulversammlung, bei der jeder Schüler und jeder Mitarbeiter eine Stimme hat, diskutiert und per Mehrheitsentscheidung beschlossen. Regeln gelten für Schüler und Mitarbeiter gleichermaßen.
- Ein von der Schulversammlung bestimmtes Justizkomitee untersucht Beschwerden über die Verletzung von Regeln und ist berechtigt, Strafen zu verhängen. Die Möglichkeit zur Berufung besteht.
- Die Schulversammlung entscheidet in geheimer Wahl, wer im nächsten Jahr Mitarbeiter sein wird.
- Es gibt keine Klassenstufen und keine Trennung nach dem Alter.
- Es gibt keine fremde Bewertung – weder Zensuren, noch schriftliche Beurteilungen.

Da alle Schulen in Deutschland dem Schulgesetz unterworfen und an Pläne, Vorgaben und Prüfungsordnungen gebunden sind, ist eine kompromisslose Sudburyschule in Deutschland (noch) nicht möglich.

Mittlerweile gibt es aber auch in Deutschland einige Versuche, möglichst viel aus dem Sudbury-Konzept in alternative Schulprojekte zu integrieren, wie beispielsweise in der „Netzwerkschule" in Berlin, der „Neuen Schule Hamburgs" oder in der „Kapriole" in Freiburg. Leider kommen auch diese Schulen nicht umhin, Kompromisse einzugehen.

### Homeschooling

Beim Homeschooling geben in der Regel die Eltern die Richtung vor. Sie bestimmen, was und wann gelernt wird, gestalten ihre eigenen Lehrpläne, oder sie orientieren sich an staatlichen Lehrplänen. Homeschooling wird von Familien favorisiert, die mit dem Schulsystem nicht zufrieden sind und ihre Kinder vor menschenfeindlichen Bedingungen in öffentlichen Schulen schützen wollen. Ebenso sehen Menschen, deren Kinder aus physischen und psychischen Gründen in staatlichen Schulen nicht zurecht kommen, im Homeschooling eine Möglichkeit, bessere Bedingungen für ihre Kinder zu schaffen. Homschooling ist i.d.R. stark pädagogisch geprägt. Die Eltern bestimmen darüber was und wie gelernt wird. Allerdings kann dies (je nach Elternhaus) in einer vertrauten angstfreien Atmosphäre stattfinden und das Tempo kann individuell dem Lerntempo des Kindes angepasst werden.

(Homeschooling ist bis auf ganz wenige zustimmungspflichtige Ausnahmegenehmigungen in Deutschland verboten – und wird strafrechtlich verfolgt).

### Unschooling

Die fortschrittlichere und hier eher unbekannte Variante des freien und selbstbestimmten Lernens ist das „Unschooling".

Unschooler gehen davon aus, dass der Mensch von Geburt an das Bedürfnis hat, sich frei zu entwickeln, und dass er wiss- und lernbegierig ist (intrinsische Motivation). In einer anregenden Umwelt gibt es viele Möglichkeiten, sich zu bilden, so dass kein Unterricht nötig sei. Kinder lernen auch ohne Schule laufen und lesen, rechnen und einen Computer zu bedienen. Sie sind von Geburt an wissbegierig, neugierig und haben einen natürlichen Forscherdrang, den sie sich ihr Leben lang erhalten können, wenn die Lust am Lernen nicht durch Erziehung und Schule zerstört wird. Unschooler bestimmen selbst, was, wann und wo sie lernen. Es gibt keine starren Regeln, keine Lehrpläne und keine Hierarchien. Beim Unschooling sind Eltern und Bezugspersonen nicht LehrerInnen, sondern Lernbegleiter. Sie beraten und unterstützen vielmehr und zwängen den Kindern nicht ihre eigenen Ideen auf.

(Unschooling ist in Deutschland verboten – und wird strafrechtlich verfolgt).

Lernorte mit wirklich emanzipatorischen Konzepten werden aufgrund einer reaktionären kinder- und lernfeindlichen Schulgesetzgebung nicht genehmigt und zugelassen, weil in Deutschland nicht sein kann, was nicht sein darf. Doch davon sollte mensch sich nicht abschrecken lassen. Das Recht auf freie Bildung ist ein Menschenrecht – wir sind es den kommenden Generationen schuldig dafür zu kämpfen. Ein Leben und Lernen in Freiheit ist möglich.

Tine Tischer KL

---

**Freiräume erkämpfen und verteidigen**

Nach einer Demonstration zum Erhalt des selbstverwalteten Jugendkulturzentrums „Hotel am Kalkberg" (kurz HaK) in Bad Segeberg am 10. Januar, brach eine üble Hetzkampagne von CDU und örtlicher Presse über die FAU in Segeberg herein, die gemeinsam mit anderen linken Gruppen zu dieser friedlichen Demo aufgerufen hatte. Die FAU sei eine linksextremistische Splittergewerkschaft, die sich nicht ausdrücklich von Gewalt distanziere, hieß es immer wieder. Die FAU müsse das HaK, ja gar die Stadt sofort verlassen, forderte die CDU-Spitze.

Eines ist jedenfalls klar: Der Antrag der CDU, das HaK zu schließen, wurde in der Stadtvertretersitzung am 3. Februar abgelehnt. Die Sitzung fand aufgrund der Anwesenheit der (vollkommen harmlosen) Jugendlichen vom Hak unter Polizeischutz statt. Die Jugendlichen wurden schließlich, nachdem sie aus Freude über die abgewendete Schließung ihres Zentrums applaudierten, von Bürgervorsteherin Ingrid Altner (CDU) des Saales verwiesen.

Die Kosten für das HaK (monatlich ca. 750 Euro) seien zu hoch, heißt es immer wieder von Seiten der Stadt. Dabei könnte das Jugendzentrum diese Kosten selbst tragen, wenn nicht die von den Jugendlichen organisierten Veranstaltungen und Konzerte per Beschluss der Stadtvertretung seit Mai 2008 komplett gestrichen worden wären. Das wahre Ziel der CDU war mit Sicherheit, jegliche außerparlamentarische, politische Opposition in Bad Segeberg im Keim zu ersticken, besonders wenn sie links ist. Sehr demokratisch meine Damen und Herren!

FAU Bad Segeberg

**Links**

**leben-ohne-schule**
www.unschooling.de

**Homeschooling in Deutschland**
www.homeschooling.de

**Sudbury-Schulen in Deutschland**
www.sudbury.de

**Tologo-Verlag** (diverse Bücher zum Thema)
www.tologo.de

**AndersLautern** (unter „Andersschule" diverse Links und Beiträge zum Thema „Schule")
http://neues-auf.anderslautern.de/index.php?n=Leben.AndersSchule

# Hommage an das spanische Exil

**Bewegender Höhepunkt war eine Gedenkveranstaltung auf dem Pariser Friedhof „Père Lachaise"**




Es gibt Dinge im kollektiven Gedächtnis Frankreichs, über die man lieber schweigt. Dazu gehört, dass man nicht gerne über den bedeutenden Beitrag ausländischer AntifaschistInnen – besonders der SpanierInnen – an der französischen Résistance gegen die deutsche Besatzung spricht. Noch weniger möchten viele daran erinnert werden, dass es ausgerechnet eine fast ausschließlich aus Spaniern bestehende Kompanie des 3. Marschbataillons der 2. Division war, die am 24. August 1944 als erste das Stadtgebiet von Paris erreichte. Dann hätte man ebenfalls erwähnen müssen, dass die Befreier von Paris „Durruti", „Guernica", „Don Quijote" und ähnliche seltsam anmutende Bezeichnungen auf ihren gepanzerten Fahrzeugen stehen hatten.

Episoden wie diese sind es, an welche die Pariser Regionalorganisation der Gewerkschaft Confédération Nationale du Travail (CNT-F) mit ihrer „Hommage an das spanische Exil" erinnern wollte. Am 6. und 7. Februar fanden dazu Veranstaltungen und Ausstellungen sowie eine Demonstration statt. Im Mittelpunkt standen zwei Dinge: Zuallererst war die Hommage als Dank an das spanische Exil und seine letzten Überlebenden gedacht. Zum anderen sollte sie als Beitrag dienen, das spanische Exil endlich aus dem Dunkel des Vergessens zu holen.

Über viele Dinge wurde an diesen zwei Tagen gesprochen und die TeilnehmerInnen erlebten viele bewegende Momente. Die Rede war etwa von den mehr als 500.000 Menschen, die ab Februar 1939 im Rahmen der sog. „Retirada" vor der Barbarei des siegreichen Franco-Faschismus über die spanisch-französische Grenze flohen. Und natürlich auch davon, dass der „Dank" für ihren Kampf gegen den Faschismus ihre sofortige Internierung unter unmenschlichen Bedingungen in Lagern wie dem von Argelès-sur-Mer war. Viele konnten später aus diesem und anderen Lagern entkommen und schlossen sich nach dem Überfall der Nazis auf Frankreich dem französischen Widerstand an.

Für tausende Spanier, unter ihnen viele Militante der anarcho-syndikalistischen Gewerkschaft Confederación Nacional del Trabajo (CNT), wurde die Internierung zur tödlichen Falle. Als die deutschen Besatzer realisierten, dass man ihnen die alten Feinde aus dem spanischen Bürgerkrieg quasi auf dem Silbertablett präsentierte, wurden mehr als 7.500 von ihnen in das KZ Mauthausen verschleppt. An die Zehntausenden von Menschen – unter ihnen 4.200 Spanier –, die in der Hölle von Mauthausen der infamen „Vernichtung durch Arbeit" anheim fielen, erinnerte ein Redebeitrag der FAU am Mauthausen-Mahnmal auf dem Friedhof Père Lachaise.

Nach der Niederlage des deutschen Faschismus organisierte sich die CNT im französischen Exil neu. Bis in die 70er Jahre hinein waren ihre Syndikate, Kulturvereine und Zentren, wie z.B. die „kleine Zitadelle" in der Rue de Belfort von Toulouse, die Kerne, in denen der Widerstand und die Guerilla gegen das mörderische Franco-Regime organisiert und unterstützt wurden. Als der alte Diktator 1975 endlich verreckte, kehrten viele von ihnen nach Spanien zurück.

Das spanische Exil spielte daneben auch eine bedeutende Rolle dabei, die anarchosyndikalistischen Ideen am Leben zu erhalten. Die „neue Welt, die wir in unseren Herzen tragen", fiel nach 1968 bei einer neue Generation von jungen ArbeiterInnen in verschiedenen Ländern auf fruchtbaren Boden. Nicht zuletzt als Dank hierfür waren auch dreißig Anarcho-SyndikalistInnen aus der BRD nach Paris gekommen.

robot



**Weiterlesen:**
Redebeitrag der FAU am Mauthausen-Mahnmal:
http://www.fau.org/artikel/art_090211-062518

# Es ist an uns, mit ihnen solidarisch zu sein

**Zu den Morden an Stanislaw „Stas" Markelow und Anastasija „Nastja" Barburowa in Russland**

Es gibt Menschen, die großen Mut besitzen und kämpfen, obwohl sie wissen, dass sie dadurch gefährlich leben. Ein solcher Mensch war Stanislaw Markelow. Er wurde am 20. Mai 1974 in Moskau geboren. Als Jugendlicher engagierte er sich in einer Vielzahl von politischen und kulturellen Initiativen – mit einer Tatkraft und einer Vielseitigkeit, die ihn auszeichnete.

So organisierte er im Oktober 1993 während der bewaffneten Kämpfe zwischen dem Jelzin-Lager und der von Altstalinisten und Nationalisten beherrschten Opposition mit einigen jungen Anarchisten spontan einen Sanitätertrupp, der Verwundeten beider Seiten half. In den 1990er Jahren studierte Stas Jura und wurde anschließend Rechtsanwalt – ein ungewöhnlicher Schritt für einen jungen Linken. Aber seine Überzeugungen hat er nicht verraten. Stas nahm an Menschenrechtskonferenzen und Sozialforen statt, versuchte die Menschenrechtsidee mit sozialer Gerechtigkeit zu vereinbaren. In den letzten Jahren hat Stas häufig Antifas verteidigt und in anderen Verfahren dazu beigetragen, dass einige russische Nazi-Schläger in den Knast kamen. Er verteidigte linke AktivistInnen in ganz Russland, auch Mitglieder der belorussischen Opposition. Stas war verheiratet, seine Frau stammt aus Belarus; er hinterlässt zwei kleine Kinder.

Stas war einer der wenigen Anwälte, die die Opfer des Mordens und der Willkür der russischen Kriegsmaschinerie in Tschetschenien verteidigten, und vielleicht der einzige, der an kontroversen Fällen direkt in Tschetschenien arbeitete. Dabei zog er sich den Hass des mafiotisch-geheimdienstlichen Komplexes zu. Unter anderem vertrat er als Nebenkläger die Familie Kungajewa, deren Tochter in Tschetschenien von einem russischen Offizier, Jurij Budanow, vergewaltigt und ermordet worden war. Der Mörder wurde nach nur acht Jahren Gefängnis begnadigt.

Stas war am 19. Januar 2009 gerade auf dem Rückweg von einer Pressekonferenz, in der es um eben diese vorzeitige Begnadigung Budanows ging, als er erschossen wurde. Kurz nach Stas wurde seine Begleiterin, Anastasija Barburowa, mit einem Kopfschuss getötet, entweder weil sie versuchte dem Verletzten zu helfen oder weil sich der Killer der Zeugin entledigen wollte. Nastja war studierte Journalistin und arbeitete als Freelancer für die Zeitung *Nowaja Gaseta*. Ihr Spezialgebiet war die russische Ultrarechte. Als aktive Anarchistin war Nastja mit ihrer Energie und ihrer offenen Art in der kleinen libertären Bewegung Russlands und der Ukraine sehr beliebt.

Es ist sehr fraglich, ob die Morde an Stas und Nastja jemals aufgeklärt werden, denn die Auftraggeber sitzen mit Sicherheit „ganz oben". Die traurigen Ereignisse erinnern an den Mord an der Reporterin und Kremlkritikerin Anna Politkowskaja, die im Jahr 2006 in ihrem Haus erschossen wurde. Der Tat wurde bis heute nicht aufgeklärt. Dass Stas den Behörden ein Dorn im Auge war, wurde spätestens 2004 klar, als er in der Moskauer U-Bahn überfallen wurde. Die „unbekannten" Angreifer verschwanden damals mit Stas' Brieftasche voller Dokumente und seinem Handy.

Diese Morde sind nicht die ersten an Menschen, die sich für Gerechtigkeit und bessere Lebensbedingungen in Russland einsetzen. Erinnert sei an den Mord an Ilja Borodajenko im Anti-Atom-Ökocamp im sibirischen Angarsk im Sommer 2007, als Nazis mit Duldung der Polizei das Protestlager überfielen, oder an den Tod der jungen Antifaschistin Olga Rukosyla im Oktober 2008 in Irkutsk. Ohne Todesfolge blieb glücklicherweise der tätliche Angriff im November 2008 auf Alexej Etmanow, den Vorsitzenden der kämpferischen Gewerkschaft bei Ford in St. Petersburg.

Die russische Staatsmacht hat offensichtlich kein Interesse am Schutz dieser Menschen. DissidentInnen werden nach wie vor eingeschüchtert und zum Schweigen gebracht, und dabei wird auch über Leichen gegangen. Es ist an uns, mit ihnen solidarisch zu sein; zu zeigen, dass sie nicht vergessen und allein gelassen sind. Es ist an uns, sie auf jede mögliche Art und Weise zu unterstützen und der russischen Staatsmacht zu zeigen, dass das, was in Russland passiert, nicht unbeachtet bleibt.

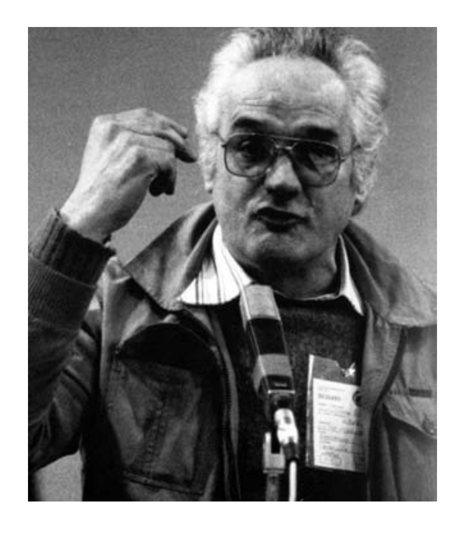
Will Firth

"Ich bin es müde. Ich bin es müde, meinen Bekannten in den Todesanzeigen zu begegnen. Das ist keine Arbeit mehr, es ist eine Frage des Überlebens. Wir brauchen Schutz vor Nazis, wir brauchen Schutz vor mafiösen Behörden, vor eben den Rechtsschutzorganen, die bei diesen so oft liebedienern. Und wir verstehen sehr wohl, dass außer uns selbst niemand uns diesen Schutz geben kann. Weder Gott, noch Zar, noch Gesetz – niemand, nur wir selbst."

- Aus einem Redebeitrag Stas Markelows auf einer Demonstration am 30.11.08

# Luis Andrés Edo ist gestorben

Am 14. Februar 2009 starb in Barcelona der bekannte Anarchosyndikalist Luis Andrés Edo im Alter von 84 Jahren. Luis war bis zuletzt einer der scharfsichtigsten Vertreter des spanischen Anarchosyndikalismus. Edo war aber auch einer jener vielen Arbeiter-Aktivisten, die jahrzehntelang allen Verfolgungen zum Trotz ihr Leben riskierten, um für das Ende der klerikal-faschistischen Franco-Diktatur zu kämpfen. Einige Stationen seines bewegten Lebens zwischen Gewerkschaft, Guerilla und Kerker, wollen wir an dieser Stelle als Beispiele seines lebenslangen Kampfes für eine freie Gesellschaft und für die Emanzipation der ArbeiterInnen nachzeichnen.



Luis Andrés Edo wurde 1925 in Barcelona geboren. Mit 16 Jahren arbeitete er bei der Eisenbahn und lernte dort die im Untergrund agierenden Gewerkschafter der anarchosyndikalischen CNT kennen. Er begann in den Hungerjahren der 1940er Plomben an Güterwaggons der Bahngesellschaft RENFE aufzubrechen und mit seinen Genossen und Genossinnen Lebensmittel zu enteignen und zu verteilen. 1945 nahm er als Abendschüler an einem Streik der SchülerInnen von Barcelona teil. Als er ins Militär der Franco-Diktatur eingezogen werden sollte, floh er 1947 nach Frankreich. 1949 versuchte er, illegal nach Spanien zurückzukehren, wurde verhaftet und saß ein Jahr im Gefängnis. Dieses Jahr bezeichnete Edo als das „Untergangsjahr" für den anarchistischen Widerstand, über 300 Anarchisten wurden verhaftet, mehrere erschossen. 1950 kehrte er nach Frankreich zurück. Die AnarchistInnen leisteten noch bis 1950/51 bewaffneten Widerstand in Francos Spanien. Im Exil war Edo in der Lokalföderation der CNT in Paris aktiv, deren Sekretär er zeitweilig ebenso war wie der des peninsularen Komitees der Iberischen Föderation der Libertären Jugend (FIJL).

Luis kehrte immer wieder für Guerilla-Aktionen nach Spanien zurück. 1966 wurde er mit mehreren anderen Mitgliedern der Libertären Jugend während der Vorbereitung der „Operation Durruti" in Madrid verhaftet. Den Mitgliedern der Gruppe „Primero de Mayo" wurde vorgeworfen, sie habe die Entführung des US-amerikanischen Konteradmírals Gillette geplant. Dieser war der höchste Verbindungsoffizier der USA zum spanischen Folterregime. Er sollte entführt und anschließend wieder freigelassen werden, um auf die mörderischen Haftbedingungen tausender politischer Gefangener in den spanischen Kerkern aufmerksam zu machen. Edo wurde wegen umstürzlerischer Tätigkeit, Waffenbesitz etc. zu neun Jahren verurteilt und 1972 vorzeitig entlassen. 1974 wurde Edo während einer weiteren illegalen Reise in Spanien erneut verhaftet und zu sechs Jahren Gefängnis verurteilt. Erst im Februar 1976, einige Monate nach dem Tod des Diktators, wurde Edo im Zuge einer Generalamnestie entlassen. Kurz darauf wurde er in das katalanische Regionalkomittee der CNT gewählt, dem er mehrere Jahre angehörte. In dieser Zeit erlebte er sowohl den kometenhaften Aufstieg der CNT als auch deren Absturz in Folge der Geheimdienstoperation um den „Caso Scala" und verschiedener interner Zerwürfnisse, wie zuletzt der Spaltung der katalanischen Föderation Mitte der 90er Jahre.

Luis Andrés hat darüber hinaus an verschiedenen Zeitungen und Buchprojekten mitgearbeitet, zuletzt erschien im Oktober 2006 sein autobiographisches Werk „La CNT en la encrucijada". Für die Gründergeneration der FAU hatte Luis Andrés Edo, ebenso wie Thomas Marcellan in Paris, eine ganz besondere Bedeutung. Beide gehörten zu denjenigen spanischen GenossInnen, mit denen die jungen ArbeiterInnen, die Mitte der 70er Jahre den Impuls zur Gründung der FAU gaben, ausgiebig diskutiert hatten und von denen sie in ihrem Projekt vielfache Unterstützung erhalten haben.

Mit Luis Andrés Edo hat der internationale Anarchosyndikalismus einen scharfsinnigen und energischen Militanten verloren.

¡Que la tierra le sea leve – Möge die Erde ihm leicht sein!

robot

# Ein Akt der Freiheit

**Die CNT organisiert in der spanischen Kleinstadt Lebrija einen erfolgreichen Generalstreik**

Die CNT Lebrija braucht dringend Geld, um ihren Kampf weiterführen zu können. Deshalb hat sie ein Solikonto eingerichtet:
**IBAN: ES49 2100 2615 1101 1029 4467**
**BIC: CAIXESBBXXX**

Erklärung der Abkürzungen der Partei- und Organisationsnamen:

**CCOO** – Comisiones Obreras (Arbeiterkommissionen): der kommunistischen Partei nahe stehende „offizielle" Gewerkschaft
**IU** – Izquierda Unida (Vereinigte Linke): Vereinigung mehrerer linker Parteien, u.a. der Kommunistischen Partei und der Grünen
**PA** – Partido Andalucista (Andalusische Partei): „Linksnationalistische" andalusische Partei, die für Andalusien einen ähnlichen Autonomiestatus wie den Kataloniens oder des Baskenlandes anstrebt
**PP** – Partido Popular (Volkspartei): Konservative Partei, 1989 aus der Vereinigung der postfaschistischen Alianza Popular und der Liberalen Partei hervorgegangen
**PSOE** – Partido Socialista Obrero Español (Sozialistische Spanische Arbeiterpartei): Sozialdemokratische Partei
**UGT** – Unión General de Trabajadores (Allgemeine Arbeiterunion): der PSOE nahe stehende „offizielle" Gewerkschaft




Lebrija ist eine kleine Stadt südlich von Sevilla mit etwa 26.000 EinwohnerInnen. Von diesen sind 5.200 erwerbslos, was vor allem daran liegt, dass ein relativ großer Teil der Bevölkerung in der Landwirtschaft arbeitet und dort im Winter nicht gebraucht wird. Ein anderer Grund ist, dass in der Baubranche – einem in Südspanien sehr wichtigen Wirtschaftszweig – infolge der Finanzkrise viele Arbeitsplätze gestrichen wurden. Diesem Abschwung versucht die spanische Zentralregierung mit einem massiven Infrastrukturprojekt zu begegnen, bei dem durch öffentliche Investitionen Aufträge für private Bauunternehmen schaffen soll. Im Fall von Lebrija geht es konkret um 4,5 Mio. Euro, die die Stadt von der Zentralregierung als Hilfe gegen die Folgen der Finanzkrise erhält. Die Bürgermeisterin María José Fernández (PSOE) plant, damit den Bau eines unterirdischen Parkhauses in der Stadt. Dieses Projekt soll etwa 30 Arbeitsplätze schaffen. In Anbetracht der extremen Arbeitslosigkeit in Lebrija ist diese Investition jedoch nur ein Tropfen auf dem heißen Stein.

BewerberInnen auf einen der neu entstehenden Arbeitsplätze stehen allerdings noch einem weiteren Hindernis gegenüber: dem „enchufismo", der Vetternwirtschaft zwischen den regierenden Sozialdemokraten und den „offiziellen" Gewerkschaften CCOO und UGT, die gemeinsam über die Einstellung von ArbeiterInnen für öffentliche Aufträge entscheiden. Alle BewerberInnen müssen eine schriftliche Prüfung ablegen, die für viele nicht zu bestehen ist. So bestanden bei einer Prüfung für Hilfsarbeiter auf dem Bau von 500 BewerberInnen nur 20, obwohl sich unter den Erwerbslosen Bauarbeiter mit jahrelanger Erfahrung befanden. Victoriano Vela, Sekretär der CNT Lebrija, erklärt, warum „immer die gleichen Arbeit bekommen" und einzelne ArbeiterInnen schon nach wenigen Wochen Arbeitslosigkeit neue Jobs haben, während andere jahrelang vergeblich darauf warten: Denn PSOE, UGT und CCOO kontrollieren in Lebrija die Vergabe von öffentlichen Aufträgen und schanzen Verwandten oder ihnen nahe stehenden ArbeiterInnen Jobs zu.

Auf Initiative der CNT gründete sich im Winter 2008/09 ein parteiunabhängiges Anwohnerkollektiv, das hauptsächlich aus Erwerbslosen besteht. Zusammen mit diesem Kollektiv erarbeitete die anarchosyndikalistische Gewerkschaft ein Konzept für eine gerechtere Verteilung der öffentlichen Aufträge. Dieses Modell sieht zwei Register vor, eines für LandarbeiterInnen und ein allgemeines, das wiederum nach Berufsgruppen unterteilt ist. Die Listen sollen allen Erwerbslosen offen stehen, ohne dass diese Prüfungen absolvieren müssen. Bedürftige werden bei der Jobvergabe bevorzugt. Außerdem soll die Arbeit zwischen den Erwerbslosen rotieren, damit alle die Gelegenheit haben zu arbeiten. Um den „enchufismo" zu vermeiden, soll das Register von der CNT, dem Anwohnerkollektiv und dem Bürgermeisteramt kontrolliert werden, so dass die Sozialdemokraten nicht mehr alleine entscheiden könnten, wer die Arbeit bekommt. Diese Forderung mag nicht sonderlich revolutionär klingen, in Spanien reicht das Arbeitslosengeld allerdings nicht aus, um Mieten oder Hypotheken abzubezahlen oder auch nur um die eigenen Kinder ausreichend versorgen zu können, weshalb der materielle Druck auf die Erwerbslosen enorm ist. Insofern geht es bei diesem Konflikt nicht darum, die Ausbeutung selbst organisieren zu dürfen oder gar um das Recht auf Lohnarbeit, sondern um den Zugang zu einer der wenigen Einnahmequellen, die es in Lebrija gibt.

Die Bürgermeisterin zieht sich aus der Verantwortung für das von ihrer Behörde und den „offiziellen" Gewerkschaften (UGT, CCOO) kontrollierte Verfahren zur Jobvergabe, indem sie darauf verweist, dass die Vorgaben von der ebenfalls sozialdemokratischen Regionalregierung kämen.

Um ihr Konzept den EinwohnerInnen von Lebrija vorzustellen, luden CNT und Anwohnerkollektiv am 31. Januar dieses Jahres zu einer Infoveranstaltung in das Kulturzentrum von Lebrija. Das Thema stieß auf reges Interesse und nach der Veranstaltung zogen die 250 Anwesenden vor das Rathaus, um das von der CNT entworfene Register zu fordern. Die nächsten Demonstrationen Anfang Februar brachten bis zu 2.500 Menschen auf die Straße, immerhin 10% der EinwohnerInnen der Kleinstadt. Im Zuge der allgemeinen Mobilisierung sprangen auch die Oppositionsparteien PA und PP auf den Zug auf und beteiligten sich an den Demonstrationen. Vor allem im Fall der postfaschistischen PP ist die Unterstützung aber wohl eher der Versuch, selbst einen Fuß in die Rathaustür zu stellen, als ein Zeichen der Solidarität mit den Erwerbslosen. Den Konservativen fällt es schwer, im traditionell linken Lebrija, das schon während der Franco-Diktatur Schauplatz von Landarbeiteraufständen war und seit der Einführung der Demokratie stets von PSOE oder PA regiert wurde, Fuß zu fassen. Anscheinend sehen sie die Proteste gegen die sozialdemokratische Bürgermeisterin als Mittel, an Wählerstimmen zu kommen. Ramón Vargas, Landarbeiter und Sprecher des Anwohnerkollektivs, hat der Vereinnahmung des Protestes für parteipolitische Zwecke jedoch eine klare Absage erteilt. Bei einer Pressekonferenz stellte er klar, dass die Bewegung „keinen politischen, sondern einen sozialen Kampf" führt, der sich nicht gegen eine bestimmte Partei richtet und im Umkehrschluss auch nicht bestimmten Parteien nützen soll.

### Medien, Gewerkschaften und „linke" Parteien gegen den Streik

Die Bürgermeisterin zeigte sich trotz der Demonstrationen und der Unterstützung der Proteste durch Parteien nicht kompromissbereit. Deshalb rief die CNT für den 18. Februar den Generalstreik aus. Von Anfang an versuchten PSOE, IU und die ihnen nahestehenden Medien und Verbände mit allen Mitteln, den Generalstreik zu verhindern. Am Tag vor dem Streik unterzeichnete ein Bündnis aus CCOO, UGT, PSOE, IU, Unternehmerverbänden, landwirtschaftlichen Betrieben und allen lokalen Medien ein Manifest gegen den Streik, das letztere auch eifrig verbreiteten. So füllte die Lokalzeitung *El periódico de Lebrija – Viva Lebrija* ganze sechs Seiten mit Artikeln und Kolumnen zum bevorstehenden Generalstreik, in denen entweder die CNT und ihr Sekretär Vela diffamiert oder vollmundig das Scheitern des Streiks angekündigt wurde. Der Fernsehsender Lebrija TV hatte sich schon während der ersten Demonstrationen für seine Berichterstattung den Zorn der DemonstrantInnen zugezogen, die vor dem Sitz des Lokalsenders „Televisión manipulación" („Fernsehmanipulation") skandierten. Ebenso wie die anderen Medien hatte der Sender die Demonstrationen kleingeredet. Bezeichnend für die Medienlandschaft Lebrijas ist die Tatsache, dass die wöchentlich erscheinende Lokalzeitung jedes Jahr 150.000 Euro aus dem Rathaus für Werbung erhält. In einer in derselben Zeitung veröffentlichten Kolumne hetzte Manolo Naranjo, der Besitzer des Lokalradios *Radio Punto*, noch unverblümter gegen die CNT als andere JournalistInnen. Er verortet die „anarchistische Organisation" politisch „rechts", was angeblich der Grund für das „Bündnis" zwischen den Konservativen und der anarchosyndikalistischen Gewerkschaft sei. Andere JournalistInnen beschworen den Zusammenhalt der Stadtbevölkerung in Krisenzeiten, vor allem gegen die „von außen" kommende CNT, die in Lebrija nichts verloren habe. In überregionalen Medien fanden die Proteste keine Beachtung.

Neben der Mobilisierung befreundeter Medien setzte die Bürgermeisterin auch auf direkte Einschüchterung potentiell Streikender. Beispielsweise berief sie Versammlungen der BäckerInnen und MarktverkäuferInnen Lebrijas ein, bei denen sie zusammen mit CCOO und UGT die ArbeiterInnen zur Nichtteilnahme am Streik drängte. Außerdem wurden vom Rathaus aus zahlreiche Faxe an Firmen und Schulen geschickt, in denen zur Nichtbeteiligung aufgerufen wurde. In Flugblättern der Sozialdemokraten, der UGT und der CCOO wurde weiterhin behauptet, die CNT zwinge Leute zu streiken, während man an die Ausübung des „Rechtes", arbeiten zu gehen, appelliert. Für die Erwerbslosen Lebrijas gilt dieses Recht jedoch ohnehin nicht, denn die wenigen vorhandenen Jobs bekommen nur diejenigen, die PSOE, CCOO und UGT nahe stehen.

Am Streiktag selbst wurde von sechs Uhr morgens an praktisch die ganze Stadt lahm gelegt. Ein aus rund 1.700 Menschen bestehender Demonstrationszug zog durch die Straßen, ganze Familien, von Kindern bis zu Großeltern, beteiligten sich an der Demonstration oder an den Streikposten. Geöffnet blieben lediglich eine Tankstelle, drei Cafés und Kneipen, der Markt, auf dem acht Familien Obst verkauften, und der örtliche Mercadona-Supermarkt. Letzteres ist nicht überraschend, da die Supermarktkette für ihren gewerkschaftsfeindlichen Kurs bekannt ist – momentan führt die CNT Arbeitskämpfe in mehreren Mercadona-Filialen in ganz Spanien. Großen Umsatz machen konnte Mercadona trotz der Öffnung nicht, denn eine aus etwa 80 Menschen bestehender Streikpostenkette blockierte den Eingang des Supermarktes, so dass kaum KundInnen in den Laden gelangten. Die anderen drei Supermärkte, auch Filialen von überregionalen Ketten, sowie alle Banken waren von vornherein geschlossen geblieben. Vor dem Generalstreik war keine Gewerkschaft in der Lage gewesen, die Supermärkte zu bestreiken. Einige Schulen wurden zwar nicht bestreikt, allerdings wurde vonseiten der Streikenden nicht versucht, sie zu schließen, weil viele EinwohnerInnen Lebrijas außerhalb arbeiten und ihre Kinder sonst nirgendwo hätten unterbringen können. Am Abend verkündete die Streikleitung, dass sich 90% der ArbeiterInnen in Lebrija am Streik beteiligt hätten, einige Medien geben die Streikbeteiligung sogar mit 95% an. Trotz der Einschüchterungen durch die Polizei, die sowohl uniformiert als auch in zivil in der Stadt patroullierte und alle Zufahrten nach Lebrija bewachte, und der Hetzkampagne der Medien, Staatsgewerkschaften und SozialdemokratInnen kann der Streik als voller Erfolg bezeichnet werden.

### Ein Beispiel, das Schule machen könnte

Die Ausgangslage für die Proteste in Lebrija, also die Vetternwirtschaft im Rathaus und die hohe Arbeitslosigkeit, ist in Andalusien keine Ausnahme. Das einzige was Lebrija von anderen Städten unterscheidet, ist die kampferprobte und relativ große CNT-Ortsgruppe, die die Proteste initiiert hat. Doch auch woanders regt sich Widerstand: Seit die Zentralregierung angekündigt hat, massive Investitionen in die Infrastruktur zu finanzieren, um die Wirtschaft anzukurbeln, hoffen viele Erwerbslose in Andalusien wieder auf einen Job. Eine Hoffnung, die oft enttäuscht wird, weil die Regierungsparteien und „offiziellen" Gewerkschaften nicht nur in Lebrija die Arbeitsplätze ihren Mitgliedern zuschieben. So haben sich beispielsweise am 19. Februar Erwerbslose im Rathaus von Martín de la Jara, auch in der Nähe Sevillas, verbarrikadiert und eine gerechtere Verteilung der Gelder aus dem Antikrisenprogramm gefordert. In mehreren Dörfern und Kleinstädten gab es Demonstrationen, wie in Dos Hermanas bei Sevilla und in El Cuervo, einem Nachbardorf von Lebrija. Die CNT Lebrija steht auch mit anderen Dörfern in Kontakt, in denen Infoveranstaltungen zu den Protesten in Lebrija stattfinden werden und in denen die Bevölkerung selbst etwas ähnliches wie dort auf die Beine stellen möchte.

In Lebrija selbst ist es noch unklar, wie die Proteste weitergehen, denn trotz des Generalstreiks ist die Bürgermeisterin nicht auf die Forderungen der Streikenden eingegangen – auch ernsthafte Verhandlungen hat sie nicht angeboten. Die CNT Lebrija erwartet von ihr in dieser Hinsicht auch keinen baldigen Gesinnungswandel. Ihre Amtszeit dauert voraussichtlich noch zwei Jahre, und solange sie von ihrer eigenen Partei und deren Koalitionspartner IU unterstützt wird, kann sie trotz allen öffentlichen Drucks noch bis zu den nächsten Wahlen weiterregieren. Und selbst wenn eine andere Partei an die Macht kommt, dürfte das an der Vetternwirtschaft nicht viel ändern. Die CNT hat aber bereits angekündigt, dass sie bis zum Schluss kämpfen wird. Viel zu verlieren haben die Protestierenden, von denen ein Großteil erwerbslos ist, ohnehin nicht.

Daniel Colm

# „Es hat sich alles zugunsten der Aufständischen verändert“

**Ein Interview mit AktivistInnen der Antiautoritären Bewegung Thessaloníki**

*Zwei Monate ist es her, dass eine Art sozialer Aufstand den Alltag in großen Teilen Griechenlands für mehrere Wochen zum Erliegen brachte. Der Mord an Aléxandros Grigorópoulos am 6. Dezember 2008 durch Polizisten brachte die unter der Oberfläche köchelnde Wut vieler Griechen über prekäre Lebensbedingungen und mangelnde Zukunftsperspektiven zur Explosion. Nun, einige Zeit danach, führte die DA ein Interview mit GenossInnen der Antiautoritären Bewegung Thessaloníki (AK) über die Entwicklungen der letzten Wochen. Die AK ist ein griechenlandweites Netzwerk mit antiautoritären Strukturen. Sie hat in der Vergangenheit aktiv an vielfältigen Kämpfen von Werktätigen, Studierenden und MigrantInnen teilgenommen, hat sich an Bürgerkomitees beteiligt, Gefangene und ihre Angehörigen unterstützt, war an Bewegungen gegen staatliche Repression sowie Kämpfen für die Freiheit und gegen ökologische Zerstörung beteiligt. Charakteristisch für die AK ist, dass sie nicht nur AnarchistInnen umfasst, Entscheidungen aber immer offen und direkt-demokratisch getroffen werden.*

**DA:** Nach den Kämpfen im Dezember hat sich die Situation in Griechenland, soweit wir es beurteilen können, nach und nach beruhigt. Seit Februar hören wir nichts mehr. Ist es so ruhig oder gärt es noch und von Aktionen wird einfach nicht berichtet?

**AK:** Genau so ist es. Was alle Welt durch die Bilder von Auseinandersetzungen, die in den Massenmedien gezeigt wurden, mitbekam, hat drei bis fünf Tage gedauert. Was eine viel größere Bedeutung als die Revolte selbst hat – denn die bricht von alleine aus, ohne jemand um Erlaubnis zu fragen, ist, dass die Charakteristika der Revolte tatsächlich systemfeindlich, bullenfeindlich und antiautoritär waren, und dass sie hunderttausende Menschen umfasste, die mit Gewalt oder gewaltfrei auf die Straße gingen. Diese Charakteristika sind das Ergebnis der „Impfung“ der griechischen Gesellschaft durch die Worte und Taten der anarchistischen/antiautoritären Bewegung seit 1974 (Sturz der Militärjunta, d.Ü.). Wir sind absolut sicher, und das macht alles noch positiver, dass nach dem Aufstand nichts mehr so sein wird wie zuvor. Weder für das System, noch für die Gesellschaft und schon gar nicht für die Bewegung. Wir würden sagen, dass sich alles zugunsten der Aufständischen verändert hat. Das wichtigste, und das haben bisher nur wenige erkannt, ist, dass die gesamte Gesellschaft während des Aufstands zum ersten Mal ihre Augen und hauptsächlich ihre Ohren tatsächlich den AnarchistInnen/Antiautoritären zugewandt hatte. Der Beweis sind hunderte Besetzungen öffentlicher Gebäude, die bis heute tagtäglich stattfinden, die Vollversammlungen in den Universitäten, den Stadtvierteln, den Komitees und natürlich die massenhafte Beteiligung und die Frische, die eine ganze Generation 15-jähriger der Bewegung geschenkt hat. Dass nichts mehr ist wie zuvor, konnten wir auch am einzigartig brutalen Säureanschlag der von Arbeitgeberseite geschickten Schläger auf die Gewerkschafterin Konstantina Kouneva sehen, und vor allem an den Kämpfen, die erst nach dem Aufstand begannen. Die Bauern blockierten – wie fast jedes Jahr – die Nationalstraßen, um gegen die staatliche Landwirtschaftspolitik zu demonstrieren. Aber erstmals zeigten sie die Neigung, sich der Bevormundung durch die Parteien zu entziehen. In nie gesehener Weise lieferten sie sich im Hafen von Piräus zwei Tage lang Auseinandersetzungen mit den MAT-Einheiten (vergleichbar mit dem SEK, d.Ü.), als diese sie an einer Traktordemonstration durch Athen hinderten. Das Bemerkenswerteste was momentan in Richtung gesellschaftlicher Befreiung stattfindet, ist jedoch der Kampf um einen Park im Athener Stadtteil Kypséli. Dort ließ die Stadt am 2. Februar um vier Uhr früh mit Bulldozern unter dem Schutz von MAT-Einheiten 45 Bäume im einzigen kleinen Park weit und breit fällen. Die Herrschenden der Stadt ließen dann die Stümpfe der gefällten Bäume von den MAT-Einheiten bewachen. Dies und die Tatsache, dass an Stelle des Parks ein fünf Stockwerke in die Erde reichendes Parkhaus gebaut werden soll, erregte wilde Empörung bei den AnwohnerInnen. Mit Hilfe vieler AnarchistInnen und Linksradikaler griffen sie die Bullen an, besetzten den Park und schafften es mit Versammlungen, Kundgebungen, Konzerten, Fahrraddemos, Baumpflanzaktionen und Straßenschlachten vor dem Rathaus, einen Baustopp zu erzwingen.

**DA:** Nach dem Mordanschlag auf Konstantina Kouneva entwickelte sich eine große Solidaritätsbewegung. Wie ist ihre gesundheitliche Lage momentan?

**AK:** In der Nacht zum 23. Dezember lauerten ihr vier Männer in grauen Uniformen auf, schütteten ihr Vitriol-Säure ins Gesicht und zwangen sie, das Zeug zu schlucken. Sie wird für immer ein entstelltes Gesicht haben, ist auf einem Auge blind, und ihre Stimmbänder und die Speiseröhre wurden durch die Säure zerstört. Sie wird wohl nie wieder sprechen können, und noch ist auf Grund der Schädigung ihrer inneren Organe unklar, ob sie jemals wieder normal wird essen können oder ob sie für immer über Schläuche künstlich ernährt werden muss. Die sie betreuende Psychiaterin, Katerína Mátsa, betont, dass es ein Mordanschlag war. Mittlerweile hat sich ihr Gesundheitszustand verbessert. Die Transplantation lebenswichtiger Organe hat erfolgreich begonnen und es herrscht Zuversicht, dass ihre Gesundheit – speziell wegen ihrer psychischen Kraft – letztendlich zu einem großen Teil wiederhergestellt werden kann. Wir müssen betonen, dass die Hauttransplantationen im Gesicht und die Transplantationen innerer Organe unendlich viel Geld kosten, das von der Bewegung durch Spenden und Solidaritätsveranstaltungen aufgebracht wird.




**DA:** Was geschieht momentan, auch von eurer Seite aus?

**AK:** Konstantina hat ihr Bewusstsein wiedererlangt und „kommuniziert“ mit ihren FreundInnen. Sie ist die tapferste und mutigste Frau in Griechenland und hat versichert, den Kampf fortzusetzen, sobald sie das Krankenhaus verlässt. Der Anschlag auf Konstantina hat das im Bereich der Lohnarbeit herrschende mittelalterliche Regime ins Scheinwerferlicht gerückt. Der Staat hat sich aus seiner Rolle als regelnde Kraft des Produktionsprozesses herausgezogen. Die Arbeiter und Arbeiterinnen schuften in Unternehmen ohne Rechte, ohne geregelte Arbeitszeiten, ohne Freiheiten. Die Bosse erhalten öffentliche Aufträge mit horrenden Vergütungen und bezahlen Hungerlöhne. ArbeiterInnen, die sich gewerkschaftlich organisieren, werden entweder entlassen oder terrorisiert, und jetzt fangen sie an, sie auch zu ermorden. Man könnte sagen, was Konstantina angetan wurde, vermittelt ein Bild der Zukunft, mit Sklaven-ArbeiterInnen, die von den Bossen und dem organisierten Verbrechen Hand in Hand unter Kontrolle gehalten werden.

Die Solidaritätsbewegung hat vom ersten Moment an unterschieden zwischen den ausführenden Tätern und den Anstiftern dieses Verbrechens. Die ausführenden Mörder sind das Unternehmen OIKOMET, wo Konstantina und 2.000 anderer LeiharbeiterInnen beschäftigt sind, und ihre mafiösen Handlanger. Die Anstifter sind die staatstragenden Gewerkschaften, die zur Durchsetzung feudalistischer Arbeitsgesetze in den Unternehmen und zum legalen Sklavenhandel von Arbeitnehmern ihre Zustimmung geben. Deshalb zielten und zielen alle politischen Aktionen, Besetzungen, Sabotageakte auf diese Verantwortlichen. Momentan findet zum Beispiel ein Kampf zur Aufhebung der Verträge zwischen OIKOMET und der Universität Thessaloníki statt. OIKOMET erhält allein für die Reinigung der Universität 7 Millionen Euro jährlich, und bezahlt seinen Reinigungskräften 700 Euro im Monat. Was die Bullen betrifft, die haben die Ermittlungen eingestellt und behaupten, das Verbrechen sei eine Beziehungstat – ohne allerdings auch nur das geringste Indiz oder einen Verdächtigen benennen zu können.

**DA:** Wie hat die GSEE, der Zentralgewerkschaftsdachverband, auf die Besetzung der Arbeiterzentren reagiert?

**AK:** Ja, das ist auch so ein Punkt, wo der Dezember-Aufstand tatsächlich seine Spuren hinterlassen hat. In ganz Griechenland wurden dutzende Gebäude der GSEE für Tage oder Wochen besetzt. Schon die Vorstellung, solche Aktionen in der Zeit vor dem Aufstand durchzuführen, wäre uns unmöglich, wenn nicht gar lachhaft erschienen. Hätten wir sie trotzdem durchgeführt, wären wir sicher mit gewalttätigen Reaktionen von Seiten der Gewerkschaftsbosse und auf jeden Fall von denjenigen, die der KKE (KP-Griechenland, d.Ü.) angehören, konfrontiert gewesen, was letztlich jedoch unter dem Gewicht der breiten gesellschaftlichen Zustimmung und allgemeinen Anteilnahme, auch der Teilnahme von ArbeiterInnen, unmöglich war. Die hauptsächliche Ursache hierfür ist, dass sich die ArbeiterInnen, dass sich eigentlich alle von der systematischen, dauerhaften Unterwürfigkeit der staatstragenden Gewerkschaften angeekelt fühlen. Absolut bezeichnend ist die Haltung der GSEE im Fall Kouneva. Alle ArbeiterInnen, die ganze Bewegung und sehr viele JournalistInnen sprechen ganz klar von einem Mordanschlag der von Arbeitgeberseite beauftragten Schläger. Die GSEE hingegen versteckt sich hinter der Behauptung der Polizei, dass es nicht klar sei, ob es sich um einen Fall mit „gewerkschaftlichem Hintergrund“ handele. Ihre Begründung dafür ist, dass wir uns hier in Griechenland befänden und „nicht in Kolumbien, wo Morde an Gewerkschaftern eine Tatsache“ seien.

**DA:** Gibt es in dem Zusammenhang Bestrebungen, unabhängige, radikale Betriebsgruppen oder Gewerkschaften zu gründen? In Deutschland war etwas über Organisationen im Bildungsbereich und bei Medienschaffenden zu hören.

**AK:** Na klar! Solche Bestrebungen gibt es schon länger und die werden natürlich fortgesetzt. Leider wurden sie bisher nicht von der breiten Masse der Arbeiterschaft aufgegriffen. Es gibt das Problem, dass diese Syndikate sich als gewerkschaftliche Gruppen verstehen, die zugleich als spezielle politische Gruppen wirken, was ihre gesamtgesellschaftliche Ausrichtung einschränkt. So gibt es außer den an Parteien orientierten Gewerkschaften auch linksradikale und die anarchosyndikalistische ESE. Sie sollten sich jedoch auch für Arbeiter und Arbeiterinnen öffnen, die keine Linksradikalen oder AnarchosyndikalistInnen sind. Der Punkt ist – und möglicherweise nimmt dies auf Grund der Ereignisse gerade Gestalt an, dass es mehr Berufsvereinigungen „von unten“, also über schon „politisierte“ Leute hinausgehende Syndikate für alle Interessierten geben müsste. Momentan werden es tatsächlich mehr. Beispielhaft ist die Gewerkschaft der Reinigungskräfte und Haushaltshilfen im Großraum Athen, in dem Kouneva organisiert ist, aber natürlich auch der Bildungsbereich. Dort ist es immens wichtig, eine Neubestimmung des Bildungsauftrags und der Inhalte der vermittelten Bildung vorzunehmen, etwas, das unserer Meinung nach im Bereich des Journalismus ansatzweise gelang. Die anhaltende Kritik von MedienarbeiterInnen, gerade an der staatstragenden Rolle der Massenmedien, hat in der Gesellschaft und auch in der Szene zu einer Neubewertung des Journalismus geführt. Die Demoparole „Penner, Spitzel, Journalisten“ der 80er und 90er Jahre hat sich weitestgehend überholt, weil es nun mehr „kämpfende“ JournalistInnen gibt, die ihre Haltung mit Verhaftungen und Verletzungen bezahlen. Ein Wandel, den kämpferische Mediensyndikate erreichten, die den Unterschied zwischen den StarjournalistInnen, den FernsehansagerInnen, und dem Niedriglohn-Medienarbeiter der gedruckten oder Online-Presse verdeutlichten.

**DA:** Trotz der Fortschritte, wie gedenkt ihr, das Problem zu lösen, dass die große Mehrheit der Arbeiterklasse eure Kämpfe bestenfalls passiv verfolgt, anstatt aktiv Stellung zu beziehen?

**AK:** Das ist ein schwieriges Thema. Schon allein die Art und Weise, wie ihr die Frage stellt, zeigt, dass ein großes Problem existiert. Und zwar deshalb, weil in dem Moment, wo es nur „unsere Kämpfe“ sind, die Arbeiterklasse ganz klar desinteressiert sein wird. Nur dann, wenn es auch „ihre Kämpfe“ sind, besteht die Möglichkeit für eine positive Entwicklung. Wenn es für uns eine Aufgabe gibt, die über Teilnahme an diesen Kämpfen hinausgeht – egal ob sie uns direkt betreffen oder nicht – dann ist es die eindeutige Kritik gegenüber dem herrschenden System. Durch unser Verhalten und unser Beispiel können wir darüber hinaus Wege zur Freiheit aufzeigen.

**DA:** Vielen Dank für das Interview!

Interview und Übersetzung:
Ralf Dreis (FAU Rhein/Main)
Redaktionelle Bearbeitung: Robert Ortmann

## TERMINE

### Leipzig

**Do. 12. März, 19.00 Uhr**
Libelle, Kolonnadenstr. 19
***Buchvorstellung: "Anarchismus 2.0"***
U.a. mit Beiträgen zu „Anarchismus und neuen soziale Bewegungen“

**Fr. 13. März, 19.00 Uhr**
Libelle, Kolonnadenstr. 19
***Lesung mit Horst Stowasser***
Aus: „Auf den Spuren des Glücks – eine leicht anarchische Genussreise durch Frankreich“

**Mi. 29. April**
(Ort und Zeit siehe auf www.fau.org/leipzig)
***Vortrag: Prekäre Arbeit an den Universitäten***
Anschließend Konzert mit Geigerzähler

### München

**Fr. 13. März, 19.30 Uhr**
Basis Buchhandlung, Adalbertstr. 43
***Die sozialen Kämpfe in Griechenland***
Vortrag und Buchvorstellung mit Ralf Dreis

### Münster

**Mi. 25. März, 20.30 Uhr**
Don Quijote, Scharnhorststr. 57
***Ratschlag CallCenter***
Austausch über Arbeitsbedingungen und Verbesserungsmöglichkeiten im CallCenter-Job

**Mi. 22. Apr., 20.30 Uhr**
Don Quijote, Scharnhorststr. 57,
***Diskussion: How to start a Class War***
Wie beginne ich einen Arbeitskampf? Wie finde ich raus, was die Belegschaft stört? Wie recherchiere ich die Strukturen der Firma?

### Sieg der Gewerkschaft der Reinigungs-arbeiterInnen PEKOP bei der Athener U-Bahn

Die Solidaritätskampagne für die Reinigungsarbeitergewerkschaft PEKOP und ihre Generalsekretärin Konstantina Kouneva kann erste Erfolge vermelden. Nachdem am 25. Februar Mitglieder der PEKOP die Zentrale der Athener U-Bahn-Betreibergesellschaft ISAP besetzt hatten, erklärte sich das Unternehmen bereit, die Forderungen der Gewerkschaft zu erfüllen. Zum einen sollen die ArbeiterInnen ab jetzt direkt von der ISAP angestellt werden, anstatt wie vorher über die berüchtigte Zeitarbeitsfirma OIKOMET. Außerdem soll die Gewerkschaft das Recht haben, alle Zeitarbeitsfirmen, an die die ISAP zukünftig Aufträge vergeben könnte, im voraus auf die Erfüllung sozialer Mindeststandards und die Einhaltung des Arbeitsrechts zu überprüfen. Kouneva selbst wurde inzwischen von der sozialdemokratischen PASOK und dem Linksbündnis Syriza die Kandidatur auf ihren Listen angeboten. Beides hat sie abgelehnt. (DC)

# Zurück in die Zukunft

**Die Lage der Arbeiterklasse in Ostdeutschland und ihre Ausstrahlung über die Ex-DDR hinaus**

In diesem Jahr wird es wieder Zeit sein für Rückblicke: zahlreiche Jubiläen stehen vor der Tür, darunter der 20. Jahrestag der Maueröffnung, Vorbotin der Wiedervereinigung von 1990. Ebenso absehbar wie die Beiträge im Feuilleton wird der Ablauf der Feierlichkeiten sein: kommerztümlich.[1] Das Ziel ist klar: Emotionen schüren, Mythen stricken, kurz gesagt, die moderne Nation weiter festigen. Da wird das Programm von 2003 zum 17. Juni nur ein kleines Vorspiel gewesen sein; die Fußball-WM zu übertreffen, wird allerdings schwierig.

Systematisch ausgeblendet wird in dieser schwülstigen Staatsbürgerlichkeit, dass die BürgerInnen im Alltag nicht gleichberechtigt sind. Systematisch totgeschwiegen wird der gesellschaftliche Ort, der nach wie vor – in der „post-industriellen Informationsgesellschaft“ ebenso wie in der real-sozialistischen Arbeitsgesellschaft alten Schlags – von zentraler Bedeutung ist: der Betrieb; dort, wo sich Arbeit und Kapital weiterhin gegenüberstehen.

In den vergangenen zwanzig Jahren haben die sog. „Neuen Bundesländer“ als Experimentierfeld, ja als Speerspitze gedient, gewerkschaftliche Errungenschaften zu demontieren und Millionen ArbeiterInnen einzuschüchtern und neu zu unterwerfen. Die Auswirkungen dieser Rosskur beschränkten sich nicht auf „den Osten“; aber ohne die Malocher der ehem. Zone wird das Blatt nicht zu wenden sein. Zeit also für eine Zwischenbilanz: Wo stehen die „Werktätigen“ im Osten heute?



*17. Juni 1953: Aufstand und Generalstreik in der DDR*



*Das Kali-Bergwerk „Thomas Müntzer“ in Bischofferode 1992*

### Ein kollektives Gedächtnis

Die Phase des „real-existierenden Sozialismus“ bildet insbes. für ArbeiterInnen jenseits der 40 noch immer einen realen Erfahrungshorizont: überalterte Technik, mangelhafte Versorgung mit Materialien und Ersatzteilen, Engpässe bzw. Privilegien in der Konsumversorgung, aber auch Partei- und andere parastaatliche Strukturen in den Betrieben. Ebenso kam dem Arbeitskollektiv (mitsamt seiner sozialen Komponente) in der Mangelwirtschaft offensichtlichere Bedeutung zu als heutzutage. Nicht zuletzt waren die 1980er auf sozio-politischem Terrain – verstärkt durch die Repressionsdrohung seitens des Staates – von einer breiten Tendenz der Individualisierung und einem Rückzug ins Private geprägt.

Sicher waren es wenige KollegInnen, die sich Höhepunkte und Entwicklung kollektiver Interessenvertretung in der DDR vergegenwärtigten. Mit einer zensorisch geprägten Veröffentlichungspraxis war das auch ungleich schwieriger. Dennoch existierte abseits der offiziellen Doktrin eine kollektive Erinnerung an die wichtigsten Auseinandersetzungen.[2] Im Überblick der 40 Jahre sind die Jahre 1953, 1961, 1968 und 1980/81 zu nennen, und natürlich 1988/89.

Der inzwischen zum „Volksaufstand“ verklärte 17. Juni 1953 stand, ausgehend von Berliner Bauarbeitern, unter dem proletarischen Motto „Akkord ist Mord!“. An der Bewegung, die sich zunächst isoliert voneinander entwickelte, beteiligten sich etwa eine Million Menschen in mehr als 700 Städten und Gemeinden, wovon etwa drei Viertel zur Arbeiterklasse zu zählen sind. Dementsprechend hatte der Aufstand seine Höhepunkte und seine radikalsten Entwicklungen im mitteldeutschen Industriegebiet sowie in Ostsachsen. Dabei wollten die ArbeiterInnen mehrheitlich keineswegs den Sozialismus an sich beseitigen. Der Historiker Bernd Gehrke berichtet: „Während mit großer Wut die Propagandaeinrichtungen und Ikonen des Ulbricht-Regimes zerstört wurden, blieb Marx unberührt. In Halle, wo Stalin und Marx auf riesigen Propagandabildern nebeneinander stehen, wird Stalins Bild zerfetzt, während Marx stehen bleibt.“ Aber Stalin war noch nicht lange genug tot, der Generalstreik wird mit Waffengewalt gebrochen und unzählige Aktivisten inhaftiert.

Das Jahr 1961 markierte nicht nur den „point of no return“, da es mit dem Mauerbau kein Entrinnen mehr gab.[3] Die frühen 1960er waren auch der Hochpunkt der Streikaktivitäten in der DDR. Als dann 1968 die Panzer in Prag einfuhren und die Reaktionen in der DDR genau beobachtet, ja von den Mächtigen gefürchtet wurden, wurde das Streikrecht aus der DDR-Verfassung gestrichen.[4] Das folgende Jahrzehnt zeichnete sich dann durch den ungebremsten Niedergang des Streiks als Kampfform der ArbeiterInnen aus.

Waren es spätestens seit 1953 die Panzer und die Bürokratie, die den ArbeiterInnen im Genick saßen, so wundert es kaum, dass es nur wenige wagten, die Arme zu kreuzen. Zudem beschränkte sich diese Kampfform auf die Bereiche der unmittelbaren Produktion und des Handwerks – Angestellte oder auch ArbeiterInnen in Einzelhandel und Gesundheitswesen hielten sich fern. Schließlich drangen Nachrichten über solche Konflikte kaum über den Betrieb bzw. über die Abteilung hinaus. So sank schließlich die Zahl der gemeldeten Streiks auf annähernd Null, während die Zahl der Beteiligten auf ungekannte Miniaturmaße zusammenschrumpfte.[5]

Die offene Auseinandersetzung war also ein kaum gangbarer Weg. Dagegen gab es aber sehr wohl die „Untergrund-Bewegungen“. So widersetzen sich Anfang 1961 weite Teile der Arbeiterklasse der Wiedereinführung der Sechs-Tage-Woche durch massenhafte Krankschreibung und Fehlschichten, was schließlich auch im Beschluss zum „freien Samstag“ offiziell gemacht wurde.[6] Bezeichnend ist auch eine Entwicklung im parastaatlichen Berichtwesen von FDGB und SED, das nach 1953 ausgebaut und systematisiert worden war: Als in den 1970ern der Katalog meldepflichtiger „besonderer Vorkommnisse“ aktualisiert wurde, richtete sich das Augenmerk nun auch auf „Massenunfälle“, „Massenerkrankungen“ sowie „Vorfälle [d.h. Streiks] mit ausländischen Arbeitskräften“. Ein anderer Kanal für Unmutsäußerungen und Hoffnung auf Verbesserung waren die vollkommen legalen, zumeist aber individuellen „Eingaben“ an übergeordnete Stellen wie den Gewerkschafts- oder Parteivorstand. Das Postaufkommen in dieser Sache schwoll 1988/89 merklich an.

### Wo dein Platz, Genosse, ist ...

Die DDR-Staatssicherheit beobachtete noch bis Januar 1990 sehr genau, was sich in den Großbetrieben tat. Das Augenmerk lag damit also auf Berlin/Umland und dem südlichen Staatsgebiet, wo sich die real-sozialistische Industrie konzentrierte – hier lagen auch die Demonstrationsschwerpunkte im Herbst/Winter 1989. „Die größte Sorge“, so die Historikerin Renate Hürtgen, „galt einem Aufruhr in den Betrieben, gar einem Generalstreik.“ Soweit sollte es nicht kommen, weil eine betriebsinterne oder gar -übergreifende Öffentlichkeit gerade erst erkämpft wurde. Bezeichnend ist dennoch, dass ein Kern von Forderungen entstand. In der ganzen kleinen Republik hieß es: Kampfgruppen und sonstige SED-Organisationen in den Betrieben auflösen, unabhängige Gewerkschaften jetzt, jederzeitige Abwählbarkeit der Delegierten!

Die strukturellen Beschränkungen der DDR-Zeit beengten allerdings nicht nur die Presse- und Informationsfreiheit, sondern auch die Aktionsfreiheit: Die Ende der 80er aktiven ArbeiterInnen – von denen sich bald einige in der Initiative für Unabhängige Gewerkschaften (IUG) und andere (besonders im Berliner Raum) zur FAU Ost zusammenschlossen – kannten zumeist nur das Produktionsregime in der DDR. Das heißt, Gelegenheit zu Versammlungen größeren Ausmaßes bot sich nur zu offiziellen Anlässen, der Streik als kollektive Praxis war quasi inexistent. Dennoch ging die Zahl von Einzelstreiks 1989 in die hunderte, und auch ein Dutzend Betriebsbesetzungen waren zu zählen. Das zweifellos prägendste Element in den Betrieben in diesem Herbst aber waren wohl die Versammlungen, auf denen nun Klartext gesprochen wurde – und die auch den einen oder anderen „Parteibonzen“ absetzten.

Hürtgen führt die Bewegungen, die „manchmal sogar unentschlossen und konzeptionslos“ erscheinen mögen, auch auf ein „Vertretungsvakuum“ im DDR-Betrieb zurück. Denn die einzig zugelassene Gewerkschaft, der FDGB, war zwar präsent, erfüllte aber mit der Organisation von Betriebsfeiern und Ferienreisen eher die Rolle eines französischen „Betriebsrats“ als die einer Gewerkschaft. Damit erlangte er zwar eine gewisse Bedeutung für Geringverdiener, darunter viele Frauen, war aber eben keine Interessenvertretung. Bereits seit 1950 verstand sich dieser „Gewerkschaftsverband“ als Transmissionsriemen der Partei und Mittel der Produktivitätssteigerung.[7] Lohneinbußen, Arbeitsunfälle und Überstunden hatte er meist mitzuverantworten. Dementsprechend schlecht war in den 80ern sein Ruf.

Alles in allem aber war das Zeitfenster für den kollektiven Lernprozess zu kurz. Zwar hatte es bereits im Oktober 1989 nicht nur Versammlungen, sondern auch Komitees und „Räte“ gegeben. Doch als die Diskussion gerade erst begonnen hatte, da war nach dem FDGB-Kongress im Januar 1990 schon zweierlei klar: Die Großorganisation würde sich nicht reformieren, während der bundesdeutsche DGB eigene Strukturen in der DDR aufbaute. Der dritte Weg eigenständiger Belegschaftsaktivitäten verlor an Boden und ging nach den Wahlen im Frühjahr, nach dem „Votum für die Einheit“, vollends unter. In Vorbereitung auf die Betriebsratswahlen im Juli 1990 waren nun andere Kompetenzen gefragt.

### Das Trauma der Abwicklung

Reichlich drohend erschien die Kulisse, die die IUG Ende 1989 zeichnete: „Die nächsten Jahre werden für uns kein Zuckerschlecken. … Die Preise werden steigen, die Löhne kaum … Der Staat fordert Leistung, bald wird er mit Entlassung drohen.“ Und doch hat sich keiner das Ausmaß der De-Industrialisierung vorstellen können, die der neue Staat in Form der Privatisierungsbehörde „Treuhand“ organisieren sollte: Bis Mitte der 1990er wurden 40% der Arbeitsplätze gestrichen, v.a. in Industrie und Landwirtschaft. Die Industrieproduktion brach um zwei Drittel ein[8], das Bruttoinlandsprodukt um die Hälfte – eine direkte Folge der Währungsunion.9

In diesem Ausmaß ist diese spezifisch ostdeutsche Rezession wohl einmalig in der Industriegeschichte. Der Personalabbau verlief jedoch überraschend konfliktfrei. Eine Ursache, dass es im Osten nicht zu einer großen Depression kam, waren die Transferzahlungen in Milliardenhöhe. Dabei handelte es sich allerdings keinesfalls um die Verlängerung des „zweckfreien“ Begrüßungsgelds. Durch die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) wurden die Belegschaften als Kollektiv liquidiert, die Probleme individualisiert. So setzte sich die Tendenz der 1980er fort, wie auch Hürtgen feststellt: Die in der DDR „geschaffenen kulturellen Muster stürzten nicht zeitgleich mit den Strukturen zusammen, sie hielten sich vielmehr noch lange“. Dazu zählen Bittstellertum, Meidung von Konflikten, schwaches kollektives Selbstbewusstsein sowie die Beschränkung auf persönliche bzw. strikt betriebliche Belange. In dieser Logik blieben Streiks, auch unter der „freiheitlichsten Verfassung“, die letzte Reißleine, die vielfach zu spät gezogen wurde.

Die Auseinandersetzung um die Schließung des Kali-Bergwerks im thüringischen Bischofferode 1993 mag das verdeutlichen: Die Treuhand hatte das Werk an die BASF-Tochter Kali&Salz weitergereicht, im Zuge der Fusion verfügten die neuen Eigentümer die Schließung der Grube. Für diese „Marktbereinigung“ kassierten sie noch einen öffentlichen „Verlustausgleich“. Mehrere Monate lang veranstaltete die 700-köpfige Restbelegschaft Demonstrationen, Mahnwachen und Petitionen, um die Entlassung abzuwenden. An den Aktionen beteiligten sich bis zu 15.000 Menschen. Bundesweites Medieninteresse erfuhren die Arbeiter aber erst, als sie

#### Anmerkungen

**[1]** So wie es z.B. geplant ist für die „Staatsfeier zum sechzigsten Jahrestag der Verkündung des Grundgesetzes“ am 23. Mai.

**[2]** Die Erinnerung währt auch aufgrund dessen, dass der Staat immer spürbar auf die Aufwallungen reagiert hat: mit Strafverfolgung und Bespitzelung.

**[3]** Die Ausweglosigkeit war sicher ein wichtiger Impuls für das weit verbreitete Arrangement mit den Gegebenheiten, für kollektive Lethargie und Individualisierung.

**[4]** Wie bereits 1961 hatte die SED das Widerstandspotential überschätzt. Die Entwicklungen im südlich gelegenen „Bruderland“ wurden zwar aufmerksam und mit Sympathie verfolgt, doch begnügte man sich mit der Zuschauerrolle.

**[5]** In den 80ern beteiligten sich durchschnittlich drei bis vier KollegInnen an einer solchen Aktion, die v.a. unter den deutschen KollegInnen oft nur rein defensiven Charakter hatte. Dagegen verschrieben sich streikende ArbeiterInnen, die keine Staatsbürger waren, oft nicht nur der Aufrechterhaltung, sondern auch der Verbesserung der Situation. Bereits Mitte der 70er wurden bereits ein Drittel der Streiks von ArbeiterInnen (v.a. aus Algerien, Polen, Ungarn) geführt.

**[6]** Allerdings hatte es da schon in der Mehrzahl der Betriebe eigene Vereinbarungen gegeben.

**[7]** Hinzu kommt, dass der FDGB-Apparat nach dem 17. Juni 1953 gesäubert wurde.

**[8]** Sogar in der auf Kleinserien ausgerichteten Hochtechnologie.

**[9]** Der Industrie der alten BRD verschafften diese Vorgänge hingegen eine Sonderkonjunktur, die den Einbruch der weltweiten Wirtschaftskrise um 1990 um einige Jahre verzögerte.

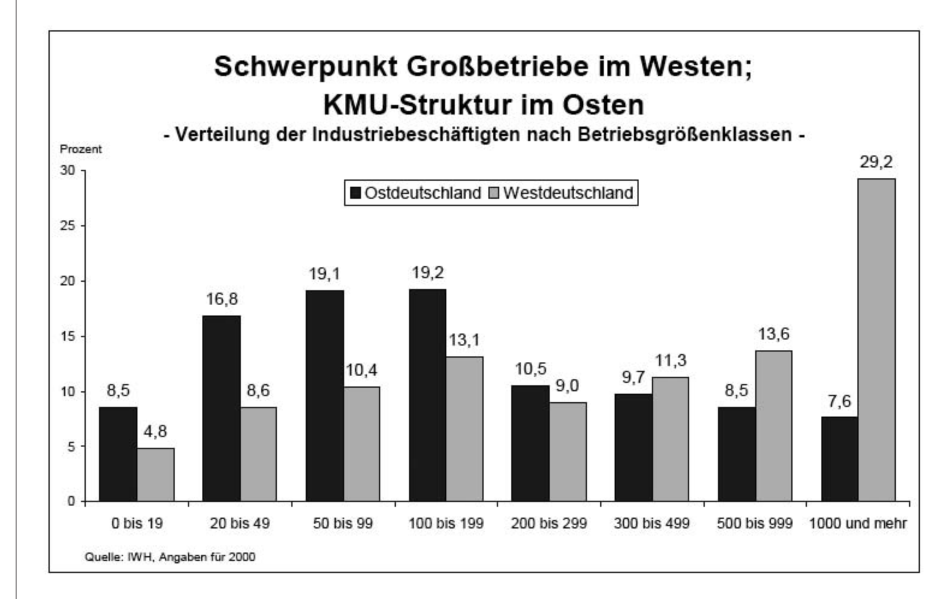
**[10]** Immerhin ein positiver Faktor: die Lohnschere zwischen den Geschlechtern fällt im Osten weniger groß aus und auch die Erwerbsquote der Frauen liegt im Osten höher.

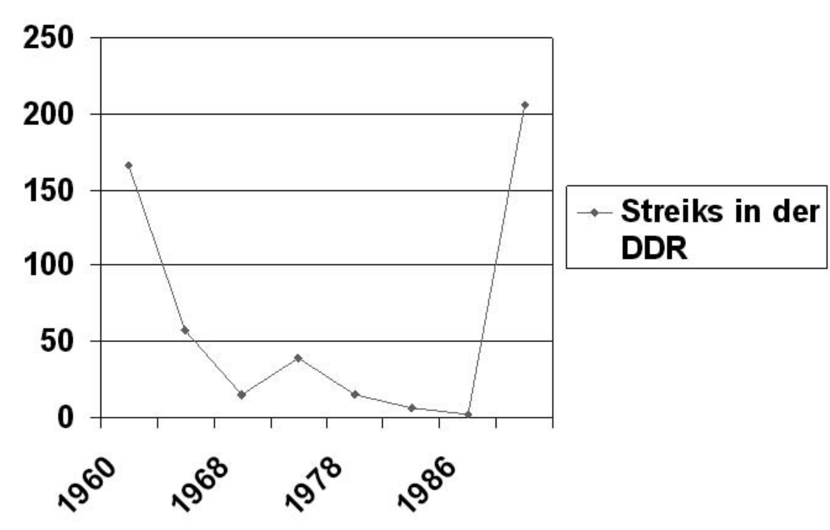
**[11]** Siehe dazu Matthias Seiffert, „Mythos Mittelstand“, DA Nr. 177.

**[12]** Ähnliche Erfahrungen machten 2004 auch die streikenden ArbeiterInnen des West-Berliner BSH-Werks beim Besuch des Schwesterwerks im brandenburgischen Nauen: Sie stießen auf versteinerte Mienen.

**[13]** Beides ist auch heute noch ein Problem, das etwa der Neo-Nazismus auszunutzen sucht.

**[14]** Siehe dazu „Skepsis im Osten“, Junge Welt (30.12.2008), online zugänglich.




zum allerletzten und ohnmächtigsten Mittel griffen: dem Hungerstreik. Die Bilder dieser ausgemergelten Gestalten brannten sich tief ein in die neuen Farbfernseher. Der Diskurs in diesem Flaggschiffkampf, in dem sich entscheiden sollte, wie es mit der Industrie im Osten weitergeht, versteifte sich so auf eine „Wir wollen Arbeitsplätze"-Parole.

Die radikale De-Industrialisierung konnte, von „Sozialmaßnahmen" begleitet, umgesetzt werden, wenn nur nicht das letzte Fünkchen Hoffnung erlosch. Dazu trugen u.a. „Dienstleistungen" wie Zeitarbeitsfirmen und Qualifizierungs- und Beschäftigungsgesellschaften bei. Letztere gehen im Osten vielfach auch auf gewerkschaftliche Initiativen zurück. Indem die klammen DGB-Gewerkschaften diese Maßnahmen mitorganisierten und selbst auf ABM-Kräfte zurückgriffen, würgten sie Widerstand und Lohnniveau selbst mit ab. Politisch hatte das eine integrierende Wirkung auf den gewerkschaftlichen Diskurs, insbes. in Sachsen gab es früh „Runde Tische" und enge Kontakte zwischen Landesregierung und Gewerkschaften. Und „immerhin": In Bischofferode arbeiten heute noch 70 ArbeiterInnen – sie bereiten die Flutung der Schächte vor.

Festzustellen bleibt: Ohne das kollektive Trauma im Osten Anfang/Mitte der 90er, das auch noch die letzten Reste eines positiven Selbstbilds als Arbeiterschaft zertrümmerte, wäre nicht nur Schröders Spruch „Jede Arbeit ist besser als keine" nicht so butterweich durchgegangen. Auch die nunmehr obligatorischen „Öffnungsklauseln" in den Kollektivverträgen hätte es wohl so nicht gegeben.

### Glasfassadene Ideologie

Wie bereits angedeutet, hatte die Entwicklung im Osten auch Auswirkungen auf die Lage der KollegInnen im Westen. Das geschah nicht nur auf politischer Ebene, sondern nahm auch ganz konkrete Gestalt an: Die Arbeitsmigration in Richtung Westen ist seit Anfang der 90er ungebrochen, von ehem. 16 Mio. DDR-BürgerInnen verließen mehr als zwei Mio. die Neuen Länder, hunderttausende pendeln täglich. Vielfach arbeiten aber sie im Westen zu geringeren Löhnen und dienen den Bossen damit als Druckmittel.

In der Breite aber gibt es eine Reihe Unterschiede, die die ostdeutschen Länder als Gesamtzusammenhang kennzeichnen – auch wenn diese Charakteristika auf einzelne Regionen im Westen ebenso zutreffen mögen. So liegt die Erwerbslosenquote im Osten in etwa doppelt so hoch wie im Westen. Damit einher gehen auch fast 20 Jahre nach der Wiedervereinigung Lohnunterschiede von 20-30% gegenüber den westlichen Bundesländern – und das nicht nur im Handel, sondern auch im produzierenden Gewerbe. Ein Erbe der DDR-Vergangenheit ist sicherlich auch, dass die tarifliche Arbeitszeit mit durchschnittlich 39,3 Stunden pro Woche deutlich höher liegt als mit 38,1 im Westen. Zwar werden im Westen mehr Überstunden verzeichnet, da es sich bei der Statistik jedoch um bezahlte Überstunden handelt, kann auf das reale Ausmaß nicht geschlossen werden. Die Ratio aus Lohn und Arbeitszeit senkt den Effektivverdienst pro Stunde auf 66%, wie z.B. in der Metallindustrie Ost 2001.[10]

In dieses Bild fügt sich, dass die Tarifbindung mit 41% der Beschäftigten deutlich unter der im Westen (56%) liegt und dass übertarifliche Bezahlung – wie sie etwa in weiten Teilen der westdeutschen Metall-Industrie praktiziert wird – quasi vollkommen unbekannt ist. Aus den veröffentlichten Daten des DGB ergibt sich, dass diese Tendenz auch eine gesamtdeutsche ist: In der ersten Hälfte dieses Jahrzehnts tendierte die Tarifbindung der Beschäftigten gegen 50%, die Zahl derjenigen ohne Kollektivvertrag nahm leicht zu auf knapp 20%. Zu den ArbeiterInnen ohne Tarifvertrag zählen i.d.R. die Beschäftigten der Solar-Branche – die weltweit an dritter Stelle steht. 40% der Beschäftigten arbeiten im Osten, wo der Lohn 2008 „insgesamt etwa zehn Prozent unter dem Niveau ostdeutscher Branchentarifverträge" und oft mehr als 30% „unter dem westdeutschen Niveau" liegt.

Dieses Lohngefälle ist nicht allein zurückzuführen auf die geringere Tarifbindung, denn in den existierenden Tarifen sind diese Unterschiede ja festgeschrieben. Seit 2005 ist festzustellen, dass die seit Anfang der 90er versprochene Angleichung der Löhne gestoppt wurde: Die prozentualen Erhöhungen in Ost und West fallen gleich aus, die Aufholjagd ist ausgesetzt. Ausgesetzt, obwohl sich seit 2004 mit sinkender Erwerbslosigkeit ein wichtiger struktureller Faktor zugunsten der Arbeiterbewegung veränderte. Eine fatale strategische Entscheidung des DGB. Da nimmt es auch nicht Wunder, dass in einem bisher unbekannten Ausmaß untertariflich bezahlt wird. Dabei ist die Rede vom „strukturellen Niedriglohngebiet" Ostdeutschland durchaus ambivalent: Einerseits entspricht sie der Realität, andererseits zementiert sie diese Realität. So wird dieser Zug regelmäßig von unternehmernahen Forschungsinstituten wie dem IWH Halle besonders hervorgehoben. Die Zustandsbeschreibung wird gegen Lohn- und sonstige Forderungen ins Feld geführt und wandelt sich so in eine selbsterfüllende Prophezeiung.

Dabei besteht aus wirtschaftlicher Perspektive nicht unbedingt aller Grund zur Schwarzmalerei. So meldete etwa die Nachrichtenagentur Reuters im Sommer 2008, dass Industriebetriebe im Osten, insbes. in Sachsen und Thüringen, durchschnittlich eine 25% höhere Rentabilität aufweisen als im Westen. Erstellt wurde die zugrunde liegende Untersuchung vom IWH, das als wichtigen Grund die niedrigen Lohnkosten angibt. Dieses Plädoyer zur Bescheidenheit offenbart unfreiwillig auch, dass es durchaus Handlungsspielraum gibt.

Die schlechtere wirtschaftliche Lage der ArbeiterInnen leitet sich also nicht direkt aus einer „Strukturschwäche" der Betriebe ab – jedenfalls nicht aus einer spezifisch ostdeutschen. Womit die Gewerkschaftsbewegung jedoch zu kämpfen hat, ist der Fakt, dass kleine und mittlere Unternehmen (KMU) im Osten einen viel größeren Anteil ausmachen. Hier ist es generell schwieriger, Arbeiterorganisationen aufzubauen und den Unternehmer an den Verhandlungstisch zu zwingen.[11] Auf die durchschnittlich geringere Betriebsgröße führt die IG Metall auch die geringere Produktivität der Ost-Industrie (70%) zurück, die ebenfalls regelmäßig zur Rechtfertigung von weniger Lohn und längerer Arbeitszeit dient. Und doch stieg, wie Wildcat berichtet, die Industrieproduktion von 1995 bis 2005 um 15%.

### Nichts als Niederlagen?

Von der Politik wird in Feiertagsreden gern in den Vordergrund gespielt, dass es nunmehr eine gut ausgebaute und moderne Infrastruktur gebe. Doch es nützt nichts: Ende 2006 bejahten 90% der Ostdeutschen in einer Umfrage des Stern die Auffassung, dass die Politiker „auf die Interessen des Volkes keine Rücksicht" nähmen. In den Augen der Mehrheit hat sich am politischen System nichts wesentliches geändert. Dennoch gibt es keinerlei Anzeichen dafür, dass das Erzgebirge zu einem zweiten Chiapas wird. Sucht man nach bedeutenden Mobilisierungen in den letzten fünf Jahren, so fallen allerdings gleich mehrere ins Auge:

Nach mehr als zehn Jahren Einheit wollte die IG Metall 2003 auch im Osten die 35-Stunden-Woche durchsetzen, um die es in den 80ern auch in der alten BRD harte Kämpfe gegeben hatte. Tatsächlich zeigte der Arbeitskampf in der straff organisierten Just-in-time-Produktion der Auto-Industrie bald Wirkung. So musste etwa BMW die Produktion in München und Regensburg stoppen, weil wichtige Bauteile aus dem Osten fehlten. Aber die veröffentlichte Meinung wendete sich – gestützt auf den Konsens von Bischofferode – sofort gegen den Streik und fand Resonanz. Das Unverständnis war groß, angeblich auch bei den eigenen Mitgliedern.[12] Zum Erbe der 90er gesellte sich die FDGB-Vergangenheit: Produktionsarbeiter waren „der Gewerkschaft" mehrheitlich „distanziert bis feindlich" eingestellt, das „traditionelle Gewerkschaftsverständnis" war erstickt worden vom offiziellen Kurs.[13] Wohl auch aufgrund interner Ränke brach der IGM-Vorstand den Streik nach vier Wochen schließlich ab.

Im Jahr darauf nahm in Magdeburg eine Welle von Montagsdemonstrationen ihren Ausgang, die sich gegen die Arbeitsmarktreformen der Regierung Schröder stellten. Nachdem die Hartz-Reform-Pakete I bis III schon durch waren, kam die Bewegung sehr unerwartet auf und versammelte im Osten Hunderttausende. Das Wichtigste ist aber sicher gewesen, dass viele der TeilnehmerInnen das letzte Mal 1989 auf der Straße gewesen waren – als wollten sie einen neuen Anlauf nehmen. Der hochgradig symbolgeladene Vergleich mit den Demonstrationen von 1989 lag nicht fern, ja wurde von Medien ebenso begierig aufgegriffen wie er von der Politik zurückgewiesen wurde. So recht wollte man auf den Demonstrationen aber nicht verstehen, wieso Müntefering meinte, die Bewegung aussitzen zu können: Weil es eben um die Subversivität genehmigter Demonstrationen in einem Staat verbriefter bürgerlicher Freiheiten ganz anders bestellt ist als um die von Demonstrationen, die von einem Polizeistaat toleriert werden.

Nach dem Streikjahr 2006, das die Jahre zuvor und danach mit 168.000 Streikenden bei weitem überragte, kehrte 2007 zwar noch keine Ruhe ein an den Werkbänken. Aber der Schwerpunkt verlagerte sich. Sicher, auch das Ruhrgebiet oder Bayern kennen ihre Kämpfe gegen Betriebsschließungen. Und doch, die Abwicklung des Fahrradwerks von Bike Systems im thüringischen Nordhausen passt ins Bild, das man sich vom Osten macht. Da war die Motivation zur Produktion in Selbstverwaltung zu einem guten Stück der Ausweglosigkeit geschuldet. 2007 war aber nicht nur das Jahr des Muts der Verzweifelten. Es war auch das Jahr, in dem die deutsche Gewerkschaftslandschaft etwas weniger eintönig wurde, als LokführerInnen und Fahrpersonal der Deutschen Bahn ein Ultimatum stellten – mit einer Spartengewerkschaft. Nirgendwo in Deutschland war die Streikbeteiligung im Nahverkehr so hoch wie im Osten. In Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen fuhren Ende Oktober nur 10% aller Züge.

### Aus Fehlern lernen

Auf dem Gebiet der ehem. DDR liegen die Löhne flächendeckend deutlich unter Westniveau, teilweise bis zu 40%. Die Einkommensspreizung ist allerdings kein spezifisch ostdeutsches Phänomen – sie tritt hier nur besonders deutlich zutage. Mit Blick auf die gesamte BRD lässt sich feststellen, dass die Vermögensungleichheiten vielgestaltig wachsen: Am deutlichsten wird dieser Trend immer noch am Verhältnis zwischen den reichsten zehn Prozent und den ärmsten 70 Prozent – letztere teilten sich 2007 nur 10% des Privatvermögens. Weiterhin öffnet sich die Lohnschere sowohl zwischen Ost und West als auch zwischen den Berufsgruppen. Und auch das Gefälle zwischen städtischen Ballungsgebieten und ländlichem Raum darf nicht außer Acht gelassen werden.

Entlang dieser Scheidelinien entwickelt sich, in verschiedenen Organisationen, auch die Gewerkschaftsbewegung unserer Tage. Dabei ist das platte Land im Osten unschwer als besonderer Schwachpunkt auszumachen. Gleichwohl stehen einer Gewerkschaft gerade hier die härtesten Kämpfe bevor, zumal „das Land" mit seiner kleinbetrieblichen Struktur, aber auch mit seinen ArbeiterInnen, die beachtliche Strecken pendeln, bis in die Stadt hinein langt. Die Gewerkschaften stehen so, wenn nicht vor neuen, so doch vor ungewohnten Fragen.

Praktische Erfolge stehen weiterhin im Zentrum der Erwartungen, so wie der Aufbruch in den Betrieben 1989 pragmatisch orientiert war. Eine Studie der Uni Jena machte z.B. Ende 2008 ein höheres Ansehen der Betriebsräte in den neuen Ländern aus, dass sie v.a. ihrer praktischen Tätigkeit zu verdanken hätten. Gleichzeitig würde der Stellvertretungscharakter der meisten Gewerkschaften nicht in Frage gestellt: „Viele meinen, dass die Gewerkschaften etwas für sie tun sollten. Dass sie selbst sich dabei einmischen müssen und können, ist nur einer Minderheit bewusst", so Prof. Dörre.[14]

Dabei müssen die Gewerkschaften den Zusammenhang einer kollektiven und eigenständigen Arbeiterbewegung erst einmal wieder aufbauen – auch im Westen hat die Anbindung an die (alte oder neue) Sozialdemokratie ein Trümmerfeld hinterlassen. So leben dort z.B. verhältnismäßig mehr Menschen als im Osten ohne Krankenversicherung; auch ein Indikator für prekäre Arbeitsverhältnisse und Armut. Die Gewerkschaftsbewegung steht mit den geringsten Kräften vor den größten Aufgaben, seit Jahrzehnten. Davon sind auch die Gewerkschaften der FAU nicht auszunehmen. Aber vielleicht haben sie mit ihrem Konzept des syndikalistischen Engagements einen geeigneten Ansatz, der die Versteinerung der deutschen Gewerkschaftslandschaft weiter aufweicht.

André Eisenstein

### Literaturempfehlung:

Bernd Gehrke/Renate Hürtgen,
*Der betriebliche Aufbruch im Herbst 1989. Die unbekannte Seite der DDR-Revolution,*
Bildungswerk Berlin 2001.

### Organisieren statt jammern!

***Selbstorganisation und Arbeitskämpfe in Spanien und der BRD***

In den letzten Jahren hat sich die anarcho-syndikalistische CNT zur aktivsten Gewerkschaft in der südspanischen Metropole Sevilla entwickelt. Ausgehend von bescheidenen Anfängen vereinigt die Lokalföderation der „Confederación Nacional del Trabajo" heute mehrere hundert aktive Mitglieder und führt zeitweise zwei bis drei Arbeitskämpfe gleichzeitig durch.

Wie ist es den AktivistInnen der CNT gelungen, zu einem aktiven Faktor in den sozialen Kämpfen der andalusischen Haupstadt zu werden und wie konnte sie sich mit ihrer anarcho-syndikalistischen Struktur und den Arbeitskampf-Methoden der direkten Aktion als eine erfolgreiche Gewerkschaft ganz anderen Typs etablieren?

Während auch in Spanien das traditionelle, auf „Sozialpartnerschaft" ausgerichtete Gewerkschaftsmodell vor dem Hintergrund der globalen Krise immer mehr an Einfluss und Durchsetzungskraft verliert, wächst die CNT vielerorts und beendet viele ihrer Arbeitskämpfe erfolgreich. Worin liegen die Gründe für diese Erfolge, was unterscheidet die CNT von anderen Gewerkschaften?

Luis Baños von der CNT Sevilla wird die Entwicklung der letzten Jahre vorstellen. An einigen exemplarischen Arbeitskämpfen wird er aufzeigen, wo die Stärken eines Gewerkschaftsmodells liegen, das die Kampfbereitschaft der Mitglieder, die Solidarität und die gemeinsame Planung und Durchführung von Arbeitskämpfen ohne gewerkschaftliche Apparate in das Zentrum jeder Aktivität stellt.

Von besonderem Interesse für uns ist natürlich auch die Frage, ob und wie wir hier in Deutschland die spanischen Erfahrungen nutzen können, um abseits der institutionellen Lähmung erfolgreiche Kämpfe führen zu können. Ein Mitglied der anarcho-syndikalistischen Gewerkschaft „Freie Arbeiterinnen und Arbeiter Union" (FAU) wird zu dieser Frage aktuelle Erfahrungen aus ähnlich gelagerten Arbeitskämpfen in der BRD vorstellen.

### Termine:

22. April, Berlin
23. April, Hannover
24. April, Duisburg
25. April, Frankfurt/Main
26. April, Nürnberg
27. April, Bratislava
28. April, Wien

Genaue Zeiten und Veranstaltungsorte gibt es auf www.fau.org/rundreise

In **Bad Segeberg** (Schleswig-Holstein) stehen die Mitglieder der dortigen FAU einer unheilvollen feindlichen Allianz aus Lokalpresse, CDU und Neonazis gegenüber (siehe auch S. 8, Randspalte). Während ihrem Zentrum, dem „Hotel am Kalkberg" (kurz: das HaK) die Selbstverwaltung genommen wird, würde der spießbürgerliche Geist der Kleinstadt die Anarcho-SyndikalistInnen am liebsten davon jagen. Aus Bad Segeberg erreichte uns als Reaktion auf die bedrückende Situation dieses Gedicht:

### Die Jugend

Die Jugend ist das höchste Gut,
da sind sich alle einig.
Doch ist die Jugend
selbstbewusst,
so wird sie bald gesteinigt.

Ihr wahrer Zweck ist doch allein
zu streben und zu lernen.
Die Bibel, Mathe und Latein,
den Staat und Gott zu ehren.

Sie solle dankbar, noch im
Zwang,
dem Schicksal sich ergeben.
Vorbestimmt von Anfang an
ist doch ihr ganzes Leben.

Was will die Jugend andres noch,
was stellt sie dumme Fragen?
Die Ohren, sie sind alle taub,
für Bitten und für Klagen.

Was sich nicht gleich, für den
Profit,
in Zahlen lässt ermessen.
Das ist nichts wert, das darf
nicht sein,
das kann man gleich vergessen.

Wer anders aussieht, anders
denkt,
der hat´s doch selbst
verschuldet.
Meinungsfreiheit,
Selbstbestimmung,
das wird hier nicht geduldet.

Für Jugendliche ist kein Platz,
die soll der Teufel holen.
Das hört man oft in dieser Stadt
und manch alte Parolen.

Wir fordern nur, was auf Papier,
im Grundgesetz geschrieben.
Doch Freiheit und Demokratie,
sind Träume nur geblieben.

Tim Sünram (FAU Bad Segeberg)



*Mit etwa 150 Interessierten Menschen waren die Veranstalterinnen und Veranstalter in Winterthur durchaus zufrieden – die weltweit erste anarchistische Buchmesse in London hatte ihrerzeit einen sehr viel schwierigeren Start*



*Die Nutzung der Räume der "Alten Kaserne", in denen auch die alljährlichen Anarchietage untergebracht sind, ist unter anderem auch vom Wohlwollen der Stadt abhängig – für libertäres Leben und Kultur ein altbekannter Widerspruch und Konfliktpunkt*

# Das Experiment

**Da war sie nun: Die erste libertäre Buchmesse in Winterthur (Schweiz)**

*In vielen anderen Regionen längst Tradition, wagten anarchistische Kulturschaffende aus dem Spektrum der Libertären Aktion Winterthur (LAW) mit der ersten Veranstaltung dieser Art im deutschsprachigen Raum einen Sprung ins kalte Wasser.*

Seit 2005 finden im beschaulichen Winterthur im Nordosten der Schweiz jeden Februar die „Anarchietage"[1] statt, eine Veranstaltungsreihe mit allabendlichen Lesungen, Referaten und Diskussionen rund ums Thema Anarchismus und Herrschaftsfreiheit. Während der thematische Fokus bis heute erhalten blieb – der Name ist selbstverständlich Programm –, änderte sich sowohl die Länge des Anlasses als auch die Zusammensetzung des Publikums. Während die ersten Anarchietage mit acht Veranstaltungen noch zum größten Teil von Interessierten aus der Stadt und dem Umland in Augenschein genommen wurden, war die vierte Ausgabe 2008 fast doppelt so lang und die Herkunft der Besucherinnen und Besucher deutlich internationaler.

Den Aktivistinnen und Aktivisten der Libertären Aktion Winterthur[2] – kurz LAW – war es nach den Erfahrungen im letzten Jahr klar, dass etwas am Konzept der Anarchietage geändert werden musste. Denn einerseits waren zwei Wochen für die meisten Organisatorinnen und Organisatoren, aber auch vielen interessierten Menschen deutlich zu lang, andererseits sollte der Anlass aber auch weiterhin für Leute interessant bleiben, die von weiter her zu den Anarchietagen reisen würden. Dass gerade in einer zweitägigen „Libertären Buchmesse" die Lösung gefunden wurde, war kein Zufall. Obwohl dies für den deutschsprachigen Raum praktisch ein Novum war, wurden in vielen anderen Länder damit in den letzten Jahren gute Erfahrungen gemacht.

### Erfolgsgeschichten

Die erste anarchistische Buchmesse in neuerer Zeit wurde 1983 in London durchgeführt, und zwar in einem „vom Unglück verfolgten Autonomen Zentrum in Wapping. An dem Tag, der sich als der Kälteste im ganzen Jahr herausstellen sollte, versammelten sich ein halbes Dutzend anarchistische Verlage und legten ihre Waren aus. Als sich kaum eine Besucherin oder ein Besucher blicken ließ, wurde der Anlass abgebrochen und ein Pool-Turnier veranstaltet. Es war eine tolle Sache und alle sagten: 'Macht's nächstes Jahr wieder!' – was wir taten."[3] Das Original, kurz und bündig „Anarchist Bookfair" genannt, besteht noch heute und wird dieses Jahr zum 28. Mal stattfinden. Glaubt man den Veranstalterinnen und Veranstaltern, wird die eintägige Messe alljährlich von bis zu 3000 Menschen besucht. Auf der Website sind über 100 Kollektive, Organisationen, Verlage und Vertriebe aufgeführt, die an der Anarchist Bookfair einen Stand betreiben.

Seit Mitte der 90er Jahre erlebten die libertären Buchmessen ihren eigentlichen Boom. Angefangen mit der „Bay Area Anarchist Book Fair" in San Francisco, die im kommenden Mai zum 14. Mal durchgeführt wird, konnten sich schon bald ähnliche Anlässe in allen Teilen der Vereinigten Staaten und Kanadas etablieren. Nach dem Millenium wurden anarchistische Buchmessen auch auf dem europäischen Kontinent populär. 2002 öffnete zum ersten Mal der „Salon du livre libertaire" in Paris seine Tore, ein Jahr später folgten unter anderen das „Encuentro del libro anarquista" in Madrid und die „Balkan Anarchist Bookfair" in der slowenischen Hauptstadt Ljubljana. Bis und mit 2008 fanden weltweit in rund drei Dutzend Städten und mehr als zehn Ländern anarchistische Buchmessen statt.[4] Die Motivation zur Organisierung eines solchen Anlasses dürfte in den meisten Fällen so ähnlich gewesen sein wie bei der „Librairie Publico" in Paris, die den „Salon" auf die Beine stellte:

„Seit Anfang der 90er Jahren haben Dutzende von libertären Kleinverlagen das Licht der Welt erblickt. Diese Kollektive, welche meistens keine Löhne bezahlen können, bieten heute ein Programm an, das von Broschüren bis zu Werken mit mehreren hundert Seiten reicht. Die Schwierigkeit für diese Verlage, deren Publikationen kaum je von einem großen Distributor übernommen werden, ist, überhaupt an potentielle Leserinnen und Leser heranzukommen. Zu diesem Zweck hat unser Buchladen die Initiative zur Organisierung einer libertären Buchmesse ergriffen."[5]

### Ein Experiment

Tatsächlich wurden und werden libertäre Buchmessen oft von Bibliotheken oder Buchläden vor Ort initiiert. Dies war in Winterthur nicht der Fall – trotz einer gewissen radikalen publizistischen Tradition, die in den 1840er Jahren mit dem linksoppositionellen „Literarischen Comptoir" begann, allerdings mit dessen Niedergang noch im gleichen Jahrzehnt auch schon wieder verschwand. Zudem ist die Deutschschweiz nicht gerade bekannt dafür, Hort einer regen libertären Publikationstätigkeit zu sein. Das Gelingen der Buchmesse hing also einerseits vom Aufspüren einer geeigneten Lokalität ab, die nicht nur für hartgesottene SzenegängerInnen attraktiv sein würde, sondern auch ein breiteres Publikum anlocken sollte, anderseits von der Teilnahme der anarchistischen Verlage aus Deutschland und der libertären Kulturzentren aus der Romandie und dem Tessin.

Ein passender Ort wurde glücklicherweise schnell gefunden: Die „Alte Kaserne" ist nicht nur eine der bekanntesten kulturellen Institutionen in Winterthur, sondern auch mitten in der Stadt gelegen und mit der notwendigen flexiblen Infrastruktur ausgestattet. Zudem werden die Räume von der Stadt subventioniert, was der LAW prompt den Vorwurf einbrachte, sie unterstütze mit der Buchmesse und den Anarchietage insgeheim das sog. „Stadtmarketing". Eine happige Anklage, da diese Einrichtung nicht nur für die Förderung des Tourismus zuständig ist, sondern zumindest von der außerparlamentarischen Linken ebenso als Triebkraft hinter der rasanten Gentrifizierung der ehemaligen Industriestadt (Sulzer, Rieter) gesehen wird. Allerdings scheint gegen den geäußerten Vorwurf kaum ein Kraut gewachsen zu sein: Verfügt eine Organisation nicht über das entsprechende Kleingeld, um ohne staatliche Hilfe eine Lokalität in dieser Größe mieten zu können, bleibt ihr in Winterthur momentan kaum eine Wahl – es sei denn, sie würde die Veranstaltungen kostenpflichtig machen. Doch dies kam bei einer Buchmesse, die für alle an der Teilnahme und am Besuch Interessierten offenstehen sollte, nicht in Frage.

Etwas schwieriger gestaltete sich die Überzeugungsarbeit, die für die Beteiligung von Organisationen und Verlagen geleistet werden musste. Zwar stieß der viersprachig verfasste Aufruf auf spontane Zustimmung, wichtige Institutionen des Schweizerischen Anarchismus wie die Bibliothek „Circolo Carlo Vanza" aus Locarno[6] oder der Medienvertrieb „SoWieSo" aus Basel[7] sagten sofort zu. Nach Gesprächen an der Frankfurter Buchmesse waren dann die meisten der anarchistischen Verlage aus Deutschland mit von der Partie. Und durch einen zweiten Aufruf, nun explizit an libertäre Organisationen aus der Deutschschweiz gerichtet, konnten schließlich auch Menschen aus der Region zur Teilnahme bewegt werden.

Die Werbung für die Buchmesse wurde ziemlich weit gestreut, wegen chronischer Budgetknappheit aber zum großen Teil nur im Internet. Weder in den lokalen noch in den landesweiten Medien stieß der Anlass auf Interesse, lediglich ein paar freie Radios mit regionaler Reichweite waren bereit, ausführlicher über die kommende Buchmesse zu berichten.

### Die Buchmesse

So wussten die Organisatorinnen und Organisatoren Ende Januar zwar, dass gut 30 libertäre Anbieterinnen und Anbieter aus Deutschland, Frankreich, Italien und der Schweiz an die Buchmesse kommen würden, jedoch nicht, ob sich überhaupt eine Besucherin oder eine Besucher blicken lassen würde. Doch sie wurden positiv überrascht: Am Samstag suchten schätzungsweise 100 bis 150 Interessierte den Anlass auf, viele davon Menschen, die sonst wenig gesehene Gäste auf anarchistischen Veranstaltungen hierzulande sind. Allerdings hat sich der für die Übersetzungen auf Englisch, Französisch und Italienisch betriebene Aufwand, gemessen an den Besucherinnen und Besuchern aus diesen Sprachregionen, kaum ausgezahlt.

Neben der eigentlichen Buchmesse fanden auch einige Lesungen und Referate statt, unter anderem zu den Themen Barrieren durchbrechen (die in Israel/Palästina – Sebastian Kalicha mit seinem eben im Verlag Graswurzelrevolution erschienen Sammelband), Anarchismus nach dem Fall der Mauer (die in Deutschland – Lou Marin), Anarchie und Strafe (Rudi Mühland) und einer Blockadeaktion gegen einen Bundeswehr-Transport in Schleswig-Holstein (Hauke Thoroe).[8]

Ein regelmäßig stattfindendes Treffen, das ursprünglich für den deutschschweiz-weiten Austausch von Anarchistinnen und Anarchisten erdacht wurde, sorgte dann am Sonntag eher für das typische Anarch@-Publikum. Es stellte sich jedoch heraus, dass die örtliche und zeitliche Überschneidung sich eher negativ auswirkte, als dass sie mehr Interessierte an die Anlässe hätte bringen können. Es war für viele Teilnehmende einfach zu verlockend, zwischen den Veranstaltungen zu pendeln, als sich auf eine allein zu konzentrieren.

Während der ganzen Buchmesse schließlich veranstaltete das Zürcher Kunstkollektiv „konverter" eine Ausstellung mit seinen aktuellen Werken, die sich von Lyrik über Kurzgeschichten, Comicstrips, Fotografien und Installationen bis hin zu musikalischen Darbietungen erstreckten. Leider fand aber diese absolut sehens- und hörenswerte Ausstellung, die zwischen den beiden Räumen für die Buchstände und die Referate eingequetscht war, weit weniger Beachtung, als sie es verdient hätte.

### Wie weiter?

Bereits auf der Buchmesse wurde über eine mögliche Fortsetzung im nächsten Jahr diskutiert. Klar scheint, dass sie wegen dem großen finanziellen, personellen und zeitlichen Aufwand kaum wieder von der LAW alleine getragen werden kann. Zudem stellt sich auch die Frage, ob die libertäre Buchmesse nicht an einem Ort veranstaltet werden sollte, der von der Romandie und Frankreich bzw. vom Tessin und Italien her schneller erreichbar wäre. Dies würde zumindest den Ansatz einer mehrsprachigen Buchmesse noch weiter unterstreichen.

Die anschließenden Anarchietage wurden übrigens dieses Jahr dann tatsächlich um einiges gekürzt. Trotzdem konnte die Veranstaltungsreihe nicht nur einen guten Teil der Buchmesse-Besucherinnen und -Besucher zum Bleiben bewegen, sondern auch noch einige weitere Interessierte von weiter her anziehen. Waren am Ende die Anarchietage doch noch immer das ausschlagende Argument, nach Winterthur zu reisen? Wir werden sehen – hoffentlich!

Sebastian Schüpbach

### Anmerkungen

**[1]** www.anarchietage.ch
**[2]** www.libertaere-aktion.ch
**[3]** s. www.anarchistbookfair.org/background.html
**[4]** Für einen Überblick s. die Linkliste auf www.buechermesse.ch/index.php?page=links&lang=de
**[5]** s. salonlivrelibertaire.radio-libertaire.org/spip.php?rubrique1
**[6]** www.anarca-bolo.ch/vanza/index.php
**[7]** www.sowiesobuecher.ch
**[8]** Die Aufnahmen der Vorträge sind im Medienarchiv der Website der LAW abrufbar.

# Von der unendlichen Tragödie der Menschlichkeit

**Zweifelhaft, ob irgendeine Person bereits nach dem ersten Ansehen des Films „Diese Nacht" Befriedigung empfindet – doch auf diese Weise findet das Werk seinen eigenen Weg aus dem Labyrinth der Konsumkultur**

*Für Werner Schröters neuesten Film „Diese Nacht" (französisches Original: La Nuit de Chien) sind Zeit und Ruhe vonnöten – und vor allem die Bereitschaft, sich an ihm abzuarbeiten.*

Die Kamera fährt an dem monumentalen Ölgemälde entlang. Zuerst ist ein Teufel zu sehen, Seite an Seite mit einem König. Dann tauchen Kinder und Hunde auf. In der Mitte ein umgedreht liegender, getöteter Jüngling, an seinen Seiten eine Frau und ein Mann mit bluttriefenden Messern, am rechten Rand ein Musiker – dann schwenkt das Bild in Nahaufnahme auf den Teufel zurück. Wer diese Wanderung der Kamera nur als Hintergrund für den Vorspann wahrnimmt, begeht schon einen Fehler. Denn „Diese Nacht" wird sich als kinematografische Annäherung an die Malerei herausstellen.

### Eine Katastrophe ohne Zeit und Raum

Ja, Luis Ossarío Vignale, Hauptperson in diesem filmischen Gemälde, lächelt, als er aus dem Zug steigt. Er ist auf dem Weg zu Clara, seiner großen Liebe, er schwingt übermütig seinen Hut, und ein kleines Mädchen hält Blumen für ihn bereit. Doch er wird Clara nicht antreffen; nie wieder. Die ganze Nacht lang wird Vignale die Liebe suchen, mitten in der Apokalypse, die über der Stadt hereinbricht, doch finden wird er Verzweiflung, Elend, Tod.

Die Handlung von „Diese Nacht" ist damit bereits so weit wie möglich als stringenter Faden wiedergegeben, denn wie in einem Traum werden Zeit und Raum nur schemenhaft angedeutet, genauso wie die Gründe für das Verhalten der vielen Personen, die mit den stark betonten Motiven des Films – z.B. den Kreuzen und Jesusabbildern in der Folterzentrale der Geheimpolizei, den teilnahmslos dreinblickenden Kindern oder den Blumen in den Straßen – zu einer Einheit zu verschwimmen scheinen. So sehr sich die Charaktere des Films auch gegenseitig bekriegen, vor einander flüchten oder verstecken, sie alle sind trotz der Unterschiede in Macht und Geld, wonach sich alles zu richten scheint, der gleichen Unausweichlichkeit des sicheren Endes ihrer Welt ausgesetzt, die längst schon die Hölle ist. Sie können die Leinwand, den Rand des Bildrahmens, der sie einsperrt, nicht verlassen.

### Realität, gemalt in düsteren Farben

Die Überzeichnung der Charaktere und Motive macht früh klar, dass es die metaphorische Ebene ist, die in diesem Film den Sinn gestaltet. Die einzelnen Elemente, die in dem Werk vorkommen, könnten die Zutaten eines kitschigen Abenteuerromans sein: Eine Stadt mit dem romantischen Namen „Santa María", eingeschlossen von den Armeen des gefürchteten General Fraga. Hauptperson Vignale, ein hoffnungslos verliebter Chirurg und Kriegsheld. Oder Bösewicht Morasan, ein schöne Frauen folternder Geheimpolizist. Doch der Film schafft es, gerade durch diese Romantisierung Verwirrung zu stiften. Konsequent wird die Frage nach einem „Warum" zwar aufgeworfen, doch nie beantwortet: Da wird kurz von alten Idealen, für die noch Widerstand geleistet werden müsse, geredet – doch welche das sind, bleibt unerwähnt. Der gestürzte Revolutionär Barcala betont gegenüber Vignale, er sei immer noch ehrenhaft, während er den Flüchtlingen die Tickets für die rettende Überfahrt vorenthält. Was für eine Revolution war das? Und der Krieg – wieso ist er ausgebrochen? Die Antwort des Films ist so trivial wie verstörend: Es spielt keine Rolle. Alle Menschen haben ihr Schicksal an ein System verloren, das sie von vorneherein chancenlos ließ, ganz gleich, ob wir sie moralisch als „gut" oder „böse" beurteilen.



*Luis Ossarío Vignale (gespielt von Pascal Greggory) durchstreift die Apokalypse seiner Zivilisation*

### Die Kunst – eine verprügelte Hure

Es gibt einen Ort, auf den sich alle Personen immer wieder beziehen. Es ist das „First & Last", ein Nachtclub im edlen Kolonialstil. Hier haben diejenigen, die nicht in die Welt des Militärs, der männlichen Brutalität passen, einen letzten Zufluchtsort gefunden. Sie erkaufen sich ihren Luxus an Alkohol, Rockmusik und feinen Kleidern durch erotische Dienste an Soldaten und Politikern. Im „First & Last" hält sich am Anfang des Films noch ein letzter Hauch von dem, was den Menschen einst Freude bereitete, Poesie, Literatur, Musik, Ästhetik. Doch alle, die sich hier versteckt hielten, finden den grausamen Tod in Morasans Folterzellen. Dort, wo in anderen Filmen der Künstler der ausweglosen Situation trotzig entgegen lächelt, wo eine geknechtete Dichterin mit einem einzigen Vers ihren Peinigern deren Verkommenheit vorhält und deshalb in Wahrheit doch noch siegt, da bleiben Regisseur Werner Schröter und Drehbuchautor Gilles Taurand erbarmungslos. Bei ihnen gehen die Menschen vor Schmerz schreiend und vor Trauer wimmernd unter. Als einziger, zynischer Trost erscheint ein den Film an Anfang und Ende umrahmendes Zitat von Shakespeare: „Von allen Wundern, die ich je gehört, scheint mir das größte, dass sich die Menschen fürchten; da sie doch sehen, der Tod, das Schicksal aller, kommt, wann er kommen soll."

Marcus Munzlinger

„Diese Nacht – La Nuit de Chien" wurde in 9 Wochen immer nur nachts gedreht. Als fiktiver Ort „Santa María" fungierte die nordportugiesische Stadt Porto. Der Film basiert auf dem gleichnamigen Roman Carlos Onettis aus Uruguay; das Buch wurde erstmals 1943 veröffentlicht – ein zeitgeschichtlicher Hinweis, der im Film nur zaghaft aufgegriffen wird. Vielmehr hat Werner Schröter den Film so inszeniert, dass das Geschehen im Film zeitlich nicht einzuordnen ist. Überhaupt dürfte jeder Mensch in „Diese Nacht" etwas anderes sehen; allerdings sagte Regisseur Schröter in einem Interview mit der *Zeit* ausdrücklich, dass er gegen eine politische Lesart des Films nichts einzuwenden habe. Als künstlerischer Veteran des radikalen Flügels der 68er Bewegung ein wichtiger Hinweis Schröters. Die Portugiesisch/Französisch/Deutsche Produktion „Diese Nacht – La Nuit de Chien" kommt am 2. April bei uns in die Kinos.

# „Der Kapitalismus ist wie die Borg, kann alles assimilieren"

**„Deutsch-Amerikanische Freundschaft" wieder auf Tournee. Ein Interview mit Sänger Gabi Delgado**




*Comeback, Revival oder Gegenangriff – wie auch immer: DAF sind zurück!*

**Welchen Sinn haben eure Songs heute?**

***Gabi Delgado:*** Für 90 Prozent der Texte gilt, dass sie nichts von ihrer Bedeutung verloren haben. Ein paar Stücke sind von der Geschichte überholt worden wie z.B. „Kebabträume", weil es die DDR nicht mehr gibt. Kebabträume in der Mauerstadt/Türk-Kültür hinter Stacheldraht/ Deutschland, Deutschland, alles ist vorbei, das passt nicht mehr. Es gibt heute keinen Stacheldraht mehr um Berlin. Deshalb wird dann so ein Stück meistens aus dem Programm genommen.

**Der Song „Tanz den Mussolini" hat ja totalitäre Ideologien dechiffriert ....**

***Gabi Delgado:*** „... genau, tanz den Adolf Hitler, tanz den Kommunismus, und nicht zu vergessen, tanz den Jesus Christus. Es ging da um die Austauschbarkeit von Denkmälern, egal in welche Richtung sie wirken. Auf der anderen Seite war das auch ein Tabubruch, weil es wichtig ist, Denkmäler umzustoßen, auch negative. Im Prinzip stehen die Denkmäler von damals noch heute.

**Punk als Lebenshaltung, ok, aber woher kommt heute noch die Kraft zur Provokation, wenn das System den Protest sofort integriert?**

***Gabi Delgado:*** Es gibt noch genau so viele Tabus wie damals. Im Prinzip stellt ein Tabubruch oder eine Provokation eine gesellschaftliche Konvention, eine Übereinkunft der Gesellschaft in Frage. Solange die Gesellschaft ihre Konventionen und Abmachungen hat, gibt es auch Provokationen. Der Kapitalismus ist wie die Borg, kann alles assimilieren. Der Kapitalismus hat eine sehr hohe Integrationskraft, er kann aus dem Protest von gestern das Produkt von morgen machen. Aber wie George Bataille richtig bemerkt hat, stellen alle Prozesse, die dem Kapitalismus entgegenstehen, Tod, Verrücktheit, Krankheit ein riesiges Tabu dar. Die Gesellschaft ist nicht freier, sie ist permissiver geworden, sie erlaubt mehr. Das liegt daran, dass Kirche und Staat an Macht verloren haben. Ich kann einen Geldschein am Kreuz abdrucken, vor 500 Jahren wäre man dafür verbrannt worden. Heute gibt es vielleicht ein bisschen Aufregung. Aber die Kirche verbrennt keine Menschen mehr. Das liegt nur da dran, dass die Kirche Macht verloren hat. Hätte die Kirche heute noch die gleiche Macht wie vor 500 Jahren, würde sie die sogenannten Ketzer auch heute noch verbrennen. Die vermeintliche Freiheit ist eher das Resultat des Machtverlustes der tragenden Institutionen von Staat und Kirche.

**Welche Bedeutung hatte Punk für Dich „damals" – und heute?**

***Gabi Delgado:*** Nach wie vor, Punk ist eine der energetischsten Ausdrucksformen, die es überhaupt gibt. Auch da hat sich wenig geändert. Das freie Umgehen mit Musikstrukturen, mit Texten, dass man nicht unbedingt eine musikalische Ausbildung braucht, um Musik zu machen. Diese ganzen Sachen, die damals wirklich neu waren, gelten heute noch immer. Hast du ein Stück, und du kannst keine Gitarre spielen, egal, lern drei Akkorde, sag deine Message, dann hast du ein Musikstück. Hast du kein Label, egal, gründe selbst eins. Dieser freche Approach, diese selbstbewusste und freche Herangehensweise an Kunst und Musik und an die Vermarktung finde ich nach wie vor sehr korrekt und sehr wichtig.

**Auf eurer Internetseite ist ein Clip zu sehen, in dem ihr in typischem Guerilla-Sprech zur Zerstörung der deutschen Kultur, zum Widerstand gegen den US-amerikanischen Pop-Imperialismus aufruft. Zugleich betont ihr, dass DAF eine Punkband sei, allerdings eine ohne Gitarren.... Das zwingt zu der Frage, ob es sich dabei um ein ernsthaft-politisches, oder ein Dada-künstlerisches Manifest handelt?**

***Gabi Delgado:*** Es ist ein Dada-politisches Manifest, es ist Kunst, es parodiert quasi das politische Manifest, aber es ist eine Parodie.

**Obwohl sich die gesellschaftlich-wirtschaftlichen Widersprüche verschärfen, ist es hier in den Städten relativ ruhig auf den Straßen. Zeichen von punkig-ästhetischem Widerstand sind kaum zu sehen...**

***Gabi Delgado:*** Das stimmt, diese Beobachtung trifft zu für Länder wie Deutschland, Frankreich oder England. Aber ich sehe das dialektisch. Auf eine rebellische Jugendbewegung folgt eine angepasste wie jetzt hier. Demzufolge müsste die nächste wieder eine rebellische sein. Aber hier ist es relativ langweilig. Aber in Ländern wie Spanien oder Griechenland oder in Lateinamerika sieht man eine ganz große Unzufriedenheit, Unruhe und Lust, etwas gegen das System zu machen.

**Einer eurer Songtexte heißt „Verschwende Deine Jugend" – hast du dich danach gerichtet?**

***Gabi Delgado:*** Ich habe sie verschwendet und dadurch optimal ausgenutzt und das hat sich gelohnt. Das kann man auch wirklich nur empfehlen...

Das Interview führten
Jorinde Reznikoff & Klaus-Peter Flügel

### DAF

Deutsch-Amerikansiche Freundschaft sind seit 1978 aktiv, und waren damals erst recht nicht musikalisch einzuordnen, da Musikrichtungen wie „Electropunk" zu diesem Zeitpunkt noch gar nicht existierten. Vielmehr wurden „DAF" bald der aufkommenden Neuen Deutschen Welle zugeordnet. In einem gegenseitigen Wechselverhältnis beeinflussten sich die Band und die entstehende Techno Bewegung. Anfang der 80er Jahre lösten sich „DAF" vorübergehend auf, was sie nach der Neugründung 1986 wiederholten; die DAF-Eckpfeiler Gabi Delgado und Robert Görl gingen ihre eigenen musikalischen Wege. Umso überraschender kam dann im Jahr 2008 die erneute „Wiedervereinigung". Auf die Tour 2009 sind daher nicht bloß Punk und New Wave Veteranen der frühen 80er Jahre gespannt.

## Was will die FAU-IAA?

Wir Anarcho-SyndikalistInnen haben die herrschaftslose, ausbeutungsfreie, auf Selbstverwaltung begründete Gesellschaft zum Ziel.

Die Selbstbestimmung in allen Lebensbereichen ist die grundlegende Idee des Anarcho-Syndikalismus.

Daher lehnen wir die Organisation unserer Interessen in zentralistisch aufgebauten Organisationen ab, da diese stets Machtkonzentration und Hierarchie bedeuten. Weder soll, noch kann mensch mit StellvertreterInnen-Politik wie sie z.B. von reformistischen Gewerkschaften, Parteien und Kirchen betrieben wird, unsere Interessen durchsetzen.



Dagegen sind wir direkt und indirekt lohnabhängigen Menschen für Selbstorganisation in unabhängigen Betriebs-, Branchen- und Ortsgruppen. Diese sind bundesweit (in der FAU) und international (in der IAA) zusammengeschlossen.

Zur Durchsetzung unserer Ziele und Forderungen dienen uns sämtliche Mittel der Direkten Aktion, wie z.B. Besetzungen, Boykotts, Streiks etc. Im Gegensatz dazu lehnen wir die parlamentarische Tätigkeit in jeglicher Form ab. Mit dieser Art von Organisation verbinden wir die Möglichkeit, Vereinzelung und Perspektivlosigkeit aufzuheben und so für eine revolutionäre Veränderung auf freiheitlicher Grundlage zu kämpfen.

Da die Macht und die Stärke des kapitalistischen Systems in der privaten bzw. staatlichen Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel und in der tagtäglichen Ausbeutung der arbeitenden Klasse begründet sind, ist der ökonomische Bereich der Hauptansatzpunkt für den antikapitalistischen Kampf.

Revolutionäre Arbeit in den Betrieben trifft den Kapitalismus nicht nur in seinen Erscheinungsformen, sondern an seiner Wurzel. Diese Arbeit kann nur erfolgreich sein, wenn in allen gesellschaftlichen Bereichen gleichzeitig revolutionäre Arbeit geleistet wird, da alle Kämpfe in einer Wechselbeziehung zueinander stehen.

Alle Menschen, die in diesem Sinne mit uns zusammenarbeiten wollen, sind uns willkommen.

# Sozialistin und Feministin

**Des letzten Rätsels Lösung: Virginie Barbet – Lebensdaten vorerst unbekannt**

Virginie Barbet war in den 1860er und 1870er Jahren eine bekannte Sozialistin und Feministin in Lyon und ein führendes Mitglied der dortigen Sektion der Ersten Internationale. Trotz ihrer Bedeutung gibt es jedoch über Virginie Barbet noch keine Biografie und auch keine Edition ihrer Werke.

Barbet stammte vermutlich aus Le Creuzot und betrieb in Lyon eine Gaststätte oder einen Weinhandel. 1868 lernte sie bei einem internationalen Kongress der Friedens- und Freiheitsliga in Bern, wo sie einen Vortrag über Frauenrechte hielt, Michael Bakunin kennen. Die Friedensliga, zu der prominente Reformer und Reformerinnen wie Victor Hugo, John Stuart Mill, Giuseppe Garibaldi und Marie Goegg gehörten, war eine bürgerlich orientierte Initiative, die jedoch vergleichsweise fortschrittliche Positionen bezog, vor allem im Hinblick auf die Frauenemanzipation. Soziale Verhältnisse wurden dort allerdings weitgehend ausgeblendet.

Das war der Grund, weshalb Bakunin zusammen mit einigen anderen Männern und Frauen aus der Liga austrat und eine „Allianz der sozialistischen Demokratie" gründete, der sich dann auch Barbet anschloss. Bemerkenswert ist der sehr egalitäre Duktus ihres Programms. So wurde gleich im zweiten Punkt "die politische, ökonomische und soziale Gleichmachung der Klassen und der Individuen beider Geschlechter" gefordert.



*Streik in den Metallfabriken von Le Creuzot: Die Frauen der Streikenden versuchen durch Debatten und Diskussionen, ihre Ehemänner zu unterstützen und die Polizei vom Eingreifen abzubringen.*

Die Allianz wurde dann Mitglied in der „Internationalen Arbeiter-Assoziation" (der „Ersten Internationale"), die bereits vier Jahre zuvor gegründet worden war. Allerdings war die Internationale für Feministinnen in diesen Anfangsjahren eigentlich keine gute Adresse.

Vor allem in Frankreich war die Internationale nämlich sehr vom Proudhonismus geprägt und entsprechend frauenfeindlich: Die Pariser Proudhonisten zum Beispiel weigerten sich sogar, Frauen überhaupt in ihre Sektion aufzunehmen. Auch der von Karl Marx beeinflusste Generalrat der IAA hatte zunächst Einwände gegen den Allianz-Beitritt.

Virginie Barbet war schon bald die wichtigste Kontaktfrau der Allianz in Lyon und schrieb regelmäßig Artikel für deren Zeitung "Egalité", die Bakunin in Genf herausgab. Maßgebliche Ideen steuerte sie vor allem zu der Diskussion um das Erbrecht bei, dessen Abschaffung die Allianz forderte – eine Forderung, die Marx für falsch hielt, was zu einem Hauptgrund für den grundsätzlichen Konflikt zwischen ihm und Bakunin wurde. Barbets Rolle bei diesen Debatten wird oft unterschätzt, denn einige ihrer Grundsatzartikel wurden später fälschlicherweise Bakunin zugeschrieben.

Für die *Egalité* berichtete Barbet auch über einen großen Streik der Lyoner Seidenarbeiterinnen im Sommer 1869, und sie schrieb viele Artikel zur Theorie der Arbeiterbewegung und des Feminismus, verfasste Flugschriften zur Internationale, über den Atheismus und ähnliche Themen. Für die Arbeiterbewegung entwickelte sie Strategien des passiven Widerstandes: Sie befürwortete gewaltfreies Vorgehen und forderte zum Beispiel Frauen in Streiksituationen auf, sich zwischen die streikenden Männer und das anrückende Militär zu stellen, oder vor Gefängnissen für die Inhaftierten zu protestieren.

Nach der Niederschlagung der Pariser Kommune im Mai 1871 musste auch Virginie Barbet – wie viele andere – ins Schweizer Exil gehen und schloss sich in Genf der anarchistischen Opposition gegen den Generalrat und Karl Marx an. Über ihren weiteren Lebensweg ist nichts bekannt.

Zum Weiterlesen:
Antje Schrupp: *Nicht Marxistin und auch nicht Anarchistin. Frauen in der Ersten Internationale*, Königstein 1999
sowie www.antjeschrupp.de/fruehe_anarchistinnen.htm

Antje Schrupp

# Sozialrevolutionäres Kreuzworträtsel Nr. 58



### Waagerecht

1. Arbeit zum Stücklohn 7. Tarifbezirk, der Hamburg, Bremen, Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern und Teile Niedersachsens umfasst 10. Umschreibung für "ü", wenn eine Tastatur über diesen Buchstaben nicht verfügt 11. Tarifkonflikte in der BRD gehen oft ritualisiert mit dieser Streikform einher 14. Stadt in Ägypten 15. Länderkürzel für Südafrika 16. begeisterte AnhängerIn <engl.> 17. Nasenschleim 19. skandinavische Fluggesellschaft <Abk.> 21. Kunstwerk, v.a. in der klassischen Musik 22. dieses hohe Gut wird manchmal von Politikern eingefordert, aber wenn man bspw. aktiv gegen Nazis und ihre Strukturen vorgeht, spürt man das ganze Ausmaß der Heuchelei 23. staatliches Einzelhandelsunternehmen in der DDR <Abk.> 24. Komikerduo, Schöpfer der Wörter "Dönertier" und "brontal": ~ und Stefan 27. Gewerkschaftsföderation in Argentinien, 1901 gegründet, aus der 1904 die berühmte FORA hervorging 28. beglückender Genuss 30. Krampfader <lat.> 32. Post, auch in ihrer modernen, elektronischen Form <engl.> 34. Schwarm, Publikumsliebling 35. Tarifverhandlungen der Metall- und Elektroindustrie werden oft zuerst in Baden-Württemberg geführt; wie heißt dieser besondere Status? 38. paramilitärische Organisation der NSDAP, wegen seiner Brutalität berüchtigt <Abk.> 39. Kotablagerung von Seevögeln, Rohstoff für stickstoff- und phosphorhaltige Dünger 40. Regelung, um die Repräsentation von Frauen in Behörden, Parteien usw. zu gewährleisten <Kurzform> 42. Kurzbezeichnung für eine jüdische Arbeiterpartei, 1897 in Vilnius gegründet, die in mehreren europäischen Ländern aktiv war 44. mächtigster Geheimdienst der Welt, dem kein Mittel zu schmutzig ist 46. Schreibweise für das Hydroxid-Ion <Chemie> 47. Debatte über die Einordnung des Holocausts in das Geschichtsbild der BRD (1986-87).

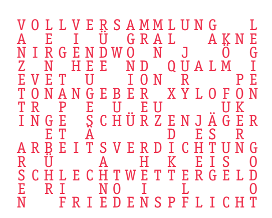
**Hinweis zum Rätsel:** Umlaute (ä, ö, ü) bleiben, das ß wird (falls vorhanden) als „ss" geschrieben.

### Senkrecht

1. Wärme, die nach einem technischen Prozess noch zur Verfügung steht 2. Stadt im Nordwesten von Brandenburg; in der Nähe befindet sich ein Bombodrom genannter ehemaliger Truppenübungsplatz, den die Bundeswehr für Tiefflug- und Bombenabwurfübungen nutzen will 3. Vorsitzender des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma und deutscher Bürgerrechtsaktivist: Romani ~ 4. französisch für "Straße" 5. schweizerisch für Kneipe <jiddisch, hebräisch> 6. Behörde, die für Planung, Bau, Betrieb und Unterhaltung von bautechnischen Anlagen zuständig ist 7. Sitz des Nationalkomitees der FAU (mehrmals zwischen 1977 und 1987) und des IAA-Sekretariats (1988-92) 8. Blasinstrument, das mit dem Aufkommen des Jazz beliebt wurde 9. europaweit koordinierter Arbeitskampf 12. Lebensmittel-Einzelhandelskette der Metro AG; im November 2007 beteiligten sich rund 3.000 Beschäftigte aus 80 Filialen an Streiks für bessere Löhne 13. Dummkopf 18. Metall, das in der Galvanotechnik breite Verwendung findet 19. optisches, akustisches oder anderes Zeichen, das eine Information übermittelt 20. leichte Betrunkenheit 23. nachwachsender Bau- und Brennstoff 25. gelegentlich von der Polizei gegen DemonstrantInnen eingesetzte Waffe 26. ölhaltige, birnenförmige Frucht (ursprünglich aus Mittelamerika) 28. höfliche Frage, wenn man etwas akustisch nicht verstanden hat (oder den Ohren nicht glauben kann): ~ bitte? 29. Bezeichnung für einen prototypischen Anarchisten v.a. im Werk von Ernst Jünger 31. Kfz-Kennzeichen für Zittau 33. im Fußball: SpielerInnen, die den gegnerischen Sturm abfangen sollen 36. japanisch-amerikanische Künstlerin, geb. 1933, Vorname: Yoko 37. Eigenbezeichnung der Eskimos 38. Solidaritätsaktion <Kurzwort> 41. leblos 43. Exilgruppe deutscher AnarchosyndikalistInnen in der NS-Zeit <Abk.> 45. römisch zwei.

Wieder gibt es ein DA-Abo (sechs Ausgaben) zu gewinnen. Das Lösungswort könnt ihr der DA-Aboverwaltung schicken, entweder per E-Mail <da-abo@fau.org> oder per Post (DA-Aboverwaltung, c/o FAU München, Schwanthaler Str. 139 Rgb, 80339 München).
Der/Die Gewinner/in des letzten Rätsels wird in der nächsten Ausgabe an dieser Stelle nachgereicht.

**Auflösung # 57**



DA – Direkte Aktion – anarchosyndikalistische Zeitung

anarchosyndikalistische Zeitung der Freien ArbeiterInnen Union (FAU-IAA)

Direkte Aktion
c/o FAU München
Schwanthaler Str. 139 Rgb
80339 München

ISSN 0949-1872

**Redaktionsanschriften:**
BuG: da-bug@fau.org
Globales: da-globales@fau.org
Hintergrund: da-hintergrund@fau.org
Kultur: da-kultur@fau.org
Zeitlupe: da-zeitlupe@fau.org
Schlussredaktion: da-schlussredaktion@fau.org

**Verleger:**
Direkte Aktion e.V.,
c/o DFG-VK, Mühlgasse 13, 60486 Frankfurt/M.

**ViSdP:** Holger Marcks

**Druck:** Union Druck Berlin

Redaktionsschluss
DA 193: 10. April 2009